

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.00 Mk. halbjährlich, 5.00 Mk. jährlich. Einzelhefte 10 Pf. Sonntagshefte 15 Pf. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. Unter Vorbehalt für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühren:
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen über deren Raum 50 Wg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 30 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1943.

Freitag, den 1. März 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1944.

„Geduld und viele Millionen.“

Das neue Regierungsprogramm.

Das Zentrum feierte in der gestrigen Reichstagsführung Triumphe, wie seit Jahren nicht. Es fühlt sich offenbar trotz Bülow's Extratour mit dem gemeierten Liberalismus noch ebenso sehr als ausschlaggebende Partei, wie zur Zeit der Sonimonde seiner Liaison mit Herrn Bernhard Bülow. Mag sich der Reichskanzler seit Dernburg's Eintritt in die Regierung noch so sehr als starker Mann fühlen: das Zentrum weiß ganz genau, daß politische Realitäten noch viel, viel stärker sind, als Fürst Bülow und seine Kuffraggeber. Es weiß, daß der neue konservativ-freisinnige Regierungsbund aus dem denkbar widerstandsunfähigen Material besteht und bei den leisesten Erschütterungen bald ganz bedenkliche Risse und Sprünge aufweisen wird, während Zentrum und Konservative eine natürliche Anziehungskraft aufeinander ausüben. Hat doch gestern bereits Herr Camy erklärt, daß die Wege des Zentrums und der Rechten bald wieder zusammenlaufen würden!

Einstweilen freilich wird das Zentrum eine gewisse Porenzeit durchmachen müssen. Aber das kann ihm als Partei nur nützen. Das Zentrum, das als Oppositionspartei entstand und erstarkt, kann jetzt wieder einmal strupellos alle Register der Demagogie ziehen. Es kann der Regierung und den Parteien die unangenehmsten Dinge sagen, die scheinbar schonungslosste Kritik üben, ohne sich doch ernstlich der Gefahr auszusetzen, als „vaterlandslos“ mit der Sozialdemokratie zusammengeworfen zu werden. Denn es wird ja wie bisher genau so gut alle Meeres-, Marine- und Kolonialforderungen bewilligen, wie der Regierungsbund gewordene Freisinn. In Fragen der inneren „nationalen“, d. h. der Zollpolitik, aber wird es ihm nicht schwer fallen, dem Freisinn sogar den Rang abzulaufen. Als unabhängige Partei kann es ferner in sozialpolitischen Forderungen noch erheblich weiter gehen, als ihm das früher mit Rücksicht auf seine Verbündeten, die Regierung und die Rechte, möglich war. So kann es getrost der Rechten harren, wo der Freisinn abgewirtschaftet hat und wohl oder übel wieder zur Opposition zurückkehren muß.

Einen Vorgeschmack der Zentrumstaktik bot gestern die mehr als zweifelhafte Rede Gröbers, die ein wahres Muster listiger Zentrumdemagogie war. Herr Gröber hat sich die Rechte irgendwie zu brüskieren, dagegen schlachtete er mit wahrhaft diabolischem Behagen die bürgerliche Linke ab. Die — von der Rechten und der Regierung freilich unzweifelhaft desavouierte — Kulturkampfpauzerei schlug er den Wassermännern und dem Freisinn um die Ohren, das es nur so klatschte. Nicht minder gab er die namenlose Heuchelei der liberalen Mandatschächerer unauslöschlichem Gelächter preis. Mit beihendem Spott geisterte er die liberale Illusion einer künftigen „liberalen“ Politik. So nichts sagend und verschwommen das von Bülow entwickelte „neue Regierungsprogramm“ gewesen sei: ein Bild für Götter sei es gewesen, zu leben, wie sowohl die äußere Rechte wie die äußere Linke sich nach ihren Wünschen den Bülow'schen Kaufschulz zurechtzueignen hätten. Die tollsten Widersprüche der Auslegung hätten sich dabei herausgestellt. Von dieser babylonischen Sprachverwirrung könne man nur sagen:

Bei Klemm, Camp und Liebermann,
 Da fängt der Streit schon wieder an!

Köftlich war Gröbers Verpöthung des Herrn Bayer, dessen geistige Rede allerdings ein Nonplusultra politischer Naivität gewesen war. Der wadere Demokrat hatte die Regierung der weitgehendsten kolonialen Unterstützung auch durch die sieben Schwaben der Volkspartei versichert. Ramos war die Begründung dieser Schwankung. Die „gebildete Jugend“ sei diesmal in Scharen dem Freisinn zugewandert. Diese hoffnungsvolle liberale Jugend fördere nun zwar eine entschiedene liberale Politik im Innern, aber sie schwärme zugleich für eine nationale Politik nach außen, die von der Pfennigsucherei der älteren Demokratengeneration nichts wissen wolle. Dieser Stimmung müßte Rechnung getragen werden. Freilich dürfte die Regierung nicht hoffen, sich die weltpolitische Unterstützung des „entschiedenen“ Freisinn auf die Dauer ohne Konzessionen sichern zu können. Sie müßte nun auch liberal regieren. Sie müßte der Sozialdemokratie durch weitgehende sozialpolitische Inanspruchnahme ihre Anhänger entziehen. Der liberale Reichskanzler könne aber als preussischer Ministerpräsident keine reaktionäre Politik treiben. Auch das Dreiklassenparlament müsse das Reichstagswahlrecht erhalten usw.

Diese naiven Kannegiehereien des Sprechers der sieben Schwaben nahm Gröber besonders zum Stichblatt stachelischen Humors. Je kleiner eine Partei sei, desto anpruchsvoller gebärde sie sich. Allerdings habe sich ja seit der Kolonialpolitik des Volksparteilers Storch bei den wadernen Demokraten ein katastrophenartiger Umfassung in der Beurteilung der Kolonialpolitik vollzogen. Habe doch gerade Herr Bayer noch im Jahre 1906 die Kolonien an den Meißelbietenden loszuschlagen wollen. Gar zu komisch aber sei es, wenn Bayer als Preis

seiner Gesinnungsmaske nicht nur eine „liberale“ Regierung im Reich, sondern auch eine Demokratisierung Preußens verlange. Die Unterstützung seiner konservativen Bloßbrüder dabei könne ihm ja auch gar nicht fehlen!

Sehr respektlos sprang Herr Gröber auch mit dem leider nicht anwesenden Reichskanzler um. Derselbe Kanzler, der noch in den letzten Tagen die nationalen Verdienste des Zentrums um die Schutzpolitik, die Marine- und Kolonialpolitik rückhaltlos herausgestrichen habe, stigmatisierte das Zentrum wegen einer „Lappalie“, wegen eines beiläufigen Abtritts von wenigen Millionen an einer Nachtragsforderung als „unpatriotisch“. Genau so unpatriotisch seien mehr als einmal die Freisinnigen, die Nationalliberalen, ja selbst die Konservativen gewesen. Und sei denn gerade Fürst Bülow zum Urteil darüber berufen, was antipatriotisch sei und was nicht? Diese Behauptung sei um so rätselhafter, als das Zentrum in der Kolonialdebatte nicht „vaterlandslos“ war, als die Herren Müller-Weinigen und Ahlsh. Der Kanzler konnte mit leichter Mühe mit dem Zentrum eine Verständigung erzielen. Statt dessen warf er ihm kräftig den Fehdehandschuh hin. Sei es drum! Das Zentrum fühle sich stärker, einiger denn je. Man möge sich auch nicht einbilden, durch Märschierung der sogenannten Nationalkatholiken einen Reil in das Zentrum treiben zu können. Für dies Geschäft soll man sich lieber nicht in Unkosten stürzen!

Gegen Gröber polemisierten kurz Herr Dernburg und Graf Vosadowsky. Beide behaupteten, bei der Reichstagsauflösung habe es sich um die Pflicht der Regierung gehandelt, die „nationale Ehre“ zu wahren. Namentlich der Eindruck der Ablehnung der Regierungsforderung auf das Ausland habe das Prestige des Reiches gefährden müssen. Die Begründung dieser seitlichen Behauptung schenkte sich Graf Vosadowsky. In Wirklichkeit handelte es sich denn auch nur um die Inaugurierung einer neuen kolonialpolitischen Ära, bei der man selbst bei dem kolonialfreundlichen Zentrum auf Widerstand zu stoßen befürchtete, weshalb man nun auch mit Süße Dernburg's dem Freisinn vor den Kolonialkarrern spannte. Neben diesem Motiv wirkten zweifellos auch allerhand Zufälligkeiten: Das persönliche Regiment, Dernburg's Draufgängerei, die man nachher nicht desavouieren konnte, und ähnliches mehr.

Vosadowsky orakelte schließlich noch einiges über Bülow's sogenanntes Programm, auf das Bülow selbst noch zurückkommen werde. Dieses Programm werde auch durchgeführt werden, ob nun speziell durch die gegenwärtige Mehrheit, müsse man der Zukunft überlassen. Die Durchführung des Programms erfordere natürlich viel Zeit. In seiner Realisierung gehörten „Geduld und viele Millionen“. Eine roffene Perspektive, die denn doch auch beim Freisinn einige Unruhe hervorrief.

Bemerkenswert war, daß Gröbers Rede bei der Rechten nirgends auf Widerspruch stieß, während Bayer's Naivitäten auf der Rechten wiederholt jenes brutale, höltern wiehernde Hohngelächter entfeffelten, das in dieser die Gehörnerben beleidigenden Nuance nur den Edelsten der Nation zu Gebote steht.

Die russische Revolution.

Das Wahlbild.

Petersburg, 27. Februar. (Nachung der Petersburger Telegraphenagentur.) Bis heute abend sind im ganzen 472 Abgeordnete zur Duma gewählt, darunter 299 Angehörige der Linken (78 Kadetten, 49 Sozialdemokraten, 12 Sozialrevolutionäre, 83 Mitglieder der übrigen Parteien der Linken, sonst wie gestern), 47 Nationalisten; sonst wie gestern gemeldet.

Die Vertrauensmänner des Jaren.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm:

Petersburg, 27. Februar. Die Lage hier wird für sehr ernst betrachtet im Hinblick auf den Einfluß, den der Verband russischer Männer auf den Jaren ausübt. Der Verband verlangt dringender und, wie es scheint, mit Erfolg, daß der Prozeß gegen den finnischen Bericht abgenommen und russischen Berichten übertragen wird! Ueberdies wird das Einschreiten ausländischer Konsuln in Odessa beantragt, um den Jaren in nationalitätlichem Sinne zu beeinflussen. In einem Artikel der „Muzhko Snamja“ wird gefordert: man solle nicht vergessen, daß Generalgouverneur Knauts mit dem Kaiser, aber nicht jüdischen und englischen Konsuln verantwortlich sei, vor denen Jowostk, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, zittert! Die „Muzhko Snamja“ veröffentlicht überdies täglich Depeschen, die an den Kaiser gerichtet werden mit der Forderung, er solle Selbstherrscher bleiben. Das Blatt ist auch in der Lage, mitzutellen, daß auf Vorstellungen des Verbandes vier Personen, die wegen Teilnahme an Pogromen zu Zwangsarbeit verurteilt waren, begnadigt worden sind.

Unter diesen Umständen rechnet man in hiesigen politischen Kreisen mit der Möglichkeit, daß trotz des Volkverdictes bei den Wahlen die Regierungspolitik vollkommen unter den Einfluß des Verbandes des russischen Volkes gelangt, so daß eine erprießliche Tätigkeit der Duma ausgeschlossen erschiene.

Aus dem Lettenlande.

Man schreibt uns aus Riga:

Noch nirgends in der Welt haben Parlamentswahlen unter ähnlichen Verhältnissen stattgefunden wie jetzt in Rußland. Das ganze Land steht seit einem Jahre ein großes Heerlager dar. Die Militärdiktatoren haben nach ministeriellen vertraulichen Weisungen ihre unumschränkte Gewalt in erster Linie dazu benutzt, um die Arbeiterbewegung mit den gräßlichsten Mitteln zu bezichtigen. Doch ihnen dies nicht gelungen ist, das beweisen am besten die schon bisher bekannten Wahlergebnisse.

Wo die sozialdemokratische Bewegung am stärksten Wurzel gefaßt hatte, da hat die Reaktion am fürchterlichsten gemüht, so z. B. im Kaufasgebiet, im Königreich Polen und hauptsächlich in den Ostseeprovinzen. Während nun anderwärts im Reich die Tätigkeit wieder einstellen, fangen in den baltischen Provinzen — speziell im Lettenlande — die Konterprozeße jetzt erst an! Dem Prozeße zu Riga folgte der Prozeß zu Windau, dann der gegen die Landgemeinden Jemlau, Neuenburg, Strutteln und andere. Ueberall lautete die Anklage: Wegen Aneignung der Staatsgewalt und Auflehnung gegen dieselbe! Diese Prozesse allein erbeuten mit dem Todesurteil gegen 90 Personen. Soeben hat das Kriegsgericht zu Riga die Verhandlungen gegen 70 Teilnehmer am bewaffneten Aufstand von Tadzum (im Dezember 1906) beendet. Die „Voruntersuchung“, d. h. die Folterung der Angeklagten hatte 13 Monate in Anspruch genommen. Das am 18. Februar gefällte Urteil übertraf an Grausamkeit alle bisherigen. Nach all den ausgestandenen Qualen wurden noch 17 Personen zum Tode durch den Strang und 44 Personen zu schwerer Zwangsarbeit bis zu 15 Jahren verurteilt! Auf der Strafe und im Gerichtsfaal spielten sich bei Verlesung des Urteils herrliche herzerbeutende Szenen ab. Viele hatten gehofft, die Verhandlungen würden sich bis zur Einderufung der Duma hinziehen und dann würde vielleicht eine partielle Begnadigung eintreten. Diese Hoffnungen wurden schon vor mehreren Tagen zertrümmert, und zwar durch die deutschen Junkerblätter, die seit Monaten über das langweilige Gerichtsverfahren geschrieben hatten und die schnelle Verurteilung der „Verbrecher“ forderten. Ihre Herzenswünsche ist jetzt erfüllt: Minderjährige Knaben, die weiter nichts verbrochen haben, als daß sie einigen Volksmeetings beigewohnt hatten, sind zum Tode verurteilt worden. Baron von Rede und Raden, welche nach Chornuschenos Abzug in Neutadzum allein über 50 Menschen hinarbeiteten, figurierten als Jungen in Kreisversteckungsform! Selbst die 12 Freigeisprochnen wurden nicht aus der Haft entlassen; sie sollen aus den Ostseeprovinzen verschickt werden! Durch diesen Prozeß allein sind 73 Familien an den Bettelstab gebracht.

Seit dem 20. Februar wird ein neuer Konterprozeß in Riga gegen 80 Personen aus dem Heden Altung verhandelt, und im Monat März sollen die Teilnehmer am Aufstand in Süd-Livland (150 an Zahl) dem Kriegsgericht übergeben werden.

Im Hinblick der Wahlen, der Waffengräber — es hat sich rings um das Zentralgefängnis ein Kirchhof gebildet — mühten die Arbeiter an die Wahlen! Während der Vorwahlorganisation wurden noch die besten Arbeiter verhaftet, und nur dank der musterhaften Organisation und der unermüdblichen Tätigkeit des sozialdemokratischen Komitees hat man es so weit gebracht, daß die Wahl eines Sozialdemokraten in Riga fast als nicht ausgeschlossen gilt. Noch im letzten Augenblick haben die lettischen Prozeßhelfer das Verprechen abgegeben, für die sozialdemokratische Kandidatenliste zu stimmen. Darüber ein fürchterliches Geheul im Lager der lettischen Kadetten — diese sagten im vorigen Jahre — und der deutschen Oktobermänner. Die deutschen Stadtblätter Riga's ärmten nach, wie sie noch in der letzten Stunde den Sieg der sozialdemokratischen Bloß vereiteln könnten. Ganz Lettland erwartet mit Spannung den 25. Februar.

Die Wahlmännertwahlen am Montag haben ein den Sozialisten günstiges Resultat ergeben, jedoch Riga wahrscheinlich einen Sozialdemokraten in die Reichsduma entsenden wird.

Eine Konferenz.

Das Bureau Herald meldet: Wien, 28. Februar. Der Moskauer Korrespondent der „N. Fr. Pr.“ telegraphiert: Wie ich aus bestinformierter Quelle erfahre, tritt heute an einem Ort, welcher geheim gehalten wird, eine sozialdemokratische Delegiertenkonferenz zusammen, um über die künftige Taktik der Partei in der Reichsduma Beschluß zu fassen. Der Konferenz wohnen Vertreter des Bloß der Kadetten, der Volkspartei und der Arbeitsgruppe bei. Die orthodoxe Sozialdemokratie ist für eine revolutionäre Taktik in der Reichsduma. Sie betrachtet diese nicht als eine normal funktionierende gesetzgeberische Körperschaft, sondern als Mittel zur Organisation einer neuen Erbitterung der Bevölkerung und befürwortet die Herbeiführung eines Konfliktes mit der Regierung, damit bei einer Auflösung der Duma das Volk revolutionäre. Die Anhänger der revolutionären Strömung in der Sozialdemokratie verurteilen dagegen ebenso wie die Kadetten jedes unparlamentarische Vorgehen seitens der Volksvertretung. Jedenfalls ist die Existenz der neuen Duma infolge der Umsturztendenzen der radikalen Linken außerst gefährdet.

Diese Mitteilung hat eine sehr verdächtig tendenziöse Färbung. Wir werden noch hören, ob die Konferenz überhaupt stattgefunden und ob sie wirklich die vom „N. Fr.“ übermittelte Zusammenfassung gehabt hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Februar 1907.

Die Sozialpolitik der Scharfmacher.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Donnerstags die Generaldebatte zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung beendet. Wiederum trugen die Redner aller Parteien ihre Pläne zur Rettung des Mittelstandes vor, ohne

Daß jedoch neue Gedanken zutage traten. Von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken ist man sich darüber einig, daß dem Mittelstand geholfen werden muß; nur das richtige Rezept hat man noch nicht gefunden, und selbst die „konser-vativ-liberale Paarung“ ist nicht imstande, ein Allheilmittel anzugeben. Einführung des Befähigungsnachweises, stärkere Heranziehung der Warenhäuser zur Steuer, Besteuerung der Konsumvereine und ähnliche reaktionäre Vorschläge wechselten mit vernünftigen Ideen wie Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts, Einrichtung von Meisterkursen und dergleichen ab.

Die ganze übrige Debatte bezog sich auf Fragen, die eigentlich Sache der Reichsgesetzgebung sind. Vor allem wurden von den Sozialdemokraten energischer Maßnahmen gegen den angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus gefordert. Daß die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften einen unglaublichen Terrorismus verüben — diese unbewiesene Behauptung wird als feststehende Tatsache angenommen, und es herrschte hierüber zwischen rechts und links völlige Übereinstimmung. Die Meinungsverschiedenheit besteht nur darin, daß die Rechte neue Sondergesetze verlangt, während die Linke mit den jetzigen Gesetzen auskommen zu können glaubt und nur deren schärfere Anwendung verlangt! — Der Vertreter der Regierung, Herr Dehler, äußerte sich ganz im Sinne der Scharfmacher, nur daß er sich, als verantwortlicher Minister, etwas vorsichtiger ausdrückte und die Frage, ob der Bundesrat eine neue Gesetzesvorlage einbringen werde, offen ließ. — Jedenfalls dürfen angesichts des fortgesetzten Drängens der Scharfmacher und angesichts der Rede des preussischen Handelsministers die Arbeiter sich nicht der Zuversicht hingeben, als ob dem neuen Reichstage keine Vorlagen zur Schmälerung des Koalitionsrechtes unterbreitet werden könnten. Im Gegenteil — es besteht große Gefahr, daß man die Rechte der Arbeiter noch weiter zu schmälern versucht. Es ist ja nicht das erste Mal, daß die Stimmung des preussischen Landtags der Arbeiterklasse als Gradmesser für die Absichten der Reichsregierung dient.

Daß ein Haus und eine Regierung, die von solchem Geist erfüllt sind, keine Zeit und keine Reizung zum Ausbau der Sozialpolitik haben, liegt auf der Hand. Zwar teilte der Minister mit, daß ein Gesetzesentwurf zur Regelung der Heimarbeit in Vorbereitung sei, aber wann er eingebracht wird, das wissen die Götter! Auch das Wohnungsgesetz ist bekanntlich seit Jahren in „Vorbereitung“, und jetzt hört man, daß es wieder völlig umgearbeitet wird! Voraussetzlich dürfte dem Heimarbeiterschutzgesetz das gleiche Schicksal blühen.

Gebrandmarkt Verleumdung.

Gerichtstag ist in Dessau gehalten worden — Gerichtstag über eine schändliche Verleumdung, die die Sozialdemokratie befehlen sollte! Schmäherer und volksmörder ist wohl selten eine Lüge über die Sozialdemokratie zusammengebrochen als jene, die in der Verhandlung über den Arbeiter-Galldiener vor den Schranken des Schwurgerichts zu Dessau zusammenbrach, schlimmer sind selten Verleumder und leichfertige Verbreiter einer Verleumdung gebrandmarkt worden, als es heute im Saale des Landgerichts zu Dessau geschehen ist! Und mit ihnen gebrandmarkt und moralisch zusammengebrochen ist das System der Lüge und Verleumdung wider die Sozialdemokratie, das unsere „nationalen“ Parteien zum Range einer politischen Institution erhoben haben, das ihre letzte verzweifelte Wehr gegen die Partei des Proletariats darstellt, in dessen Bannkreis auch die beamteten Vertreter der Herrschenden gezogen werden und aus dem die infame Lüge vom politischen Nord an dem braven Königsbrunn Arbeiter Danisch in Klein-Röhlau verübt und verschuldet von Sozialdemokraten, nur ein winziger Ausschnitt ist!

Gerichtet, rettungslos zerschmettert ist die infame Beschuldigung wider unsere Partei! Wenn der anhaltische Staatsminister v. Dallwitz die Lüge im Schwurgerichtssaal, die nach dem Prozeßbericht für ihn referiert war, benutzt hat, so wird er den Saal mit dem niederschmetternden Bewußtsein verlassen müssen, daß die „furchtbare Anklage“, die er gegen die Sozialdemokratie vor dem Landtage des ihm anvertrauten Staates, vor der Öffentlichkeit erhoben hat, schwer auf ihn selbst zurückgefallen ist! Doch zentnerschwer auf ihm die Anklage lastet, eine in ihrer Schwere kaum zu überbietende Beschuldigung gegen eine große Partei, gegen die größte Partei Deutschlands erhoben zu haben, deren völlige Grundlosigkeit jetzt offene zutage liegt. Und jene Schuld wiegt umso schwerer, als der Minister wußte, daß schon die nächsten Tage die gerichtliche Klarstellung des Falles bringen würden!

Herr v. Dallwitz wird sich über diese Tatsache nicht täuschen können trotz der verzweifeltsten Versuche des Ersten Staatsanwalts, die Hofkammer seines Vorgesetzten nach Möglichkeit noch zu vertuschen. Trotz der Versuche des öffentlichen Anklägers, in seinem Plaidoyer wenigstens etwas von den Trümmern der Anklage wider die Sozialdemokratie zu retten. Zu laut schreien die Feststellungen der Beweisaufnahme! Der Gericht, den wir an anderer Stelle des Blattes geben, spricht scharf und unzweideutig das Schuldig über die Väter der Verleumdung und die, die ohne gründliche Prüfung des Sachverhalts die ihnen zugetrugene Beschuldigung weiter verbreiteten, weil sie ihnen als Waffe gegen die verhasste Arbeiterpartei brauchbar erachteten.

Man liegt der Sachverhalt vor uns. Zwei Unglückliche, Opfer eines kühnwürdigen Systems politischer und geistiger Knechtung, das in Oberschlesien das bedauernswerte polnische Proletariat in Gland und Unwissenheit niederhält, sind die handelnden Personen. Der Angeklagte und sein Opfer sind typisch für die entsetzlichen Früchte dieses entsetzlichen Systems. Im bescheidenen Instanzleben lebte er — Schnaps und Klauereien, bei denen das Messer häufig seine verhängnisvolle Rolle spielt, sind ihre Vergnügungen. Der Erstgeborene, ein ehemaliger Schuhmann — wie mag der Mensch für die öffentliche Sicherheit gewirkt haben! — von dem man nicht erfährt, weshalb er den Tod des Sicherheitswächters auszog oder ausziehen mußte, ist ein im Alkoholausschlag „unleibliches Individuum“, ein Krakeeler und Händelsucher, der beständig mit seiner ehemaligen Beamtenqualität prahlt, sich bei all seiner alkoholischen Verkommenheit noch als Vorgesetzter gewöhnlicher Arbeiter hält und, um diese seine höhere Qualität gehödig ins Licht zu setzen, einen Nadaupatriotismus zur Schau trägt, der nicht von tieferer Gefinnung an sich hat. Er ist gewohnt, vom Birt seines Stammlokals hinausgeworfen zu werden, wenn er den Gästen durch seinen lauten Unfug und durch Gewalttätigkeiten lästig wird und wenn es ihm paßt, wenn es sein Bedürfnis, zu renommieren, erfordert, sich als Opfer seiner patriotischen Gefinnung zu geben. So ist die Legende der patriotischen Märtyrerschaft dieses Säufers entstanden. Seine verlogene Erzählung, daß er am Abend des Wahltages wegen patriotischer Kundgebungen verprügelt und aus dem Wirtshaus geworfen worden sei, hat den Boden für die Verleumdung bereitet; als der Drischulze von der Ermordung des Danisch hört, da ist seine erste Frage: „Das war doch nur wegen der Wahl?“ Und die aufgeregten Männer um den Täter hören aus dieser Frage das Eingeständnis des Mordes heraus. Es ist bezeichnend, daß der Drischulze,

dem dies Geständnis gemacht sein soll, davon nichts mehr weiß, daß zwei andere Zeugen, die nicht amtlich mit dem Verhör zu tun hatten, sich dagegen der Sorte genau erinnern wollen. Das Zeugnis des Birts Heinz gibt den Schlüssel für diesen rätselhaften Umstand zeigt uns die Entstehung der Legende, die dann strupellos in die Welt Der Täter ein Säufer wie sein Opfer! Vielleicht ein Epileptiker, der im Dämmerzustand handelte. Wir können nicht entscheiden, Jedenfalls ein durch chronischen Alkoholgenuss zum geistig Rinderwertigen Herabgesunkener. Ein heftiger Anfall verfest ihn in wilde, bestimmungslose Wut, läßt ihn wüten wie eine Bestie. Und diesen Menschen hat man der Sozialdemokratie anhängen wollen!

Ob unsere Feinde nach diesem Prozeß ihre Darstellung noch aufrecht erhalten werden? Möglich ist alles! Man lese des Staatsanwalts-Plaidoyer.

Jedes, das kann uns gleichgültig sein. In den Augen aller urteilsfähiger Leute, die nicht durch Fanatismus unheilbar verblendet sind, ist die Lüge vom sozialdemokratischen Nord zu Klein-Röhlau rettungslos gerichtet. —

Zur preussischen Polenverdrängungspolitik.

Die preussische Regierung hat dem Dreiklassenparlament ihre Denkschrift über die sogen. „Beförderung deutscher Ansiedlungen“ in den Provinzen Westpreußen und Polen für das Jahr 1906 zugehen lassen. Durch Gesetz vom 26. April 1886 wurde bekanntlich der preussischen Staatsregierung ein Fonds von 100 Millionen Mark zur „Stärkung des deutschen Elements“ in den genannten beiden Provinzen zur Verfügung gestellt: ein Betrag, der nachher, da trotzdem die polnische Bevölkerung sich rascher als die deutsche vermehrte, auf 350 Millionen Mark erhöht wurde. Darüber, was die preussische Ansiedlungskommission mit diesem Gelde gegen die polnischen „Kaninchen“ ausgerichtet hat, weiß die Denkschrift Folgendes zu berichten:

Im Jahre 1906 sind 398 Güter mit zusammen 102 461 Hektar Flächeninhalt (1905: 325 mit 115 663 Hektar) angeboten worden. Ebenso wie das der kleineren Güter ist auch das Angebot dauerlicher Grundstücke (unter 100 Hektar) im Jahre 1906, selbst gegenüber dem starken Angebot des Vorjahres, in besorgniserregender Weise weiter gestiegen. Ingesamt hat der Ansiedlungskommission im Jahre 1906 ein Landangebot von 130 250 Hektar oder rund 23 Quadratmeilen neu vorgelegen, gegen 136 230 Hektar 1905, 216 675 Hektar 1904, 245 812 Hektar 1903. Angekauft wurden 1906: 21 Rittergüter, 50 teils größere, einen selbständigen Gutsbezirk bildende, teils kleinere Landgüter und 96 Bauernwirtschaften, und zwar sämtlich im freien Grundstücksverkehr, außerdem sind 2 Staatsdomänen gegen Entschädigung übernommen worden. Angekauft sind in ganzen 29 670 Hektar für 42 214 000 Mark (17 886 Hektar im Regierungsbezirk Bromberg, 6896 Hektar Marienwerder, 6350 Hektar Posen, 588 Hektar Pommern). Von den angekauften Besitzungen sind 7 Güter — darunter 2 Rittergüter — und 39 Bauernwirtschaften (3030 Hektar insgesamt) in polnischer Hand gewesen, der dafür gezahlte Kaufpreis beträgt 5 037 000 Mark.

Am Schlusse des Jahres 1906 betrug der Landbesitz der Kommission insgesamt 325 663 Hektar, hiervon waren in deutscher Hand gewesen 221 150 Hektar, in polnischer Hand 104 513 Hektar. Der Durchschnittspreis im Jahre 1906 belief sich für das Hektar bei Gütern auf 1383 Mark, bei Grundstücken auf 1451 Mark, bei gesamtem Ankauf auf 1184 Mark. Diese Zahlen lassen eine zum Teil sprunghafte Steigerung der von der Ansiedlungskommission angelegten Grundstückspreise erkennen, die bei dem Wettbewerb des nationalen Segners naturgemäß andauern wird. Trotz der hohen Preise konnte nicht verhindert werden, daß deutsche Güter zu noch höheren Preisen in polnische Hände übergingen.

Wir halten die ganze, seit Jahrzehnten von der Regierung betriebene Polenpolitik für verfehlt; aber selbst wenn man sich auf den Standpunkt der Regierung stellt, bedeuten diese Zahlen einen unleugbaren Mißerfolg ihrer Bestrebungen. Im ganzen hat die Ansiedlungskommission seit 1886 325 993 Hektar Land angekauft; von dieser Fläche waren aber vorher nur 104 513 Hektar in polnischem Besitz; über zwei Drittel des angekauften Bodens waren in deutschen Händen. Aber selbst diese 104 513 Hektar sind keineswegs der polnischen Bevölkerung abgenommen. Die polnischen Grundbesitzer, die der Ansiedlungskommission ihre Güter veräußert haben, das Geld, das sie dafür erhielten, größtenteils dafür verwendet, sich in anderen Gegenden wieder anzukaufen, so daß, wenn man die Gesamtverteilung des Bodens betrachtet, sich in beiden Provinzen nur wenig geändert hat. Und um dieses Resultat zu erreichen, hat die Ansiedlungskommission nicht weniger als 337 Millionen Mark aus Staatsmitteln verwehrt, denn nach der Angabe der Denkschrift haben die Gesamteinnahmen (1886 bis Ende 1906) 444 Millionen, die Gesamtausgaben für den gleichen Zeitraum 107 Millionen betragen, die reinen Ausgaben mithin 337 Millionen Mark.

Die Denkschrift gibt diesen Mißerfolg selbstverständlich nicht zu. Sie beruft sich darauf, daß auf der Ansiedlungsfläche die Kopfdahl der deutschen Bevölkerung beträchtlich zugenommen hat. Im Sommer 1907, meint sie, dürfte das erste Hunderttausend Ansiedler in den Provinzen „angelegt“ sein. Am Schlusse des Rechnungsjahres betrug die gesamte deutsche Bevölkerung in den Ansiedlungsdörfern und auf den Ansiedlungsgütern 96 900 Seelen, machte also 2,67 Proz. der Gesamtbevölkerung aus. Der beiden Ansiedlungsprovinzen aus. Aber ein Teil dieser Bevölkerung lebte schon bisher auf dieser Fläche. Im eigentlichen Sinne angelegt worden sind nur 11 957 Ansiedler und 458 Arbeiterfamilien mit insgesamt 81 000 Köpfen. Und auch diese Ansiedler kommen noch lange nicht alle als Zugewanderte in Betracht. Von den 11 957 Ansiedlerfamilien lebten nämlich schon vorher 2926 Familien in Westpreußen und Posen; sie haben also den deutschen Bevölkerungsstand der beiden Provinzen nicht vermehrt, sondern sind nur von einem Ort zum anderen gezogen.

Betrachtet man diese Tatsachen und berücksichtigt dabei die verausgabte Summe von 337 Millionen Mark sowie die Verschärfung der nationalen Gegenläge, dann ergibt sich als Resultat der bisherigen Ansiedlungspolitik ein vollständiges Fiasko.

Doch einen Erfolg hat diese Politik tatsächlich aufzuweisen, allerdings einen Erfolg, der nicht dem Volke nützt, sondern lediglich dem Grundbesitz auf Kosten der Volksmasse, sie hat eine „sprunghafte Steigerung“ der Bodenpreise bewirkt. Begreiflich, daß die Herren Agrarier mit der Tätigkeit der Ansiedlungskommission höchst zufrieden sind.

Trotz alles Renommierens mit ihren großen Erfolgen scheint denn auch die Regierung einzusehen, daß sie auf dem bisherigen Wege nicht weiter kommt. Anstatt aber ihre verfehlte Ansiedlungspolitik aufzugeben, gedenkt sie schärfere Mittel anzuwenden und zur Zwangsenteignung zu

greifen. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin von heute telegraphiert:

Gegenüber den in der Presse verbreiteten Mitteilungen, daß die Regierung in aller nächster Zeit ein Enteignungsgesetz für die Ostprovinzen einbringen wolle, muß festgestellt werden, daß der Entwurf eines solchen Gesetzes noch nicht festgestellt ist und daß somit Angaben über seinen Inhalt noch vorzeitig erscheinen. Daß die Frage der Zwangsenteignung Gegenstand amtlicher Beratungen ist, ist eine bekannte Tatsache. Ein endgiltig festgestellter Entwurf liegt aber noch nicht vor.

Deutsches Reich.

Die Gewissenhaftigkeit der Bälou-Informatoren. Während die „Kordd. Allg. Ztg.“ den Trumpf gegen uns ausspielen zu können glaubte, daß wir Bälou zu unrecht falschen Zitierend beschuldigten, findet sie sich mit den skandalösen tendenziösen Informatoren und demgemäß unrichtigen Behauptungen des Reichsfinanzlers selbst ungemein leicht ab. So gleitet sie über unsere Feststellungen über den Fall Dittmann mit der Anrede hinweg, daß dem Reichsfinanzler nur die Anschulldigung der „Frankf. Ztg.“ nicht aber auch die in der nächsten Nummer desselben Blattes veröffentlichte Richtigstellung Dittmanns bekannt gewesen sei. Wir können natürlich nicht von Bälou verlangen, daß er jede Nummer der „Frankf. Ztg.“ genau durchstudiert, wohl aber muß der Reichsfinanzler sich auf seine Informationen unbedingt verlassen können. Diese Informationen sind aber bodenlos leichtfertig und lächerlich! Die Offizien sollten also erst selbst einmal vor der eigenen Tür fegen, bevor sie anderen Leuten Kotla zu predigen wagen! —

Die Pest in Deutsch-Ostafrika.

Es bestätigt sich, daß in Deutsch-Ostafrika die Pest ausgebrochen ist. Das amtliche „Deutsche Kolonialblatt“ schreibt:

„Daß in Ruanda zwei Todesfälle an Pest vorgekommen sind, wird nunmehr amtlich bestätigt. Auch ist nach einem am letzten Dienstag hier eingetroffenen Bericht des Gouverneurs schon am 4. Febr. d. J. an Bord eines englischen Dampfers ein Pesttodesfall in Ruanda vorgekommen. Die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen sind von den lokalen Behörden getroffen worden. Es dürfte sich bei diesen Vorkommnissen nicht um eine Keimverschleppung, sondern um ein Wiederauflauern des alten zentralafrikanischen Pestherdes handeln. In irgend einer Unruhe ist kein Anhalt vorhanden. Wie es gelungen ist, die früheren von diesem Seuchenherde ausgegangenen Epidemien zu beschränken, so dürfte auch dieser Ausbruch eine weite Ausbreitung nicht gewinnen.“

Die zweite heftige Kammer, die gestern zusammengesetzt ist, begann heute die Beratung des Steuerbudgets für 1907. Finanzminister Dr. Snauch erklärte, daß das Budget zum ersten Male seit 6 Jahren nicht mit einem Defizit abschließe, und daß noch Mittel zur Verfügung ständen, bringende Bedürfnisse, welche Rechausgaben erforderten, zu erfüllen.

Staatsminister Ewald erklärte auf eine Anfrage bezüglich der Schiffsfahrtsabgaben, daß die Stellung der heftigen Regierung zu dieser Frage sich nicht geändert habe. Welche Stellung die Regierung demnächst zur wirtschaftlichen Seite der Frage einnehmen werde, könne heute noch nicht gesagt werden. Man mühte dazu erst wissen, was an Stelle des Artikels 54 der Reichsverfassung etwa gesetzt werden solle.

Weiter erklärte der Staatsminister bezüglich der Reform des Landtagswahlrechtes, daß er mit der Mehrheit der ersten Kammer wiederholt verhandelt habe. Er müsse jedoch zu seinem Bedauern sagen, daß er mit seinen Vorschlägen kein besonderes Entgegenkommen gefunden habe. Man scheine in der ersten Kammer nicht geneigt, den Vorschlägen der zweiten Kammer zu folgen, so daß eine Aenderung der Vorlage nötig erscheinen sei. Redner hofft im Laufe des Frühjahrs, vielleicht schon in den nächsten Wochen, dem Hause einen Vorschlag zugehen lassen zu können, auf Grund dessen sich eine Verständigung ermöglichen lassen werde.

In der Kreis der Einschränkung der Majestätsbeleidigungsparagrafen! Aus dem Wahlkreis Bohum wird geschrieben:

In national-liberalen Wählerversammlungen in Alten-Bohum und Weimar blieben beim Kaiserhoch mehrere Teilnehmer sitzen. Gegen sie ist die Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden.

Die notwendigste Einschränkung, die der Majestätsbeleidigungsparagraf bedürfte, wäre die Einschränkung der Auslegung, die das Vergehen einer Ehrbezeugung, die Kundgebung republikanischer Gesinnung als Beleidigung der Majestät auslegt.

Liebesgaben.

Die agrarische Deutschniederer hatte am Dienstag im hannoverschen Provinziallandtage wieder auf Kosten der Allgemeinheit einen Erfolg zu verzeichnen, und zwar besteht dieser in der Subventionierung der Pferdebewertungs-Genossenschaft. Vor einigen Jahren ist der Plan, diese Genossenschaft zu gründen, von den landwirtschaftlichen Vereinen diskutiert worden, und man beschloß mit Zustimmung der Landwirtschaftskammer, die Genossenschaft dann ins Leben treten zu lassen, wenn 750 Anteile gezeichnet worden sind. Trotz aller Agitation ist es nur gelungen, 600 Anteile unterzubringen und schon drohte die ganze Geschichte zusammen zu fallen. Auch die Landwirtschaftskammer hielt sich zurück. Sie hatte für die Genossenschaft nur 3000 Mark übrig als einmalige Zahlung. In dieser Lage trat die Genossenschaft an die hannoversche Provinzialverwaltung heran mit dem Antrage, ihr ein Darlehen von 50 000 Mark zu gewähren. Natürlich unter besonders günstigen Bedingungen, denn sonst würde der Fund der Landwirte das Geschäft selbst erledigen. Die Provinzialverwaltung beantragte denn auch beim Provinziallandtage, dem Antrage stattzugeben und der agrarischen Genossenschaft 50 000 M. zu leihen gegen 2 Proz. Zinsen und 1 Proz. Amortisationsbeträge zu zahlen!

Die Provinzialverwaltung muß das Geld selbst anleihen und dafür hohe Zinsen bezahlen. Aber was schert das die notleidenden Agrarier! Sie nahmen die Vorlage an und verhalfen damit ihren Klassengenossen zu einem schönen Vermögensvorteil und zwar auf Volkskosten, denn die Einnahmen der Provinzialverwaltung werden aufgebracht durch Umloggen in Höhe von 1 1/2 Proz. der Einkommensteuer. —

Die braunschweigische Thronfolgefrage. In der heutigen Plenarsitzung des Bundesrats wurde auf Antrag des Referenten, des königlich sächsischen Bundesratsbevollmächtigten Grafen Vitzthum v. Eckardt, folgender Beschluß gefaßt:

Der Bundesrat beschließt:

1. Die Heberzeugung der verbandelten Regierungen dahin auszusprechen, daß, solange Seine Königliche Hoheit der Herzog von Cumberland oder ein Mitglied seines Hauses sich in einem dem trichverfassungsmäßig gewährtesten Frieden unter Bundesbürgern widerstehenden Verhältnisse zu dem Bundesstaate befinde und Ansprüche auf die Erbfolge dieses Bundesstaates erhebt, auch die Regierung eines anderen Mitgliedes des Herzoglichen Hauses Braunschweig-Lüneburg in Braunschweig mit den Grundprinzipien der Bundesverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei, selbst wenn dieses Mitglied gleichzeitig mit dem Verzicht der übrigen Mitglieder des Hauses auf Braunschweig seinerseits für sich und seine Descen-

Den allen Ansprüchen auf das frühere Königreich Hannover entfällt, daß demnach durch die dem Bundesrat vorgelegten Erklärungen Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland in den Schreiben an Seine Majestät den Deutschen Kaiser, Königin von Preußen vom 2. Oktober 1906 und an das Herzoglich Braunschweig-Lüneburgische Staatsministerium vom 15. Dezember 1906 eine entscheidende Aenderung in der dem Beschluß des Bundesrats vom 2. Juli 1885 — § 422 der Protokolle — zugrunde liegenden Sach- und Rechtslage nicht eingetreten sei;

2. die Braunschweigische Landesregierung hiervon in Erledigung ihres Antrages (Nr. 8 der Bundesratsdrucksachen) zu verhandeln.

Mit Ausnahme von Braunschweig, das sich der Stimmabgabe enthielt, wurde der Beschluß einstimmig gefaßt. Die Braunschweiger werden sich also mit einem nicht-hannoverschen „Landesrat“ begnügen müssen.

Hamburger Patrioten.

Als am 3. Juli 1906 die um die Mitte des 18. Jahrhunderts durch den Perleberger Baumeister Sonnin erbaute „Große Michaeliskirche“, die zu den schönsten Monumentalbauten der Elbepublik zählte, durch Feuer zerstört wurde, erschienen sofort in der Hamburger Bourgeoisepresse pomphöse Aufrufe zur Sammlung eines Fonds zum Wiederaufbau des „alten Wahrzeichens der Vaterstadt Hamburg“. Sei es, daß es in Hamburg an routinierten Kirchenbauaufsammellern à la Freiherr v. Mirbach und an freigebigen jüdischen Sommerrentnern fehlt, sei es, daß die großmaterialesig gestimmte Hamburger Bourgeoisie nicht für Kirchenbauten eingenommen ist, weil dabei kein Rebhahn winkt, genug, es kamen durch „freiwillige“ Sammlungen nicht einmal 300 000 M. zusammen. Obwohl in Hamburg Staat und Kirche getrennt sind, es mithin keine „Staatskirche“ gibt, fanden die gute Beziehungen zum Parlament unterhaltenden kirchlichen Elemente heraus, daß der „große Michel“, wie die Kirche im Volksmunde genannt wurde, eine Kirche des Staates sei, „der aus patriotischen Gründen mit seinen Mitteln einzugreifen habe zur Wiederherstellung des stolzen Werkes alt-hamburgischer Baukunst“. Bald war die übergroße Mehrheit des illustren Privilegiertenparlamentes für diese Idee entflammt. Zunächst wurden mit Staatsmitteln der „abgedrahten“ Kirchengemeinde durch Feuer zerstörte Kirchenhäuser abgekauft, damit der zu erbauende „Michel“ sich freier repräsentieren. Nun hat ein aus Senats- und Parlamentsmitgliedern bestehender Ausschuß dem Plenum eine Vorlage unterbreitet, welche die Kleinigkeit von 3 113 000 M. fordert zum Aufbau der Kirche im alten Stile. Die Angelegenheit gelangte am Mittwochabend im Parlament zur Verhandlung. Mit guten Gründen zog namens unserer Reaktion Genosse Stolten gegen die Vorlage zu Felde und ironisierte die Freigebigkeit der frommen Leute in Hamburg, unter denen sich auch viele befänden, die jeder allein 100 000 M. zeitigen Wintens. Höchstens könnte man der Kirchengemeinde das zum Bau benötigte Geld zu 3/4 Proz. zur Verfügung stellen, wie man z. B. der Amerika-Linie Hofenbauten gegen eine entsprechende Vergütung zur Disposition gestellt habe.

Die Requiranten der Vorlage appellierten aus naheliegenden Gründen nicht an den frommen, sondern an den patriotischen Sinn des Hauses, und sie hatten den Erfolg, daß die Vorlage mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde. Auch die „entschieden“ Liberalen, von denen sich niemand zum Wort meldete, stimmten für die Millionenvorlage zu kirchlichen Zwecken.

Konservative Wahlmacht.

Als Genosse Bebel in seiner Eitredre auf den Wahlschacher zu sprechen kam und ausführte, daß sogar von konservativer Seite in manchen Orten um die Stimmen der Sozialdemokratie gebuhlt worden sei, widersprach die rechte Seite des Hauses. Wie tatsächlich die konservativen Wahlleiter im Wahlkampf gemogelt haben, zeigt folgender Vorkfall:

Von der sozialdemokratischen Kreisleitung war im Kreise „Ort-Brignit“ den sozialdemokratischen Wählern zur Stichwahl Stimmenthaltung angeraten worden. Am Sonntag, den 3. Februar, erschien in dem „General-Anzeiger für die Brignit“ folgende Annonce:

Achtung! Genossen!

Kaurer, Zimmerleute und Arbeiter! Lade Euch zu heute abend 8 Uhr zu einer Besprechung über die Stichwahl ein, es sind drei Genossen aus Brignit hier, bitte um zahlreiches Erscheinen in Schröders Gasthof.

Fritz Lange, Schrift.

Wih. Wetthge, Zimmerpolier, Brignit. August Ricmann, Zimmerpolier, Brignit. Martin Winkell, Brignit.

Lehtere drei sollten „Genossen“ aus Brignit sein. Die Leute haben jedoch keine blasse Ahnung vom Sozialismus und stehen uns überhaupt vollständig fern.

Es ist nun von den vier ehrenwerten Herren unter falscher Flagge Propaganda für den konservativen Kandidaten, jehigen Abgeordneten Böcher getrieben worden. Wie unsere Parteigenossen bestimmt behaupten, sind die Herren von dem Wahlkomitee der konservativen Partei gedungen worden. Man hat hier also nicht nur die Taktik des Reichslügenverbandes nachgeahmt, sondern dieselbe noch durch Vorsepiegelung falscher Tatsachen weiter entwickelt. Nicht nur Wahlschacher, sondern Wahlverzug ist getrieben worden.

Zentrumsäußer.

In Müllstedt auf dem Obereichselbe (Wahlkreis Mühlhausen-Langenjohla) hat dieser Tage eine Zentrumsversammlung stattgefunden zwecks Stellungnahme für die am 1. März stattfindende Nachwahl, zu der das Zentrum keinen eigenen Kandidaten aufstellen will. Der Vorsitzende der Versammlung erteilte zuerst das Wort dem Kandidaten der Konservativen, dann dem freisinnigen Genosse Grünwald, der sozialdemokratische Kandidat, erhielt das Wort nicht. Nach dem Bericht der „Germania“ erfolgte nach der Rede des freisinnigen lebhafter Beifall, und weil ihm von Zentrumsseite nicht entgegengetreten wurde, hielt sich das Blatt zu folgendem Angriff veranlaßt:

Nach ein paar solcher Zentrumsversammlungen — und unsere Zentrumsleute sind politisch demoralisiert und reif für den Freisinn und für noch weiter nach links.

Dennoch scheint das Zentrumsblatt die Beständigkeit der ultramontanen Wähler nicht allzu hoch einzuschätzen, und man versteht danach auch die Besorgnis des Zentrums, die gegnerische Agitation, namentlich die Sozialdemokratie, aus seinen Gefilden fernzuhalten.

Ausland.

Ungarn.

Die Agrarier.

Budapest, 28. Februar. (W. G.) Das Auftreten der ungarischen Agrarier wird immer aggressiver. Ihrem Einfluß ist auch die Vorbereitung mehrerer reaktionärer Gesetzesentwürfe durch die Regierung zuzuschreiben. Gegenüber dem Verhalten der Agrarier, die auch geistern gegen den sozialistischen Abgeordneten Mezoßi auftraten, erklärte der Präsident des Abgeordnetenhauses Juszt, daß in der Unabhängigkeitspartei der reaktionäre Standpunkt, daß man, um das Einkommen der Gutbesitzer zu vermehren, die Arbeiter unterdrücken wolle, nie Geltung erlangen dürfe, er werde gegen diese Bestrebungen und gegen alle Feinde der Pressefreiheit den Kampf bis aufs Messer führen. Die Anhänger Juszt's in der Unabhängigkeitspartei sind derzeit in der Minorität.

Ehren-Reparatur.

Budapest, 28. Februar. Zwischen dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Rakoszy und dem Soziologen Horvath fand ein Säbelduell statt, wobei der letztere mehrere leichtere Verletzungen erlitt.

Frankreich.

In der Sadgasse.

Paris, 26. Februar. (Fig. Ver.)

Auf der kirchenpolitischen Börse ist wieder eine gründliche Waise eingetreten. Und diesmal sieht die Situation wirklich ziemlich ernst aus; denn es handelt sich nicht nur um Ehren- und Prinzipienfragen, um die man mit einer vermittelnden, mehrdeutigen Formel herumkommen kann, sondern vor allem um den Geldbeutel. Der Staat verlangt nämlich, daß die Geistlichen, die die Kirchen unentgeltlich bekommen, dafür alle Erhaltungs- und Reparaturkosten auf sich nehmen und persönlich für sie haften. Die Kirche aber will darauf nicht eingehen, und zwar weder auf die persönliche Haftung, die angeblich ihrer „Würde“ widerspricht, noch auf die Bestreitung der „großen“, für die architektonischen Rekonstruktionsarbeiten erforderlichen Kosten. Man kann diesen Standpunkt der Kirche verstehen; denn es äußert sich darin die sehr begründete Voraussetzung, daß es künftig mit den Finanzen der Kirche sehr schlecht bestellt sein wird. Die Reparaturarbeiten stellen sich — auch abgesehen von zufälligen Ereignissen wie Vlieschlägen und dergleichen — bei manchen Kirchen recht hoch — bei Notre Dame in Paris auf etwa 80 000 Frank jährlich, und da das Kirchengut eingezogen ist, müßten diese aus den laufenden Einnahmen bestritten werden. Sollte aber gar noch persönliche Haftung hinzutreten, so fürchtet der Klerus, daß die Zahl derjenigen, die als Geistliche Kirchen zur Miete werden übernehmen wollen, sehr gering und daß die Bischöfe bald außerstande sein werden, die Pfarren zu besetzen.

Daß der Staat nicht auch noch auf die so geringe Sicherheit, die die persönliche Haftung der Geistlichen bildet, verzichten und den Gemeinden überdies die Tragung der Kosten der großen Reparaturarbeiten auferlegen kann, versteht sich von selbst. Das ist nicht nur aus prinzipiellen, sondern auch aus politischen Gründen unmöglich. Der Widerstand gegen die Trennung war auch in den vom Katholizismus beherrschten Gegenden so gering, weil sich die Vorteile die finanziellen Vorteile der Reform für die Gemeindefinanzen an den Fingern abzählen konnten. Man kann diese Vorteile nicht nachträglich aufheben. Da aber die Kirchen den Katholiken durch den Nichtvertrag förmlich übergeben wären, würde die Übernahme der großen Reparaturen durch die Gemeinde auch eine kommunale Subvention an die Kirche bedeuten, also den Hauptgrundsatz des Trennungsgesetzes verletzen.

Kommt es nun zu keiner Einigung, — und nach der Sprache der Merkmalen müßte man es glauben, wenn man nicht den alten Gänderkniff, die Preisforderung möglichst hoch zu stellen, zu oft von ihnen angewendet gesehen hätte — so bleibt der Kirche nur die tatsächliche Verwertung der Kirchengebäude ohne Vertrag übrig. Aber dann hängt es vom Gutdünken der Gemeinden ab, die Reparaturarbeiten verrichten oder die Kirchen verfallen zu lassen, und es ist wahrscheinlich, daß unter solchen Verhältnissen der öffentliche Gottesdienst an vielen Orten bald unmöglich werden wird. Daß den Schaden davon die Kirche selbst haben würde, ist nicht zu bezweifeln. Aber sie mag den Eigensinn und die Kurzsichtigkeit ihrer Politiker anklagen, nicht die Republik, die ihr in den Kultusaffektionen die vollkommene Freiheit des Gottesdienstes und der Bestreitung ihrer finanziellen Bedürfnisse dargeboten hat.

Brüssel, 28. Februar. Der vatikanische Korrespondent der „Indep. Velge“ berichtet, daß die Unnachgiebigkeit des Papstes in der französischen Trennungsfrage auf Mitwirkung der Jesuiten zurückzuführen sei, welche bei der Einführung des Privataltars in Frankreich für ihre Gesellschaft Vorteile erwarten. Der Papst soll seine Freude darüber ausgedrückt haben, daß die Verhandlungen abgebrochen worden seien!

Der Senat beschneidet die Versammlungsfreiheit.

Paris, 26. Februar. (Fig. Ver.)

Heute verhandelte der Senat von neuem über die Gesetzesnovelle, die er unlängst an die Kommission zurückgewiesen hatte. Die Senatmehrheit hatte die Bestimmung anstößig gefunden, daß Versammlungen künftig „zu jeder Zeit“ unangemeldet stattfinden könnten. Heute wurde diese Bestimmung auf Antrag der Kommission vom Senat endgültig gestrichen! Ebenso der Artikel 3 des Gesetzes, der die Bürgermeister verpflichtete, Räumlichkeiten für Versammlungen zur Verfügung zu stellen. — Herr Clemenceau war mit allem Eifer dabei und erklärte nur, den Artikel 3, der „nur als ein Wunsch gedacht“ sei, durch ein ministerielles Rundschreiben ergehen zu wollen. Briand, der unlängst desabonniert worden war, hatte sich der Sitzung ferngehalten! — Die Sozialisten werden diesen Sowindel natürlich nicht ohne weiteres durchgehen lassen.

England.

Der englisch-französische Kanaltunnel.

London, 26. Februar. (Fig. Ver.)

In den letzten Wochen der verflochtenen Tagung wurde im britischen Unterhaus ein Initiativantrag eingebracht: dem Bau eines Tunnels unter dem Ärmelkanal zwischen Calais und Dover zuzustimmen. Der Antrag wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen zur zweiten Lesung gelangen, und es werden große Anstrengungen gemacht, den Bau des Untersectunnels durchzuführen. Eine englisch-französische Gesellschaft will den Bau übernehmen, dessen Kosten auf etwa 16 Millionen Pfund Sterling (20 Millionen Mark) veranschlagt werden. Bedeutende Grundbesitzer beider Länder sind an dem Plane interessiert und bemühen sich, durch Zeitungartikel und Vorträge die öffentliche Meinung zu gewinnen. Ihr Erfolg ist indes vorläufig nur ein partieller. In Frankreich hat der Plan zwar allgemeinen Beifall gefunden, aber in England steht er auf kaum überwindliche Schwierigkeiten. Die Gründe dieser gegensätzlichen Stellungnahme sind nicht schwer zu erwidern:

Für Frankreich hat der Plan eine ausschließlich kommerzielle Bedeutung. Ein Tunnel unter dem Ärmelkanal würde ohne Zweifel den englisch-französischen Personen- und Warenverkehr fördern und die Freundschaft zwischen den beiden Ländern stärken. Die Furcht vor der Seckrantheit, die den Personenverkehr zwischen England und Frankreich beschränkt, würde ganz wegfallen. Die Reise zwischen London und Paris würde etwa 6 Stunden dauern und der Tunnel deshalb Ausflüge hinüber und herüber ermöglichen. Paris würde dem Fremdenverkehr noch mehr gewinnen als bis jetzt. Es ist ferner fester, daß viele Engländer, die nach Indien und sonst nach dem Orient reisen, die Bahn bis Marseille benutzen würden; ebenso würden sie bei ihrer Heimreise den Hafen von Marseille zur letzten Station machen. Vielleicht würde auch der mitteleuropäisch-englische Personenverkehr den Tunnel benötigen. Die Franzosen würden demnach von einem Untersectunnel Calais-Dover große Vorteile ziehen.

Dagegen hat der Plan für England nicht nur eine kommerzielle, sondern auch eine militärische Bedeutung. In die militärische Bedeutung des Planes wird hier zur ausschlaggebenden Erwähnung gemacht: England ist ein Inselstaat. Seine militärische Verteidigung geht von maritimen Gesichtspunkten aus. Die Engländer können unter den jetzt obwaltenden Umständen ohne allgemeine Militärvorkehrungen auskommen, da sie, von der See umgeben, eine feindliche Truppenlandung nicht so leicht zu befürchten haben. Sie rechnen auf die Flotte, und solange diese tüchtig und kriegerisch ist und das Meer beherrscht, wird keine feindliche Macht

leichtes Herz eine Invasion planen. Unmöglich ist zwar eine denartige Landung nicht; in Kriegen wie in Revolutionen, wo die Energien bis zum äußersten angespannt sind, wird gar manches möglich, was man in Friedenszeiten und unter alltäglichen Verhältnissen für unmöglich hielt. Aber die Landung ist jedenfalls mit solchen Gefahren verbunden, daß mit ihr nur wie mit einer Ausnahme gerechnet wird. Ganz anders würde sich die Lage gestalten, wenn ein Tunnel vorhanden wäre. England wäre aus einer Insel in eine Halbinsel verwandelt, und seine militärischen Aufgaben würden denjenigen der festländisch-europäischen Staaten ähnlich werden. Der Plan eines Untersectunnels bedeutet also für England eine ganze Revolution in seiner militärischen Verteidigung! Er greift in seine staatliche Existenz unergleichlich tiefer ein als in die Frankreichs.

Der Plan ist nicht neu. Er tauchte in den Jahren 1875 bis 1888 mehrmals auf und fand seinen Ausdruck in parlamentarischen Gesetzesvorlagen. Er wurde von verschiedenen Kommissionen diskutiert, aber schließlich abgelehnt. Im Jahre 1888 stimmten 165 Abgeordnete für, 307 gegen den Plan. Die Kommissionsverhandlungen sind in mehreren Bänden gedruckt, aus denen hervorgeht, daß es ausschließlich militärische Erwägungen waren, die zur Ablehnung des Planes führten. Sowohl die Admirale wie die Generale waren in ihrer großen Mehrheit gegen den Untersectunnel. Der damalige Chef des Stabes, Sir Cooper, meinte, England könnte gegen eine feindliche Truppenlandung nie gesichert sein, aber solange das Meer der einzige Zugang sei, würde der Feind eine Truppenlandung nicht wagen. Sei aber ein Tunnel zwischen Calais und Dover vorhanden, dann würden wenige Stunden genügen, um 100 000 Mann nach Dover zu werfen; es würde deshalb nötig werden, Dover fest zu besetzen und eine Armee zu schaffen, die in jeder Beziehung den feindlichen Truppen gewachsen wäre. — Diesen Ansichten schlossen sich die Generale Boscawen, Woods und der Herzog von Cambridge an. Letzterer erklärte: „Uns droht zwar keine Gefahr von Frankreich, aber Calais kann von einer deutschen Armee besetzt werden, um den Zugang zum Tunnel zu erhalten. Dann kann es für uns nur eine Rettung geben: die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und eine den deutschen Militärführern entsprechende Armee zu schaffen.“

Diese in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts niedergelegten Ansichten werden noch heute fast allgemein geteilt. Nur in der liberalen Partei gibt es mehrere Abgeordnete, die bereit sind, für den Tunnel zu stimmen, da sie glauben, den Friede und den internationalen Frieden fördern zu können. Der allgemeinen Ansicht gibt wohl der militärische Mitarbeiter der „Times“ Ausdruck, indem er sagt:

„Unsere militärische Wiedergeburt hat kaum begonnen, und abgesehen von der kleinen regulären Armee haben wir keine Militärführer, die wir kontingentalen Truppen entgegenzusetzen könnten. Die Besetzung Dovers und des englischen Zuganges zum Tunnel durch Heberverwundung, Belagerung oder Abtreibung würde einen Feind, der Calais hält, in den Stand setzen, und mit Truppenmassen zu überflutieren; sie würde ihm eine Verbindungslinie geben, gegen die unsere Flotte nichts ausrichten könnte. Der Bau des Kanaltunnels würde deshalb unsere ganze strategische Lage und unser Problem der nationalen Verteidigung grundlich umwälzen. Ebenso darf nicht übersehen werden, daß es zwischen der belgischen Grenze und Calais keine ersten Sondernisse gibt, die eine gegen Frankreich marschierende feindliche Armee aufhalten könnten. Die Besetzung des französischen Zuganges zum Tunnel ist eine Möglichkeit, mit der gerechnet werden muß.“

Die Debatte über die zweite Lesung des Initiativantrages wird sich höchst wahrscheinlich mit den hier entwickelten Beweisführungen beschäftigen. Es ist wohl möglich, daß das Unterhaus der zweiten Lesung zustimmen und den Antrag in die Kommissionsberatung senden wird. Allein auf eine Annahme ist nicht zu rechnen. Unsere Zeit ist viel zu konfliktös, um den derzeitigen internationalen Baupläne in Europa schon jetzt zur Verwirklichung gelangen zu lassen.

Entscheidung der Kirche?

London, 27. Februar. Das Unterhaus nahm mit 198 gegen 90 Stimmen eine Resolution an, welche die Entschärfung der englischen Kirche und die Einbeziehung der geistlichen Pfründen befristet. Der Chefsekretär für Irland, A. Birrell, sprach sich zwar wiederholt zugunsten der Resolution aus, erklärte aber, die Regierung werde keinerlei Verantwortung für dieselbe übernehmen, da sie ohnehin schon alle Hände voll zu tun habe.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 28. Februar 1907, nachmittags 5 Uhr.

Die heutige Sitzung wird vom Vorsitzendenvertreter Meißel gegen 5 1/2 Uhr mit der Mitteilung eröffnet, daß der Stadtverordnete Heilmann aus Altersrücksichten sein Mandat niedergelegt hat. Dem Ausgeschiedenen, der 70 Jahre alt ist, widmet der Vorsitzendenvertreter Worte lebhafter Anerkennung für sein verdienstliches kommunales Wirken.

Zur ersten Lesung steht der Entwurf betr. Feststellung des Stadthaushaltsplans für 1907. Der Entwurf schließt bekanntlich in Einnahme und Ausgabe mit 147 Millionen ab, 6 Millionen weniger als im Vorjahre.

Kämmerer Dr. Steiniger: Es ist uns gelungen, den Etat diesmal zwei Wochen früher an Sie zu bringen. Ob das allen Ansprüchen genügt, weiß ich nicht; ich wünsche, er könnte noch 14 Tage früher vorgelegt werden. Der Bruttoetat mit dem Etat der städtischen Werke umfaßt 270 Millionen, mehr als der des Reichslands Württemberg. In einzelnen sind die Ergebnisse der Aufstellung nicht gleich befriedigend. An Lohnverbesserungen sind 400 000 M. vorgesehen, und zwar haben wir unten aufgeschlüsselt. Es ist im übrigen nicht gelungen, alle Verhandlungen über einen Stamm zu führen. Die Erhöhung des Rindens der allgemeinen Preislage hat natürlich auch auf die Bedürfnisse der einzelnen Etats zurückgewirkt. In den 100 Proz. Einkommensteuer haben wir schließlich festgehalten, weil wir in der Zeit eines 1 1/2 Millionenüberschusses, in einer Zeit, wo manche Vororte sich heuristigearbeitet haben, unmöglich über 100 Proz. hinausgehen konnten. Von dem Ueberschuss habe ich leider nichts für einen Ausgleichsfonds oder für die Erhöhung des Grundbesitzerverwahrungsfonds retten können; er mußte ganz in den Etat eingestellt und es mußte eine Menge von Neuverordnungen abermals oder gestrichelt zurückgestellt werden. Auf die Einzelteile eingehend, beklagte der Kämmerer zunächst die unvernünftige Weise, wie die verschiedenen Ausgaben der Schulverwaltung, die Schule beanspruchen 70 Proz. der gesamten Einkommensteuer. 14 Gemeindefürsorge sind im Bau begriffen; die Gemeindefürsorge hat 27 000. Die Armenverwaltung bedürfte eines Zuschusses von 14 Millionen; die Sicherung sei gegen das Vorjahr nur unwesentlich und dieser Umstand auf die jetzige Hochkonjunktur zurückzuführen. Die Krankenhausbauverwaltung verfüge jetzt über 5100 Stellen. Die Klagen über Unzulänglichkeit der Vertenzahl würden jetzt wohl sehr zusammenschwächen. Der Kostenpreis pro Tag und Bett schwankt, die Verzinsung des Grundbesitzes eingeordnet, zwischen 4,80 und 5,10 Mark, welchen Sätzen die für auswärtige Arzte bestehenden Sätze nicht entfernt entsprechen. Bei den Trennanalisen seien Aufbesserungen des Gehalts verschiedener Beamtenklassen erfolgt; eine allgemeine Aufbesserung sei leider nicht möglich gewesen. Der Etat weist eine starke Erhöhung auf, wesentlich infolge der gesteigerten Löhne. Die Bauverwaltung sei mit 25 Millionen gegen 30 1/2 im Vorjahre dotiert. Das städtische Museum werde in diesem Jahre fertig werden. (Weiterer.) Ein besonderer Etat für das Rohungsmittelamt lasse sich noch nicht vorlegen. Unter den Einnahmen figurieren die städtischen Werke mit 6 1/2 Millionen weniger als 1906. Die Sägen, die Kanalisation

erforderten höhere Zuschüsse; die Schmersenländer aber seien die Markthalen und jetzt auch der Vieh- und Schlachthof. Für die Markthalen könnten doch unmittelbar aus den Mitteln der Steuerzahler, also auch der kleinen Geschäftsteile, die in den Markthalen ihre Konkurrenten sehen, Zuschüsse geleistet werden. Die Lebereschüsse der Viehhofverwaltung verminderten sich umsofort; bei beiden Verwaltungen sei eine sehr starke Steigerung der Gehälter zu konstatieren. Mit der Rentabilität beider Mäse man keinen Staat machen; auch das Ergebnis der Gaswerke sei noch nicht befriedigend. Die Rente der V. E. W. liege auf 4, die der Straßenbahn auf über 8 Millionen. (Hört! hört!) Weshalb werde so großer Wert auf die Einholung der 100 Proz. Einkommensteuer gelegt? Die Befürchtung vor dem Eingreifen der Aufsichtsbehörde sei unbegründet. Zwei Gründe sprächen aber ausschlaggebend dafür: die Rücksicht auf die Abwanderung wohlhabender Einwohner in die Vororte und die sozialpolitische Erwägung, daß Berlin 675 000 Jeniten hat, von denen die weitaus größte Mehrzahl durch eine Steuererhöhung ungemein hart betroffen werden würde. Neue Steuern, neue Einnahmen habe die Verammlung nicht bewilligen wollen, es müsse also energischer gepart werden. Die Finanzlage Berlins sei keineswegs schlecht, aber doch müsse gehalten werden, auch die Tragkraft der härtesten Schultern dürfe nicht überlastet werden. (Beifall.)

Stadt. Borgmann (Soz.): Nach den Darlegungen des Kammerers hängt offenbar über seinem Arbeitspuls ein Schild mit der Aufschrift: Nicht über 100 Prozent! Dieses Motto liegt auch dem heutigen Etat zugrunde. Ich kann mich nicht dem Argument anschließen, daß wir davon festhalten müssen, um die Abwanderung nach den Vororten nicht zu steigern. Die Ertragskräfte der städtischen Werke haben dem Kammerer die Meinung beigebracht, daß die Minderung der Lebereschüsse bedenklich werde. Markthalen- und Viehhofverwaltung sind keine Lebereschüsse, da ist der Kammerer wohl nicht hinlänglich informiert. Der Gasetat war schon im vorigen Jahre zu knapp eingeseht worden und hat höhere Lebereschüsse als veranschlagt geliefert, wie ich das damals voransagte. Herr Kommissar empfahl damals, man solle doch die Gaswerke lieber verpachten. Sie haben in diesem Jahre 8 837 000 M. abgeworfen, über 126 000 M. mehr. Der Leberschuss aus den Gaswerken ist ja nicht der einzige Nutzen daran; im ganzen können wir einen Ertrag von 10 Proz. annehmen. Die Amortisation der Gasanlagen ist außerdem dieses Jahr auf 1 400 000 M. erhöht; diese hohe Amortisation, die die Regierung vorgeschrieben hat, bedeutet indirekt doch eine Verbesserung der Finanzverhältnisse der Stadt. Und die gesamte öffentliche Beleuchtung wird doch durch die Gaswerke kostenlos geliefert. Der Preis, den wir für Ringgas nehmen, ist unverhältnismäßig hoch; man sollte heute schon den den 14,8 Pf. heruntergehen können, um so mehr als durch die Verwendung von Koch- und Heizgas eine wesentliche Verbesserung der sanitären Verhältnisse besonders in den kleinen Wohnungen herbeigeführt wird. Man könnte etwa von 675 auf 800 Liter für 10 Pf. hinausheben. Als merkwürdig ist mir die Position aufgefallen, daß die Gaswerke nicht weniger als 8 900 M. Pacht für die Arbeiterkantine einnehmen, sowohl in der Greifswalderstraße als in Ziegel. Die Stadt hätte doch keinen Grund, hier Einnahmen zu machen; nicht einmal bei Siemens u. Halske geschieht das. Der Leberschuss der Wasserwerke ist um 218 000 M. herabgesetzt worden; später wird hier wieder, wie ich annehme, eine Verbesserung eintreten. Bei dem Etat der Kanalisation und der Mieselfelder allerdings scheint es mir bedenklich, in diesem Jahre über 2 1/2 Millionen mehr auszugeben. Diesen Rinderüberschuss könnte man aber doch sehr leicht erfassen, indem man die Kanalisationsabgabe von 1 1/2 Proz. auf 2 Proz. erhöht. Die Grundbesitzer verstehen es doch sehr wohl, eine solche Last wieder abzuwälzen, und zudem nimmt der Grundbesitz doch in der Gemeinde eine privilegierte Stellung ein, indem er noch der Städteordnung die Hälfte der Versammlungssitze behält. Bedenklich ist, daß niemals an die Befreiung dieses Privilegs durch die Mehrheit herangereitet worden ist. Wir haben versucht, eine gerechtere Steuererteilung herbeizuführen; aber die Wertzuwachssteuer ist gescheitert, wesentlich deswegen, weil der Grundbesitz im Ausschuss so überwiegend vertreten war. Der Berliner Grundbesitz dehnt sich heute auf 26 000 bis 27 000 behaute Grundstücke aus, davon geben aber die in Reichs-, Staats- und Kommunalbesitz, auch die in Händen von Ausländern befindlichen und noch viele andere ab, so daß der eigentliche städtische Grundbesitz auf eine viel geringere Zahl zusammenkrumpft. Heute wird die Gemeinde überhaupt nicht mehr in der Hauptsache durch das immobile Kapital repräsentiert; drei Viertel des Grundbesitzes ist mit Hypotheken belastet und genau so hoch ist also das mobile Kapital an dem Grundbesitz interessiert. Wenn der Kammerer eine Verbesserung der Ertragskräfte der Einkommensteuer erzielen will, sollte er doch an die höheren Einkommen denken, die ja leider über 4 Proz. hinaus nicht herangezogen werden können, woraus hervorgeht, er leidet nicht Veranlassung nahm. Die Umsatzsteuer wird wohl nicht 5, sondern 7 Millionen erbringen. Die Ausgaben von 24 Millionen für den Unterricht sind ja tatsächlich hoch, die Gemeindeforderungen erfordern allein davon 18,7 Millionen; aber auf den Kopf eines Gemeindeführers entfallen nur 82 M. Zufuß durch die Stadt, dagegen bei den höheren Anstalten 184, bei den Realschulen 178 M. Zufuß, obwohl in den höheren Schulen Schulgeld erhoben wird, und zwar 140 M. pro Kopf bei den beiden Schulgattungen. Freizeitanlagen sind für die Jugendspielplätze usw. höhere Mittel eingestellt, wenn auch noch nicht genug; ich habe hierbei hervor, daß der Philosoph auf dem preussischen Ministerfest, Herr v. Bethmann-Hollweg, solchen Einrichtungen jüngst sehr lebhaft das Wort geredet hat. Beim Armenetat scheint es mir, daß die Kommissionsvorsicht nicht so mit dem bürgerlichen Wohl wollen ihr Amt wahrnehmen als bisher (lebhafter Widerspruch); sonst könnten nicht bloß 147 000 M. mehr eingestellt sein. Der Satz von 9 M. für die Kinderpflege ist viel zu niedrig und müßte unbedingt auf 12 M. erhöht werden. Für die Säuglingspflege werden doch jetzt erhebliche Aufwendungen gemacht, also muß auch für die späteren Lebensjahre eine höhere Aufwendung ersuchten Spreewassers alle unsere Flußbadeanstalten geschlossen werden, daß man außerhalb Berlins Heimstätten errichtet, wozu die Reformkommission gedrängt und wo sie viel billiger verpflegt werden könnten. Schon unter verstorbenen Kollegen Preußenberg hat seinerzeit eine solche Anregung gegeben. Ein gutes Pflegepersonal kann nur durch bessere Bezahlung erzielt werden. Was die Badeanstalten betrifft, so besteht die Gefahr, daß wegen des immer mehr verseuchten Spreewassers alle unsere Flußbadeanstalten geschlossen werden müssen. Dann müßten die sonstigen Badeanstalten vermehrt werden. — Daß der Nettoetat um beinahe 7 Millionen niedriger abschließt, als voriges Jahr, was übrigens der Kammerer heute unerwähnt ließ, liegt daran, daß beim Bauetat große Summen abgeschrieben sind, so auch bei den Schulbauten. Das wird sich rächen im nächsten Etat, wo die Anforderungen entsprechend erhöht den Etat belasten werden. Betrübenderweise ist bestimmt darauf zu rechnen, daß im kommenden Jahre nicht eine einzige Gemeindefschule der Schulverwaltung überwiesen werden kann. (Hört! hört!) Dem Bauetat die Schuld daran beizumessen, ist falsch, es liegt an der Schulverwaltung, die ihm ihre Aufträge viel zu spät erteilt (Unruhe).

Städt. Borgmann (Soz.): Nach den Darlegungen des Kammerers hängt offenbar über seinem Arbeitspuls ein Schild mit der Aufschrift: Nicht über 100 Prozent! Dieses Motto liegt auch dem heutigen Etat zugrunde. Ich kann mich nicht dem Argument anschließen, daß wir davon festhalten müssen, um die Abwanderung nach den Vororten nicht zu steigern. Die Ertragskräfte der städtischen Werke haben dem Kammerer die Meinung beigebracht, daß die Minderung der Lebereschüsse bedenklich werde. Markthalen- und Viehhofverwaltung sind keine Lebereschüsse, da ist der Kammerer wohl nicht hinlänglich informiert. Der Gasetat war schon im vorigen Jahre zu knapp eingeseht worden und hat höhere Lebereschüsse als veranschlagt geliefert, wie ich das damals voransagte. Herr Kommissar empfahl damals, man solle doch die Gaswerke lieber verpachten. Sie haben in diesem Jahre 8 837 000 M. abgeworfen, über 126 000 M. mehr. Der Leberschuss aus den Gaswerken ist ja nicht der einzige Nutzen daran; im ganzen können wir einen Ertrag von 10 Proz. annehmen. Die Amortisation der Gasanlagen ist außerdem dieses Jahr auf 1 400 000 M. erhöht; diese hohe Amortisation, die die Regierung vorgeschrieben hat, bedeutet indirekt doch eine Verbesserung der Finanzverhältnisse der Stadt. Und die gesamte öffentliche Beleuchtung wird doch durch die Gaswerke kostenlos geliefert. Der Preis, den wir für Ringgas nehmen, ist unverhältnismäßig hoch; man sollte heute schon den den 14,8 Pf. heruntergehen können, um so mehr als durch die Verwendung von Koch- und Heizgas eine wesentliche Verbesserung der sanitären Verhältnisse besonders in den kleinen Wohnungen herbeigeführt wird. Man könnte etwa von 675 auf 800 Liter für 10 Pf. hinausheben. Als merkwürdig ist mir die Position aufgefallen, daß die Gaswerke nicht weniger als 8 900 M. Pacht für die Arbeiterkantine einnehmen, sowohl in der Greifswalderstraße als in Ziegel. Die Stadt hätte doch keinen Grund, hier Einnahmen zu machen; nicht einmal bei Siemens u. Halske geschieht das. Der Leberschuss der Wasserwerke ist um 218 000 M. herabgesetzt worden; später wird hier wieder, wie ich annehme, eine Verbesserung eintreten. Bei dem Etat der Kanalisation und der Mieselfelder allerdings scheint es mir bedenklich, in diesem Jahre über 2 1/2 Millionen mehr auszugeben. Diesen Rinderüberschuss könnte man aber doch sehr leicht erfassen, indem man die Kanalisationsabgabe von 1 1/2 Proz. auf 2 Proz. erhöht. Die Grundbesitzer verstehen es doch sehr wohl, eine solche Last wieder abzuwälzen, und zudem nimmt der Grundbesitz doch in der Gemeinde eine privilegierte Stellung ein, indem er noch der Städteordnung die Hälfte der Versammlungssitze behält. Bedenklich ist, daß niemals an die Befreiung dieses Privilegs durch die Mehrheit herangereitet worden ist. Wir haben versucht, eine gerechtere Steuererteilung herbeizuführen; aber die Wertzuwachssteuer ist gescheitert, wesentlich deswegen, weil der Grundbesitz im Ausschuss so überwiegend vertreten war. Der Berliner Grundbesitz dehnt sich heute auf 26 000 bis 27 000 behaute Grundstücke aus, davon geben aber die in Reichs-, Staats- und Kommunalbesitz, auch die in Händen von Ausländern befindlichen und noch viele andere ab, so daß der eigentliche städtische Grundbesitz auf eine viel geringere Zahl zusammenkrumpft. Heute wird die Gemeinde überhaupt nicht mehr in der Hauptsache durch das immobile Kapital repräsentiert; drei Viertel des Grundbesitzes ist mit Hypotheken belastet und genau so hoch ist also das mobile Kapital an dem Grundbesitz interessiert. Wenn der Kammerer eine Verbesserung der Ertragskräfte der Einkommensteuer erzielen will, sollte er doch an die höheren Einkommen denken, die ja leider über 4 Proz. hinaus nicht herangezogen werden können, woraus hervorgeht, er leidet nicht Veranlassung nahm. Die Umsatzsteuer wird wohl nicht 5, sondern 7 Millionen erbringen. Die Ausgaben von 24 Millionen für den Unterricht sind ja tatsächlich hoch, die Gemeindeforderungen erfordern allein davon 18,7 Millionen; aber auf den Kopf eines Gemeindeführers entfallen nur 82 M. Zufuß durch die Stadt, dagegen bei den höheren Anstalten 184, bei den Realschulen 178 M. Zufuß, obwohl in den höheren Schulen Schulgeld erhoben wird, und zwar 140 M. pro Kopf bei den beiden Schulgattungen. Freizeitanlagen sind für die Jugendspielplätze usw. höhere Mittel eingestellt, wenn auch noch nicht genug; ich habe hierbei hervor, daß der Philosoph auf dem preussischen Ministerfest, Herr v. Bethmann-Hollweg, solchen Einrichtungen jüngst sehr lebhaft das Wort geredet hat. Beim Armenetat scheint es mir, daß die Kommissionsvorsicht nicht so mit dem bürgerlichen Wohl wollen ihr Amt wahrnehmen als bisher (lebhafter Widerspruch); sonst könnten nicht bloß 147 000 M. mehr eingestellt sein. Der Satz von 9 M. für die Kinderpflege ist viel zu niedrig und müßte unbedingt auf 12 M. erhöht werden. Für die Säuglingspflege werden doch jetzt erhebliche Aufwendungen gemacht, also muß auch für die späteren Lebensjahre eine höhere Aufwendung ersuchten Spreewassers alle unsere Flußbadeanstalten geschlossen werden, daß man außerhalb Berlins Heimstätten errichtet, wozu die Reformkommission gedrängt und wo sie viel billiger verpflegt werden könnten. Schon unter verstorbenen Kollegen Preußenberg hat seinerzeit eine solche Anregung gegeben. Ein gutes Pflegepersonal kann nur durch bessere Bezahlung erzielt werden. Was die Badeanstalten betrifft, so besteht die Gefahr, daß wegen des immer mehr verseuchten Spreewassers alle unsere Flußbadeanstalten geschlossen werden müssen. Dann müßten die sonstigen Badeanstalten vermehrt werden. — Daß der Nettoetat um beinahe 7 Millionen niedriger abschließt, als voriges Jahr, was übrigens der Kammerer heute unerwähnt ließ, liegt daran, daß beim Bauetat große Summen abgeschrieben sind, so auch bei den Schulbauten. Das wird sich rächen im nächsten Etat, wo die Anforderungen entsprechend erhöht den Etat belasten werden. Betrübenderweise ist bestimmt darauf zu rechnen, daß im kommenden Jahre nicht eine einzige Gemeindefschule der Schulverwaltung überwiesen werden kann. (Hört! hört!) Dem Bauetat die Schuld daran beizumessen, ist falsch, es liegt an der Schulverwaltung, die ihm ihre Aufträge viel zu spät erteilt (Unruhe).

Städt. Borgmann (Soz.): Nach den Darlegungen des Kammerers hängt offenbar über seinem Arbeitspuls ein Schild mit der Aufschrift: Nicht über 100 Prozent! Dieses Motto liegt auch dem heutigen Etat zugrunde. Ich kann mich nicht dem Argument anschließen, daß wir davon festhalten müssen, um die Abwanderung nach den Vororten nicht zu steigern. Die Ertragskräfte der städtischen Werke haben dem Kammerer die Meinung beigebracht, daß die Minderung der Lebereschüsse bedenklich werde. Markthalen- und Viehhofverwaltung sind keine Lebereschüsse, da ist der Kammerer wohl nicht hinlänglich informiert. Der Gasetat war schon im vorigen Jahre zu knapp eingeseht worden und hat höhere Lebereschüsse als veranschlagt geliefert, wie ich das damals voransagte. Herr Kommissar empfahl damals, man solle doch die Gaswerke lieber verpachten. Sie haben in diesem Jahre 8 837 000 M. abgeworfen, über 126 000 M. mehr. Der Leberschuss aus den Gaswerken ist ja nicht der einzige Nutzen daran; im ganzen können wir einen Ertrag von 10 Proz. annehmen. Die Amortisation der Gasanlagen ist außerdem dieses Jahr auf 1 400 000 M. erhöht; diese hohe Amortisation, die die Regierung vorgeschrieben hat, bedeutet indirekt doch eine Verbesserung der Finanzverhältnisse der Stadt. Und die gesamte öffentliche Beleuchtung wird doch durch die Gaswerke kostenlos geliefert. Der Preis, den wir für Ringgas nehmen, ist unverhältnismäßig hoch; man sollte heute schon den den 14,8 Pf. heruntergehen können, um so mehr als durch die Verwendung von Koch- und Heizgas eine wesentliche Verbesserung der sanitären Verhältnisse besonders in den kleinen Wohnungen herbeigeführt wird. Man könnte etwa von 675 auf 800 Liter für 10 Pf. hinausheben. Als merkwürdig ist mir die Position aufgefallen, daß die Gaswerke nicht weniger als 8 900 M. Pacht für die Arbeiterkantine einnehmen, sowohl in der Greifswalderstraße als in Ziegel. Die Stadt hätte doch keinen Grund, hier Einnahmen zu machen; nicht einmal bei Siemens u. Halske geschieht das. Der Leberschuss der Wasserwerke ist um 218 000 M. herabgesetzt worden; später wird hier wieder, wie ich annehme, eine Verbesserung eintreten. Bei dem Etat der Kanalisation und der Mieselfelder allerdings scheint es mir bedenklich, in diesem Jahre über 2 1/2 Millionen mehr auszugeben. Diesen Rinderüberschuss könnte man aber doch sehr leicht erfassen, indem man die Kanalisationsabgabe von 1 1/2 Proz. auf 2 Proz. erhöht. Die Grundbesitzer verstehen es doch sehr wohl, eine solche Last wieder abzuwälzen, und zudem nimmt der Grundbesitz doch in der Gemeinde eine privilegierte Stellung ein, indem er noch der Städteordnung die Hälfte der Versammlungssitze behält. Bedenklich ist, daß niemals an die Befreiung dieses Privilegs durch die Mehrheit herangereitet worden ist. Wir haben versucht, eine gerechtere Steuererteilung herbeizuführen; aber die Wertzuwachssteuer ist gescheitert, wesentlich deswegen, weil der Grundbesitz im Ausschuss so überwiegend vertreten war. Der Berliner Grundbesitz dehnt sich heute auf 26 000 bis 27 000 behaute Grundstücke aus, davon geben aber die in Reichs-, Staats- und Kommunalbesitz, auch die in Händen von Ausländern befindlichen und noch viele andere ab, so daß der eigentliche städtische Grundbesitz auf eine viel geringere Zahl zusammenkrumpft. Heute wird die Gemeinde überhaupt nicht mehr in der Hauptsache durch das immobile Kapital repräsentiert; drei Viertel des Grundbesitzes ist mit Hypotheken belastet und genau so hoch ist also das mobile Kapital an dem Grundbesitz interessiert. Wenn der Kammerer eine Verbesserung der Ertragskräfte der Einkommensteuer erzielen will, sollte er doch an die höheren Einkommen denken, die ja leider über 4 Proz. hinaus nicht herangezogen werden können, woraus hervorgeht, er leidet nicht Veranlassung nahm. Die Umsatzsteuer wird wohl nicht 5, sondern 7 Millionen erbringen. Die Ausgaben von 24 Millionen für den Unterricht sind ja tatsächlich hoch, die Gemeindeforderungen erfordern allein davon 18,7 Millionen; aber auf den Kopf eines Gemeindeführers entfallen nur 82 M. Zufuß durch die Stadt, dagegen bei den höheren Anstalten 184, bei den Realschulen 178 M. Zufuß, obwohl in den höheren Schulen Schulgeld erhoben wird, und zwar 140 M. pro Kopf bei den beiden Schulgattungen. Freizeitanlagen sind für die Jugendspielplätze usw. höhere Mittel eingestellt, wenn auch noch nicht genug; ich habe hierbei hervor, daß der Philosoph auf dem preussischen Ministerfest, Herr v. Bethmann-Hollweg, solchen Einrichtungen jüngst sehr lebhaft das Wort geredet hat. Beim Armenetat scheint es mir, daß die Kommissionsvorsicht nicht so mit dem bürgerlichen Wohl wollen ihr Amt wahrnehmen als bisher (lebhafter Widerspruch); sonst könnten nicht bloß 147 000 M. mehr eingestellt sein. Der Satz von 9 M. für die Kinderpflege ist viel zu niedrig und müßte unbedingt auf 12 M. erhöht werden. Für die Säuglingspflege werden doch jetzt erhebliche Aufwendungen gemacht, also muß auch für die späteren Lebensjahre eine höhere Aufwendung ersuchten Spreewassers alle unsere Flußbadeanstalten geschlossen werden, daß man außerhalb Berlins Heimstätten errichtet, wozu die Reformkommission gedrängt und wo sie viel billiger verpflegt werden könnten. Schon unter verstorbenen Kollegen Preußenberg hat seinerzeit eine solche Anregung gegeben. Ein gutes Pflegepersonal kann nur durch bessere Bezahlung erzielt werden. Was die Badeanstalten betrifft, so besteht die Gefahr, daß wegen des immer mehr verseuchten Spreewassers alle unsere Flußbadeanstalten geschlossen werden müssen. Dann müßten die sonstigen Badeanstalten vermehrt werden. — Daß der Nettoetat um beinahe 7 Millionen niedriger abschließt, als voriges Jahr, was übrigens der Kammerer heute unerwähnt ließ, liegt daran, daß beim Bauetat große Summen abgeschrieben sind, so auch bei den Schulbauten. Das wird sich rächen im nächsten Etat, wo die Anforderungen entsprechend erhöht den Etat belasten werden. Betrübenderweise ist bestimmt darauf zu rechnen, daß im kommenden Jahre nicht eine einzige Gemeindefschule der Schulverwaltung überwiesen werden kann. (Hört! hört!) Dem Bauetat die Schuld daran beizumessen, ist falsch, es liegt an der Schulverwaltung, die ihm ihre Aufträge viel zu spät erteilt (Unruhe).

Städt. Dr. Preuß (Soz.-fortsch.): Der Etat wird ja wohl nie meistens früher, ziemlich unbedeutend angenommen werden. Das einzige Mal, wo und der Kammerer Raab mit 109 Proz. erklärte, brachte uns eine heilsame Unterbrechung und die Verdoppelung der Umsatzsteuer, die wir sonst wohl heute noch nicht hätten. Die hohe Summe von 270 Millionen, die uns mit wagtigem Schauer erfüllt, ist eigentlich Blendwerk, insofern wir auf diese riesigen Entsumme nur einen ganz minimalen Einfluß haben. Darum kann auch bei dem „Eparen“, absolut genommen, nichts Erhebliches herandommen. Die Quelle unserer kommunalpolitischen Uebel liegt in der Einkommenssteuer durch die Vororte. Erst die Einkommenssteuer würde Abhilfe schaffen. Ebenso stationär wie der Gehaltsumfang bleibt das Steuersystem Berlins. Die Betriebe, die Lebereschüsse liefern könnten, sind uns genommen, die weniger oder gar nicht rentierenden hat man der Stadt überlassen. Gerade hier sollte auch der Kammerer Stellung der Schäden suchen. Wir sind ja glücklicherweise, jetzt die Unterbrechungsprojekte der „Großen“ im kommunalpolitischen Interesse bekämpfen zu müssen. Die Einrichtung beweglicher Steuern fehlt uns ganz; die Einkommen- und Grundsteuer sind auf 100 und 150 Proz. eingeroheit. Dennoch bin ich auch für die Festhaltung der 100 Proz.; auf die Gültigkeit der Regierung darf sich Berlin nicht verlassen. Neue Steuern bewilligt die Verammlung nicht, eben wegen der Lebereschüsse. Wie damit zu einer ständigen Einkommenssteuer werden, ohne welche der Etat nicht mehr zu balancieren ist. Wir müssen also schließlich doch zu neuen Einnahmequellen kommen, wenn wir nicht in schlechten Zeiten die 100 Proz. überschreiten wollen. In guten Zeiten hätte man Steuern auf Vorort bewilligen sollen, um dafür Grund- und Einkommenssteuer herabzusetzen. Unter diesem Gesichtspunkte müßte vielleicht selbst eine Wertzuwachssteuer den Hausbesitzerrentieren noch schmackhaft zu machen sein! (Beifall.)

Städt. Kommissar (Fr. Fr.) wohnt auch vor zu großem Optimismus gegenüber dem Etat. Immerhin sei der Etat doch geeignet, dem konterbativen Herrn, der dieser Tage im Abgeordnetenhaus von der „Sawirtschaft“ in Berlin gesprochen, ein Licht aufzuzeigen, und man sollte ihm ein Exemplar zuschicken. Wegen die bedenklichen Schwankungen in den Einnahmehöhen müßte schon jetzt ein Vorort bewilligen, wenn durch Verwendung von Lebereschüssen als Ausgleichsfinden. Bedenklich doch sei der Prozentsatz der Verwaltungskosten Berlins; hier müßte reformiert werden, es müßte mit weniger Personal und weniger Personal betraut werden. Die Verwaltung sei jetzt viel zu schwermüßig. Aus den Abgaben

gliche Berlin jetzt ca. 9 Millionen. Ob Berlin mehr daraus zöge, wenn es die V. E. W. und die „Große“ in eigener Regie hätte? Unter 300 Millionen würden die beiden Unternehmungen doch nicht zu erwerben sein. Die Verpachtung der Gaswerke habe er im vorigen Jahre nicht vorgeschlagen, die Zeit dazu werde aber kommen (Weiterkeit). Die Schulverwaltung biete ein wenig erfreuliches Bild, indem nur eine einzige neue erste Klasse eingestellt sei und auch keine einzige Schule fertig werde. Also wieder Mietschulen! Da ist etwas falsch in der Verwaltung! Auch im Labowesen ist nicht alles in Ordnung. Die großen Prachtbadeanstalten kosten schieres Geld und Zuschüsse, während die kleinen beschriebenen sich rentieren und der Verbilligung mehr nützen. Schließlich spricht sich der Redner auch dafür aus, daß Berlin das seinige tue, um eventl. den Grundwald zu pachten, doch habe hier die Mitwirkung der Vororte gleichmäßig einzutreten. Berlin dürfe man nicht das ganze Risiko zumuten. (Beifall.)

Nach 1/10 Uhr erhält das Wort

Städt. Kommissar (Fr. Fr.). Hauptächlich ergeht er sich in Protesten gegen die Zuzunahme, die Stadt Privatgesellschaften auszuliefern, und löst die Resultate der städtischen Betriebsverwaltungen. Weiter empfiehlt er u. a. eine gründliche Reform des Markthalenwesens. Dem Stadtverordneten Bogmann gegenüber derweist er darauf, daß er mit seinen Anträgen betreffend den Akkumulatorenbetrieb seinerzeit nicht durchgedrungen ist; auch sei er an der Durchbrechung des 10 Pf.-Taxis unschuldig.

Damit schließt die erste Beratung.

Der Entwurf des Stadthaushaltetat für 1907 nebst den Etats der städtischen Werke wird einem besonderen Etatsauschuss überwiesen, der vom Vorort sofort ernannt wird und dem auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Trons, Borgmann und Essendon angehören.

Zur Erweiterung der Werkstat der städtischen Wasserwerke soll das Grundstück Meldjardstr. 20 für 420 000 M. angekauft werden.

Die Vorlage wird nach längerer Debatte angenommen.

Gewerkchaftliches.

Aussperrung der Tapezierer und Kleber.

Eine gestern abend stattgehabte Versammlung der Tapeziererzwangsinnung nahm einstimmig folgende von den Vorständen sämtlicher Organisationen des Berufes, und zwar der Zwangsinnung, der Bezirksvereine für Berlin und Umgegend, des Vereins „Reite“, der Vereinigung „Innendekoration“ und des Vereins der Klebermeister für Berlin und Umgegend — vorgeschlagene Resolution an:

Am 1. März werden in sämtlichen Betrieben des Tapeziererberufes in Berlin und den Vororten diejenigen Gehilfen ausgesperrt, welche im Verband oder Fachverein organisiert sind. Alle Gehilfen, die nicht die schriftliche Erklärung abgeben, weder Verbands- noch Fachvereinsmitglieder zu sein, noch sich an den Forderungen des Verbandes und des Fachvereins zu beteiligen, werden an diesem Tage entlassen.

Jeder Arbeitgeber ist verpflichtet, diese Resolution der Innungsverammlung vom 28. Februar so lange aufrechtzuerhalten, bis ein anderer Beschluß der Innung vorliegt oder bis ein Arbeitsvertrag mit der Innung vereinbart ist. Kein Arbeitgeber darf Einzelabmachungen treffen, sondern hat sich den Beschlüssen der Innung unterzuordnen.

Ferner wurde beschlossen, daß sich jeder Arbeitgeber verpflichtet, an diesem Beschluß unbedingt solange festzuhalten, bis ein anderer Beschluß der Innung vorliegt oder bis ein neuer Arbeitsvertrag mit der Innung vereinbart ist. Auch darf kein Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern für seinen Betrieb einzelne Abmachungen treffen, sondern alle müssen sich den Beschlüssen und Anordnungen der Innung unterordnen.

Der Referent, Tapezierermeister Redelsheimer, schloß die den Kampf als eine Machprobe, der den Meistern durch die übertriebenen Forderungen ausgegungen worden sei. Der Beschluß der Kleber, ihre Lohnbewegung einzustellen, wurde für ein Scheinmanöver erklärt. Sobald die Situation für die Kleber wieder günstiger würde, würden auch sie ihre Forderungen wieder erheben. Deshalb müßten sie auch ausgesperrt werden. Man folge hierbei nur dem Beispiel der Holzindustriellen, welche sich zu ungünstigeren Zeiten nicht einzeln von den Arbeitnehmern bedrängen lassen wollten. Dagegen, daß die Tapetenhändler etwa die Ausführung der Klebermeisterarbeiten fertig stellen sollten, habe man die erforderlichen Schritte schon unternommen.

Die Zeitung des Verbandes der Tapezierer erlaubt die Kollegen, in allen Betrieben, in denen bis heute, Freitagabend, die Forderungen der Gehilfen nicht bewilligt sind, in den Ausstand zu treten. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, diesem Beschlusse Rechnung zu tragen. Kein Mann darf in den Betrieben bleiben, bis die Gewährung der Forderungen verweigert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sabor †

Frankfurt a. M., 28. Februar. (Privattelegramm.) Hier starb heute im Alter von 65 Jahren der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Adolf Sabor. (Sabor vertrat den Wahlkreis Frankfurt a. M. in den Legislaturperioden 1884/1887 und 1887/1890. Er war ursprünglich Lehrer. Seit Jahren hatte er sich von der Arbeiterbewegung zurückgezogen.)

Das beladigte Kammergericht.

Königsberg i. Pr., 28. Februar. (B. L. V.) Die Strafkammer verurteilte heute den Redakteur der sozialdemokratischen „Königsberger Volkszeitung“, Hans Radwald, wegen Verleumdung des Kammergerichts zu Berlin zu einer Geldstrafe von 500 Mark eventuell zu 100 Tagen Gefängnis. Die Verleumdung wurde erklährt in einem „Kammerurteil“ des Kammergerichts überschriebenen Artikel der „Königsberger Volkszeitung“, der sich mit dem am 5. Oktober 1906 vom Kammergericht im Prozeß Wäde gefällten Urteil befaßt.

Schredensrat eines Irrenkran.

Altenstein, 28. Februar. (B. L. V.) Die „Altensteiner Zeitung“ meldet, wurde heute nachmittag ein Soldat der 1. Kompagnie des 150. Infanterie-Regiments plötzlich irrsinnig. Er schloß sich in seine Stube ein und feuerte, nachdem dieselbe aufgebrochen war, auf alle Eintretenden. Ein Unteroffizier wurde tödlich verwundet, ein anderer Soldat erlitt einen Schuß in den Oberarm. Der Irrenratte erlosch sich dann selbst.

Ein Messer ohne Dost.

Paris, 28. Februar. (B. L. V.) Der Ministerrat sagte heute über die Grundzüge eines Entwurfes eines Reformgesetzes Bescheid; der Entwurf räumt ihnen das Koalitionsrecht ein zur Verteidigung ihrer Interessen, verbietet ihnen aber in aller Form den Streik. Der Ministerrat wird am Dienstag den vom Justizminister Guyot Desjaignes, dem Kultusminister Briand, dem Minister für öffentliche Arbeiten Vorhoü und dem Finanzminister Callaux aufgestellten Entwurf prüfen.

Hafenarbeiterstreik.

Triest, 28. Februar. (B. L. V.) Aus Anlaß einer unter den Kohlenladern entstandenen Lohnbewegung hat die Gewerkschaft der Hafenarbeiter und Lohndarbeiter heute nachmittag eingestellt, so daß nun im Hafenarbeiterstreik jede Tätigkeit ruht.

Reichstag.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Februar 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dernburg, v. Tschirsky.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist der schleunige Antrag Brandys (Volk) und Genossen auf Einstellung des gegen den Abg. Stöckel (Volk) schwebenden Strafverfahrens.

Der Antrag wird debattiert angenommen.

Fortsetzung der Sitzberatung.

Abg. Schrader (fr. Vg.): Die Rede des Fürsten Radziwill über die Behandlung der Polen hat in mir den Wunsch erweckt, daß auf beiden Seiten verständige Leute den Weg zum Frieden finden möchten. — Der Reichskanzler hat das Recht in Anspruch genommen, in der Wahlbewegung seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Dies Recht erkenne ich an. Aber das Eingreifen in einzelnen Kreisen wäre unzulässige Wahlbeeinflussung. Diese hat er sich nicht ausüben können lassen, wohl aber ist in Preußen amtliche Wahlbeeinflussung von Kreisdirektoren und Landräten getrieben worden, so schlimm wie auch früher. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Koch viel schlimmer!)

Unsere Landwirtschaft klagt über die Erhöhung der Löhne. Aber ungewissheit hat unsere Wirtschaftspolitik zu einer Verteuerung der Lebenshaltung geführt, und diese muß zu Lohnerhöhungen führen, wodurch alle durch Arbeit hergestellten Gegenstände verteuert werden; a. U. sind dadurch die hohen Preise der Wohnungen herbeigeführt. Auch alle Beamtengehälter müssen deshalb erhöht werden. — Herr Kamp findet in der freikonservativen Partei die richtige Mischung konservativer und liberaler Grundzüge. Seiner Einladung, in seine Partei einzutreten, werden wir aber nicht folgen; wir bleiben, was wir waren. Für nationale Forderungen, für die Erhaltung der Wehrkraft und für die Kolonialpolitik sind wir stets eingetreten. (Sehr richtig! bei der freikonservativen Vereinigung), aber für freibürgerliche Forderungen werden wir Widerstand bei den Konservativen finden. (Sehr richtig!) Alle Parteien fordern ein einheitliches Vereins- und Veramtlungsrecht, es fragt sich nur, wie es aussehen wird; da wird die Einigkeit nicht vorhalten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Im Wahlkampf ist ja die Sozialdemokratie die Leitende gewesen, die Autorität ihrer Führer und das Ansehen der Partei ist vermindert, aber deshalb sind die Arbeiter ihr noch durchaus nicht abwendig gemacht. Wollen wir die Arbeiter gewinnen, so müssen wir ihre berechtigten Forderungen auf freibürgerliche Entwidlung, auf gleiches Recht erfüllen. Der Ausbau der sozialen Gesetzgebung ist vielleicht die wichtigste Aufgabe der gegenwärtigen Reichstagsession, die Angestaltung der Versicherungsgesetzgebung, die Durchführung der Witwen- und Waisenversicherung werden erheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand erfordern. Für so häufig wie der Reichsschatzsekretär kam ich den Etat nicht ansehen. Unsere Reichsschuld wächst von Jahr zu Jahr in außerordentlich schnellem Tempo. Die Materialbeiträge werden ständig erhöht, da sie die einfachsten Einkommensteuern darstellen. Ebenso sind die laufenden Ausgaben für das Reichswehr und die Marine beständig im Steigen begriffen. Es wird sehr schwer sein, den Etat im Gleichgewicht zu erhalten, wenn man sich nicht entschließt, die Besetzung der einzelnen Verwaltungszweige mit möglichst geringem Aufwand zu erfüllen. Solche Erhöhungen können den verbündeten Regierungen nicht genug empfohlen werden. (Beif. Weis. v. d. Freis.)

Abg. Zimmermann (Ant.): An den Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik darf nicht gerüttelt werden. Dazu gehören auch die Prinzipien der letzten Währungsreform. Man kann in politischen Dingen freier sein, als in wirtschaftlichen. Die Verfassung der Thronrede mit Freuden begrüßen, daß die Verfassung unerschütterlich erhalten bleiben soll, und man kann trotzdem in wirtschaftlicher Beziehung die Notwendigkeit der Schutzzölle einsehen. Ein Gesetz über die Reichsfähigkeit der Berufsvereine hätten wir schon längst haben können, wenn die Sozialdemokratie durch ihre Agitation nicht Bedenken erregt hätte. Das hat auch der preussische Handelsminister v. Wertheim schon ausgesprochen. Wenn z. B. der Mannheimer Parteitag erklärt hat, daß die Gewerkschaften von sozialistischem Geiste erfüllt sein müssen, so ist das eher für die Gesetzgebung eine Warnung.

die Verfassungskomitee nicht der politischen Vergebung auszuliefern! Der Abg. Weibel hat sich gestern gegen den Vorschlag wegen politischer Gewährung ausgesprochen, der Abg. Frickhoff hat aber im Wahlkampf den Arbeitern aus Derg gelegt, sich die Wastüte „wohl zu merken“, die einem nationalen Kandidaten ihre Stimme gäben. Sollte das keine Aufforderung zu einem Boykott sein?

Die Thronrede hat den Mittelstand und seine Schutzbedürftigkeit mit keinem Worte erwähnt, heißt das nicht den Mittelstand der Sozialdemokratie in die Arme treiben? Im Wahlkampf haben fast alle Parteien plötzlich ihr mittelstandsfreundliches Herz entdeckt, in einzelnen Flugblättern sogar die Sozialdemokratie mit der Liebe, die der König zum Regententum hegt, den er verpfeifen will. Der Regierung einen Wahlfonds zur Verfügung zu stellen, wie es der Abg. Liebermann empfohlen hat, ließe den Weg zur Korruption eröffnen. Die Regierung darf das Volk nur sachlich aufklären, aber keinerlei Begünstigung treiben. Die nationalen Gewerkschaften müssen zum Volkswort gegen die Sozialdemokratie gemacht werden. (Beif. Weibel und vereinzelt Handclatschen bei den Antikemiten.)

Präsident Graf Stöcker: Ich muß nochmals betonen, daß das Handclatschen im Hause verboten ist.

Abg. Bayer (südd. Vp.): Der Reichskanzler versprach eine Reform der Währungsreform; hierbei wird er wohl auf den Widerstand der Konservativen stoßen. Weiter hat er Erparnisse durch Vereinfachungen in der Armee in Aussicht gestellt; das haben wir stets gefordert. Das konservativ-liberale Kartell aber, wie man es mit einem intimeren Ausdruck benennt, die konservativ-liberale Partei wird kaum Bestand haben; sie ist zerfallen, ohne daß die dabei Interessierten dabei tätig waren oder überhaupt nur eine Meinung davon gehabt haben. (Weiterleit.) Von dieser Einigung möchte ich wie Wolke vom ewigen Frieden sagen: „Es ist ein Traum und nicht einmal ein Scherz.“ (Weiterleit.) Der Reichskanzler hat einen Wechsel auf die liberale Richtung angedeutet, den er einlösen muß. Viele Witzläufer der sozialdemokratischen Partei geben dort nur ihre Unzufriedenheit Ausdruck, erkennen aber, daß sie damit Bestrebungen stützen, die sie nicht fördern wollen; zu dieser Erkenntnis haben die letzten sozialdemokratischen Parteitage auch weislich beigetragen. Aber eine Enttäuschung darf die Verwirklichung, die sich von der Sozialdemokratie abgewandt hat, nicht erfahren. Im gegenwärtigen Augenblick liegt für eine solche Enttäuschung auch kein Anzeichen vor. Mit den Erklärungen der letzten Tage, sich auf die Liberalen zu stützen, hat der Kanzler die Wägen hinter sich abgeworfen, wenn unser liberales Programm auch bedeutend weiter geht als das des Kanzlers. Aber es ist sehr bedauerlich, daß er die Notwendigkeit eines liberalen Programms nicht schon vor Jahren erkannt hat. (Sehr richtig! bei den Freikonservativen.) Bei der Durchführung seines liberalen Programms wird er noch manche bittere Erfahrungen machen. Wir werden unser Programm und unsere Bestrebungen nicht einpausen, um der Rechten zu dienen, wie sie sind.

selbstlose Postleier

(Große Heiterkeit), aber so selbstlos sind wir doch nicht. Wie vorzüglich wir den Wahlkampf geführt haben, mit wie verwerflichen Mitteln unsere Gegner, dafür würde ich Ihnen überzeugende Beispiele anführen. (Große Heiterkeit.) Das Charakteristische des Wahlkampfes war das Aufstreben jüngerer Wähler und Agitatoren

zu den liberalen Parteien. In größeren Verhältnissen aufgewachsen, sind diese Elemente mehr bereit als wir älteren, für die Kolonialpolitik einzutreten. Diese Strömung mag zunächst der Regierung angenehm sein; aber kritisch sind diese Elemente nicht. Vom beschränktesten Unterthanenverstand wollen diese modernen Elemente nichts wissen. In der Verwaltung der Kolonien wollen sie nicht den Einfluß des Assessors und Leutnants, sondern den des Kaufmanns. (Sehr richtig! bei den Freikonservativen.) Wir wollen in der inneren Verwaltung in der Heimat eine demokratische Entwicklung, wobei die Sozialdemokratie sehr wohl positiv mitarbeiten kann. Der Kanzler wird also viel weiter gehen müssen. Ernsthaft muß man die internationale Friedensbewegung unterstützen, bei der es sich auch um sehr praktische Fragen handelt, z. B. die des schwimmenden Eigentums. Aber auch im Innern wird der Herr Reichskanzler noch einiges in Aussicht nehmen müssen. Er wird sich daran erinnern müssen, daß er auch Ministerpräsident in Preußen ist und wird die Nichtübereinstimmung zwischen der Reichspolitik und der preussischen inneren Politik, die eine der Hauptursachen der Reichsverdorbenheit ist. (Sehr richtig! links) vermindern müssen. Eine Änderung des Wahlrechts in Preußen ist die erste Voraussetzung einer liberalen Ära. (Beif. Zustimmung links.) Es ist tief beschämend, wie Preußen in dieser Hinsicht gegenüber den kleinsten Staaten zurückgeblieben ist. Es ist auch unverständlich, wie der Herr Reichskanzler, wenn er fortschrittliche Politik treiben will, als preussischer Ministerpräsident neben dem Minister v. Stödtgen sitzen kann, dessen Politik doch das Gegenstück eines gekündeten und vernünftigen Fortschritts ist. (Beif. Zustimmung links.) Wir glauben ja nicht, daß nun auf einmal ein wirklich demokratischer Zug durch die Reichsregierung gehen wird. (Große Heiterkeit rechts.) Aber wir hoffen, daß der Herr Reichskanzler die Zeit verstehen und demgemäß handeln wird. Es kann in Deutschen Reiche so nicht länger weitergehen; es muß anders werden, und die Veränderung kann selbstverständlich nur eintreten nach links. (Beif. Zustimmung links.)

Abg. Gröber (S.):

Der Herr Reichskanzler, den ich zu meinem Bedauern nicht an seinem Platze sehe, hat Mitteilung gemacht von einer vertraulichen Besprechung, die vor der letzten Sitzung des aufgelösten Reichstages zwischen ihm, dem Kolonialdirektor, Kollegen Spahn und mir stattgefunden hat. Bei dieser Besprechung erwähnte der Herr Kolonialdirektor nebenbei, daß eine Vereinbarung mit den Missionen in Logo getroffen sei. Dies veranlaßte den Kollegen Spahn, da ihm die Vorgänge in Logo nicht genau bekannt waren, zu der Frage, ob ihm zu seiner Information Einsicht in die Akten gewährt werden könne. Der Herr Reichskanzler gestattete dies und der Herr Kolonialdirektor handigte einige Tage später dem Kollegen Spahn statt der Akten, wünschenswert um ihm die Information zu erleichtern, einen Aktenauszug ein. In diesem Aktenauszug war aber leider gerade über diesen Punkt nicht Aufschluß gegeben. Als nun Kollege Spahn in der Fraktionssitzung bei der Beratung des Kolonialetat's dieses Uebereinkommens Erwähnung tat, wurde ihm die Abschrift des ganzen Protokolls entgegengehalten, wonach das ursprüngliche Uebereinkommen in den kritischen Punkten durch ein späteres Uebereinkommen aufgehoben war. (Hört! hört! im Zentrum.) Der Herr Reichskanzler wird nunmehr verstehen, weshalb unsere Bemerkungen in der Fraktion den von ihm gewünschten Erfolg in diesem Punkte nicht haben konnten. (Sehr gut! im Zentrum.) Auf diesen Punkt beschränkte sich aber allein die Besprechung des Herrn Reichskanzlers und gegenüber. Im übrigen hat er selbst die Haltung zweier Redner aus unserer Fraktion in den damaligen Debatten anerkannt. Das die Eisenbahnvorlage anlangt, so muß er zugeben, daß die Zentrumsfraktion lediglich aus sachlichen Erwägungen zu ihr Stellung genommen hat. Der Herr Kolonialdirektor selbst hat zugegeben, daß die Begründung der Bahn Kubub—Reetmanshoop durch militärische Gründe nicht gerechtfertigt war, daher haben wir sie feierlich abgelehnt — und er hat neue wirtschaftliche Gründe dafür angeführt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Diese neuen Gründe haben und veranlassen, die Bahn zu bewilligen am Freitag des besetzten Tages, an welchem der Reichstag abends aufgelöst wurde. (Hört! hört! im Zentrum.) Wir sind auch gar nicht mit den Sozialdemokraten gemeinsam vorgegangen; denn diese haben bekanntlich in der Budgetkommission gegen unseren Antrag gestimmt. Dieser Antrag forderte nur Vorbereitung für die Verminderung der Truppen in Südwestafrika, bedeutete also keinen Eingriff in die Kommando-gewalt. Im Plenum kam er nur deshalb nicht zur Abstimmung, weil der Herr Reichskanzler es

mit der Auflösung zu eilig

hatte, daß er die Abstimmung gar nicht mehr abgewartet hat. (Weiterleit im Zentrum.) Es ist nicht wahr, daß unser Antrag irgend einen Termin für die Jurisdiktion der Truppen enthielt. (Beif. Zustimmung sehr richtig! im Zentrum.) — Herr Kamp sagte, in unserer Fraktion seien die älteren und besonnenen Elemente über es im mit worden. Wäre er bei uns zugegen gewesen (Zuruf: Er kommt mit noch zum Zentrum! Große Heiterkeit), so würde er wissen, daß dies erlogen ist. (Värm rechts.) Der Beschluß ist in unserer Fraktion einstimmig gefaßt worden.

Der Reichskanzler hat die Rede des Abg. Noeren über die Behandlung der Eingeborenen als persönlichen Angriff gegen den Kolonialdirektor und gegen sich aufgefaßt. (Der Chef der Reichskanzler, v. Weibel, hat unmittelbar neben dem Redner Stellung genommen und unterbricht ihn durch wiederholte leise Zwischenrufe.) Ich verbitte mir diese Störung.

Vizepräsident Basske: Die Zwischenrufe waren so leise, daß ich sie nicht verstehen konnte.

Abg. Gröber: Wenn der Präsident mich nicht schügt, so bin ich Manns genug, mich selber zu schützen. (Beif. Bravo im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Basske: Der Präsident hat die Pflicht, den Redner gegen Zwischenrufe zu schützen. Sie können ihm doch keinen Vorwurf daraus machen, wenn er sie nicht hört.

Abg. Gröber (fortf. vord.): Eine einfache Aussprache zwischen dem Reichskanzler und denjenigen Mitgliedern des Zentrums, welchen er sich dahin sein Vertrauen geschenkt hatte, würde jedes Missverständnis beseitigt haben. Der Reichskanzler befragte sich, daß der Abg. Noeren gegen den Kolonialdirektor vorgegangen ist. Die erste Rede Noeren behandelte Vorgänge in Logo, die nicht während der Amtszeit des Kolonialdirektors vorgekommen waren. Dagegen war die erste Unterredung des Kolonialdirektors persönlich und in verlegener Form gehalten. Unzutreffend ist die Ansicht, daß der Zwischenfall Noeren-Vermündung einen Einfluß auf unsere Entscheidung gehabt hat. Dieser Zwischenfall ereignete sich am 3. Dezember, aber schon vorher hatten unsere offiziellen Redner, Schädel und Berger, die schärfere Herabsetzung der Truppenzahl verlangt. Das Abgeordnete des Zentrums und der liberalen Parteien mit verschiedenem Maß gemessen werden, zeigt auch die Rede des Abg. Müller-Reinigen über die Kolonialskandale. Von ihm wurden die schwersten Vorwürfe gegen die Kolonialverwaltung und gegen den Reichskanzler erhoben, ohne daß der Reichskanzler ein Wort des Tadels ansprach. Müller-Reinigen sagte, man munkelte in den Kolonien, daß

Unteroffiziere als Untersuchungsrichter

unteroffiziere als Untersuchungsrichter fungierten und vieles andere und sagte: Heim Eiat werden wir über diese Gegenstände sprechen. — Na, wir wollen das abwarten. (Weiterleit und sehr richtig! im Zentrum, Zurufe bei den Freikonservativen.) Gegen den Kanzler gab er den Vorwurf, er habe seit Jahren gewußt, welche Wirtschaft in den Kolonien bestiehe, und nichts dagegen getan. (Sehr richtig! im Zentrum.) Und darauf sagte weder der Kanzler noch der Kolonialdirektor ein Wort. Vergleichen Sie das damit, wie man über Herrn Noeren hergefallen ist. (Zustimmung im Zentrum. Große Unruhe beim Kartell.) Unser Antrag soll einen Eingriff in die Kommando-gewalt bedeuten, der Antrag Abiah dagegen nicht. Beide Anträge unterscheiden sich nur

darin, daß der Antrag Abiah die Vorbereitungen verlangt zu einer erheblichen Verminderung der Truppen, der Zentrumsantrag dagegen zur Verminderung auf 2500 Mann. Im Prinzip sind beide Anträge identisch. Der Kolonialdirektor schien das auch zu fühlen; denn er sagte, die Regierung interpretiere den Antrag Abiah so, daß er einen Eingriff in die Kommando-gewalt nicht bedeuten solle. Es kommt also auf die subjektive Meinung der Regierung an, und beim bösen Zentrum tritt sie böse Absicht. (Sehr gut! im Zentrum.) Wir haben gegen den Antrag Abiah gestimmt, weil er nach unserer Meinung alles in das freie Ermessen der Verwaltung gestellt hätte. (Beif. Zustimmung im Zentrum.)

Der Reichskanzler hat die Ausführung des Abg. Spahn, er habe die Güte des Zentrums berlegt, mit dem wohlfeilsten Hohn beantwortet, ob er das Zentrum um Erlaubnis zur Auflösung hätte fragen sollen. Wir haben das verfassungsmäßige Recht der verbündeten Regierungen nie bestritten. Die Verletzung unserer Ehre erblicken wir darin, daß man aus einer Ablehnung von 8—9 Millionen bei einem Milliardenetat eine angeblich höchwichtige nationale Frage macht, sowie darin, daß man deswegen dem Zentrum Mangel an nationaler Gewinnung gemacht hat. (Beif. Zustimmung im Zentrum.) Noch im Frühjahr hatte der Reichstag mitten im Feldzug 16 Millionen Mark abgelehnt, ohne daß irgend eine Aufregung erfolgte. Im Herbst aber soll der Abstrich von 9 Millionen ein staats-gefährliches Ereignis, ein Eingriff in die Kommando-gewalt sein! — Der Abg. Wassermann meinte, den Abstrich von 15 Millionen habe die Regierung ja angenommen, und damit sei festgestellt, daß der Reichstag genügend bewilligt habe. Danach hätte die Regierung damals zu viel gefordert. Absichtliche sind danach davon abhängig zu machen, ob die Regierung sie genehmigt oder nicht. (Sehr gut! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Wir halten eine solche subalterne Auffassung für unwürdig eines freien Parlaments. (Beif. Zustimmung beim Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Bei einer solchen Auffassung sollte man lieber die Reichstagsgebäude schließen und dem hohen Bundesrat die Festsetzung der Mittel überlassen, der ja nicht den beschränktesten Unterthanenverstand hat. (Beif. Zustimmung, wiederholter Beif. im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Der Vorwurf des Mangels an nationaler Gewinnung ist doppelt kränkend für die Zentrumspartei, welche nach dem Zeugnis des Reichskanzlers und auch des Herrn Wassermann sich große Verdienste beim Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, beim Flotten-gesetz, bei der Reichsfinanzreform, bei der wirtschaftlichen Gesetzgebung erworben hat. (Beif. Zustimmung im Zentrum.) Die ältesten Mitglieder des Hauses erinnern sich noch an die Wahlen von 1887. Damals war jeder ein Reichsfeind, der sich nicht davon überzeugen konnte, daß man die Friedenspräsenzstärke absofort auf 7 Jahre festlegen müsse. Später kamen die verbündeten Regierungen selbst und sagten: „Ach was! 6 Jahre tun es eben so gut!“ In der Sprache des Wahlkampfes von 1887 waren die verbündeten Regierungen also später „Reichsfeinde“. (Sehr gut! im Zentrum.) Und wie war es bei der Militärvorlage von 1897? Die Regierung verlangte eine Vermehrung der Friedenspräsenz um 84 000 Mann. Die Nationalliberalen waren so „antinationale“, nur eine Vermehrung auf 48 000 Mann bewilligen zu wollen. (Große Heiterkeit und sehr gut! im Zentrum.) Noch „antinationaler“ waren die Freikonservativen, die nur bis zu 25 000 Mann gehen wollten. (Erneuter Heiterkeit im Zentrum.)

Zur Annahme gelangte schließlich ein Antrag des Zentrums, füge den sogar die Konservativen stimmten. Wie waren doch die Parteien damals national! (Große Heiterkeit.) Oder wie haben sich doch die Parteien damals so wenig geniert, ganz andere Summen an Forderungen der Regierung abzustreichen. (Sehr gut! im Zentrum.) Heute soll das nun „antinationale“ sein! Wer soll denn eigentlich darüber entscheiden, was eine nationale Frage ist? Entweder der Herr Reichskanzler allein, oder etwa Herr Wassermann oder Herr Brandt? (Große Heiterkeit.) Das muß jede Partei, jeder Abgeordnete nach seinem Gewissen entscheiden! (Sehr gut! im Zentrum.) In der zu häufigen Verwendung des nationalen Regiments liegt eine ernste politische Gefahr. Wenn man bei jeder Kleinigkeit, bei lumpigen paar Millionen gleich von der nationalen Bestimmung spricht, da verliert schließlich der nationale Gesichtspunkt jede Bedeutung. (Beif. Zustimmung im Zentrum.) Da dürfte man nicht im geringsten Punkte mehr Opposition machen. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Opposition haben doch auch die Konservativen bei der Militärvorlage gemacht, und diese Vorlage war doch unendlich viel wichtiger als ein Teil von einem Nachtragsetat. (Sehr gut! im Zentrum.) Und wie ist man im Wahlkampf gegen uns vorgegangen! Hat man es doch gewagt, uns vorzumwerfen, wir seien Feinde von Kaiser und Reich. Das ist eine bodenlose Verleumdung, die wir mit Entrüstung zurückweisen. (Beif. Zustimmung im Zentrum.) Ich habe es nicht begreifen können, als ich in der Zeitung ein Schreiben des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei las, — es war ein Bettelbrief für die Wähler, gerichtet nach Amerika — in dem von dem Kampfe gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie als den stillen und offenen Feinden von Kaiser und Reich die Rede war. (Beif. Zustimmung! Hört! und Hül!-Rufe im Zentrum.) Das unterzeichnet Herr Wassermann, der hier im Reichstag die großen Verdienste des Zentrums um die Gesetzgebung des Reiches anerkannt hat! (Sehr gut! im Zentrum.) Wenn das von der Zentralleitung der nationalliberalen Partei aus geschieht, da darf man sich nicht wundern, was alles in Veramtlungen und Zeitungen vorgekommen ist, wie schließlich die Verleumdung zur Siedehitze, zu Haß und Mut gegen das böse Zentrum aufgeschlackt worden ist. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Noch ein Wort über

die Stellungnahme der Regierung im Wahlkampf:

Der Herr Reichskanzler meinte, er habe das Volk über die wahren Absichten der Regierung aufklären wollen. Er hat hingewiesen auf ein ähnliches Vorgehen der Regierung in einigen parlamentarisch registrierten Ländern, hat aber dabei vergessen, daß wir kein parlamentarisch registriertes Land sind. (Beif. Zustimmung sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Das ist so eine Kleinigkeit, das macht bei dem Herrn Reichskanzler nichts aus. (Weiterleit.) In parlamentarisch registrierten Ländern, da treten die Minister vor die Wähler und lassen die Wähler über sich entscheiden, das ist etwas ganz anderes. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube übrigens, der Herr Reichskanzler hat noch lange nicht genug Arbeit bei seine Absichten gegeben, auch jetzt im hohen Hause noch nicht. (Sehr wahr! im Zentrum.) Wenn die Herren von der Rechten mit dem Eingreifen der Regierung bei den Wahlen einverstanden sind, so ist das sehr erklärlich; sie sind so sehr daran gewöhnt, daß sie es sich gar nicht anders denken können. (Sehr gut! im Zentrum.) Wenn es wirklich dahin kommen sollte, daß die Regierung Geld von Privatbank sammelt und durch irgend eine Mittelperson einzelnen Parteien zur Verfügung stellt, so würde das jeder amtlichen Wahlbeeinflussung Tür und Tor öffnen. (Beif. Zustimmung im Zentrum, bei den Freis. und Soz.) Hebrigens bitte ich um Aufklärung darüber, ob die Nachricht richtig ist, wonach in der Wahlzeit einige Marineoffiziere und Kanonieren aus dem Hauptquartier beim Flottenverein beschäftigt gewesen sind. (Hört! hört!)

Der Herr Reichskanzler hat sich darüber aufgehalten, daß man vom persönlichen Regiment spreche; davon sei keine Rede — „in der letzten Zeit“, wie er vorzüglich hinausfügte. (Weiterleit.) Dieser Begriff ist ja sehr unbestimmt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „24 Stunden!“) Vielleicht noch weniger. (Weiterleit.) Uebrigens hat nicht das Zentrum, sondern ganz andere Männer haben sich in der letzten Zeit über

das persönliche Regiment

sehr scharf ausgesprochen. So hat ein Reichstagsabgeordneter am 14. November 1906 eine längere Rede mit vielen Spigen gegen das persönliche Regiment gehalten, eine Rede, die mit den Worten schloß: „Das Resultat ist Minderung des Neipfels; die Furcht vor Deutschland, die früher bestanden hat, ist verschwunden.“ Wie „unpatriotisch“, wie „antinationale“ hat sich dieser Redner ausgedrückt, der vor dem Auslande so heftige Angriffe mit deutlicher Spitze gegen den Träger der Krone richtete. (Sehr gut! im Zentrum.) Und dieser Redner war der Abg. Wasserfall. (Stürmische Heiterkeit im Zentrum.) Und das Beste ist, daß er seine Interpellation mit dem Herrn Reichskanzler

vorher verabredet

hätte! (Hört! hört! und erneute große Heiterkeit im Zentrum.) Der Herr Reichskanzler hat sich weiter gegen die Darlegungen des Herrn Spahn gewandt, daß durch den Wahlkampf die religiösen Leidenschaften aufgewühlt werden. Der Herr Reichskanzler ist ein sehr gewandter Debatter. Wenn ihm unbequeme Fragen kommen, geht er darum herum und behandelt Dinge, die gar nicht behauptet worden sind, um die Redner dann „gründlich“ zu widerlegen. (Große Heiterkeit im Zentrum.) Niemand hat behauptet, daß die Regierung kulturkämpferische Absichten gehabt habe. Wohl aber waren solche vorhanden in den Reihen der liberalen Parteien. (Dol. links. Leb. Sehr richtig! im Zentrum.) Nun, wenn Sie (nach links) es nicht glauben, so werde ich Ihnen die Versicherungen vorlesen: Herr Wasserfall hat es gleich zu Anfang des Wahlkampfes begrüßt, daß der Wahlkampf unter der Parole „Los von Rom“ geführt werden könne, das gäbe gute Aussichten. (Redner verliest eine Reihe von Versicherungsworten, die zum Kampf gegen den Ultramontanismus aufzufordern. Die Verlesung wird zum Teil mit lebhaftem Sehr richtig! bei den Freisinnigen aufgenommen.) Die Herren (nach links) rufen „Sehr richtig“ und befreiten noch, daß man im Wahlkampf kulturkämpferisch vorgegangen ist. (Sehr gut! im Zentrum.) Ein liberales Blatt hat es sogar als eine nationale Schmach bezeichnet, daß der Reichstag solange einen ultramontanen Präsidenten gehabt habe. (Stürmische Heiterkeit im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Das Spitzrufen ist nicht Sitte im Reichstage.

Abg. Gröber (fortfahrend): Dem gegenüber konstatiere ich nur, daß am 20. Februar der jetzige Präsident die hohe Begabung und persönliche Liebenswürdigkeit seines Herrn Amtsvorgängers hervorgehoben hat. Das ist die beste Kritik einer so gefährlichen Kampfweise. (Sehr gut! im Zentrum.) — In einem Kreise hat man ein besonderes Flugblatt darüber ausgegeben, daß die Frau des evangelischen Kandidaten von Neuenhauzen zum Katholizismus übergetreten sei. (Hört! hört! im Zentrum.)

Der Reichskanzler sagte, er habe das Zentrum im Töpfe der Sozialdemokratie gefunden. Nun, da hat er die Freisinnigen häufiger finden können, aber das darf der Herr Reichskanzler nicht besprechen; denn das sind ja die neuen Freunde des Herrn Reichskanzlers. (Heiterkeit im Zentrum.) So lange

das jetzige Wahlgesetz mit seinem Stichwahlsystem

die Wähler zwingt, zwischen zwei Gegnern zu wählen, macht man es den Wählern allerdings sehr schwer, in der Stichwahl Stellung zu nehmen. Jedenfalls nimmt es sich, so lange dies Wahlgesetz besteht, doch sehr sonderbar aus, wenn vom Regierungstische aus die Konsequenzen dieses Systems einzelnen Parteien zum Vorwurf gemacht werden. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Haben doch die „Berliner Neuesten Nachrichten“, ein offizielles Organ, selbst betont, in der Stichwahl komme es nicht auf politische Grundfälle, sondern auf die Laune an! Ich erinnere daran, daß der bekannte konservative Rupprecht v. Ranzen seinerzeit öffentlich zur Wahl von Sozialdemokraten aufgefodert hat. (Hört! hört! im Zentrum.)

Wenn man sich moralisch so furchtbar darüber entsetzt, daß Stimmwähler auch in der Stichwahl für Sozialdemokraten ihre Stimme abgegeben haben, so will ich doch an ein Wort von anderer Stelle erinnern: „Wie man siegt, ist gleichgültig, wenn nur siegt wird.“ (Sehr gut! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Unser Programm ist dem der Sozialdemokratie entgegengesetzt. Aber daraus folgt nicht, daß ein Stimmwähler in der Stichwahl nie für einen Sozialdemokraten stimmen kann. Der Wahlkampf ist geführt worden, um eine Mehrheit des Kanzlers für einen Systemwechsel zu erreichen und deshalb ist er mit besonderer Leidenschaftlichkeit geführt worden. Daß wir unter solchen Umständen in der Stichwahl für die Liberalen eintreten sollten, konnte niemand im Ernst von uns verlangen. Deshalb einen Vorwurf gegen uns zu erheben, dazu ist weder der Kanzler berechtigt, der die Lage geschaffen hat, noch die Parteien, welche Wahlbündnisse mit der Partei abgeschlossen haben oder doch abzuschließen versucht haben. (Sehr gut! im Zentrum.) Uebrigens ist es auch ein gutes Stück politischer Heuchelei, wenn man daraus dem Zentrum einen Vorwurf macht. (Große Unruhe, geradezu Lärm beim Startell.)

Präsident Graf Stolberg: Ich habe in diesem Augenblick den Vorwurf übernommen und habe die Worte des Redners so aufgefaßt, als ob er dem Reichskanzler den Vorwurf politischer Heuchelei gemacht habe. Ist das richtig? (Große Heiterkeit, die sich schon bemerkbar machte, als der Präsident nun Reden ansetzte.)

Abg. Gröber: Ich habe den allgemeinen Satz ausgesprochen, daß es ein Akt politischer Heuchelei ist, wenn man aus einem Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie dem Zentrum allein einen Vorwurf macht. Den Kanzler habe ich nicht genannt.

Präsident Graf Stolberg: Dann habe ich natürlich keinen Grund einzuschreiten. (Heiterkeit.)

Abg. Gröber zählt unter großer Heiterkeit des Zentrums und der Sozialdemokratie eine Reihe von Wahlkreisen auf, in denen bürgerliche Parteien die Sozialdemokraten unterstügt haben. Beim Wahlkampf von 1903 hat ein liberaler Bewerber in Württemberg den Wählern empfohlen: „Wählt lieber den Teufel als den Zentrumsmann.“ (Große Heiterkeit.) Der Zentrumskandidat, um den es sich handelte, war ich. (Erneute stürmische Heiterkeit.) Im Jahre 1881 hat die „Allg. Ztg.“ geschrieben, daß bei dem Wuchstum der Sozialdemokraten auch eine entsprechende Zahl von Mandaten für sie erwünscht sei, bei den Stichwahlen dürfe man sie keineswegs als Feind unter allen Umständen bezeichnen. Der Rechtsanwält Wamheim hat es als Pflicht der Selbsterhaltung hingestellt, in der Stichwahl für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Und wie war es bei den bairischen Landtagswahlen? (Große Unruhe b. d. Nationallib.) Ich habe hier das offizielle Handbuch der vereinigten Liberalen zu den Wahlen der bayerischen Landstände. Wenn Sie (zu den Liberalen) später einmal ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie abschließen wollen, so finden Sie hier den Entwurf dazu. Es heißt hier: „Anhänger der liberalen Partei sollen beim zweiten Wahlgang für den Sozialdemokraten stimmen, nachdem festgestellt ist, daß in einer Zahl anderer Bezirke die Sozialdemokratie ihre Stimme den Kandidaten des liberalen Blocks gibt.“ Nach erfolgtem Sieg freut sich das „Freiburger Tageblatt“, daß die Fahne der Freiheit — das ist die der Sozialdemokratischen Freiheit (Große Heiterkeit im Zentrum) — wieder über Freiburg weht. Hierfür, heißt es, „an die Kriegervereine unserer Dant mit deutschem Gruß. Das liberale Wahlloos.“ (Stürmische Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Auch bei diesen Wahlen hat es nicht an Versuchen der Liberalen gefehlt, mit den Sozialdemokraten ein Wahlbündnis zu schließen. Der nationale „Rannheimer Generalanzeiger“ teilt mit, daß bei den Verhandlungen natürlich vorgegeben war, der Sozialdemokratie Kompensationen zu geben. Doch schritten die Verhandlungen an der Verständnisslosigkeit der Sozialdemokratie für die Verträge, das Zentrum in Baden zu schwächen. (Große Heiterkeit.) Die Wirkung des Wahlkampfes ist eine Mehrheit für die Regierung im Reichstag, nicht aber im Volk! Die Blockparteien haben eine Willkür Stimmen weniger erhalten als die Minderheitsparteien. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler betonte, daß die Niederlage der Sozialdemokratie durch

die Kraft des Bürgertums

erreicht sei. Sehr merkwürdig ist das angeführt der Tatsache, daß der Kanzler zu diesem Zweck hat Geld sammeln müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er scheint der Kraft des Bürgertums auch für die Zukunft nicht zu vertrauen, sonst hätte er wohl kaum in Aussicht gestellt, daß er in Zukunft noch mehr an Wahlmännern leisten würde. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Was ist nun sein neues Programm? Er hat eine verständige Fortführung der Sozialpolitik versprochen, Schutz der Vergarbeiter,

Schutz, Schutz, Schutz!

Es wimmelte nur so von Schutz. Schutz der Börse! Als er das sprach, waren die Konservativen sehr ruhig. Das Börsengesetz möchte ich sehen, das Liberale und Konservative befriedigen wird. Wie die soziale Politik des Blocks auf dem Gebiete des Handwerks ausfallen wird, ist mir auch sehr interessant. Begegnend für den Aufschwung des Liberalismus ist die Auffassung des Herrn Dr. Barth, der die „Nation“ eingehen läßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrheit für die bisherige Wirtschaftspolitik ist gestärkt worden. Merken Sie sich das, meine Herren Liberalen! Lebhaftige Zustimmung im Zentrum. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum und die Rechte zählt 247, die liberale Linke einschließlich der Sozialdemokraten nur 141 Stimmen. (Abg. Weibel: Leider!) Ich kann Ihnen Schmerz begreifen, Herr Bebel, aber wie die Liberalen auf eine liberale Wirtschaftspolitik rechnen können, — (Zuruf bei den Liberalen: Tun wir ja gar nicht!) Na, das ist sehr gefeiert von Ihnen. (Stürmische Heiterkeit.) Herr Biemer hat eine Vermögenssteuer in Aussicht gestellt für eine Reform der Branntweinsteuer. Sie haben wohl darüber noch keine Vereinbarungen getroffen? (Rufe rechts: „Nein, nein!“) Es scheint also doch an der Morgenroth für die konservativ-liberale Paarung zu fehlen. (Große Heiterkeit im Zentrum.) Das umfangreiche Programm des Kanzlers war nur ein Programm von Worten: Schutz der Landwirtschaft! Sehr schön! Schutz des Handwerks! Ein einheitliches Vereinsgesetz! Ganz famos! Ersparnisse in der Armeekasse! Willkommen! Reform des Strafrechts! Ausgezeichnet! Nur fragt sich, wie alles dies aussehen wird. (Sehr richtig!) Uebrigens hat das Zentrum all dies schon seit Jahren gefordert, und seine Erfüllung wird uns nicht ärgern. Das Jaubertwort der konservativ-liberalen Paarung ist von einem konservativen Blatt als Empfehlung der Grundlosigkeit bezeichnet und als Aufforderung zu politischem Selbstmord. Die Sozialdemokratie wird durch den Liberalismus nicht überbunden werden, sie ist ja aus ihm hervorgegangen (Heftiger Widerspruch bei den Liberalen) und seine konsequente Fortbildung. Sie fordert die Dämpfung (Allmacht) des Staates auf wirtschaftlichem Gebiete wie die auf politischem; ihr Materialismus kann nicht durch den des Liberalismus überwunden werden. (Beifall im Zentrum.) Heute hat Herr Schröder bemerkt: „Wir sind bereit, alles zu bewilligen, was notwendig ist.“ Ja, gerade so machen wir es auch! (Große Heiterkeit im Zentrum.) Wir bewilligen auch alles, was notwendig ist, und behalten uns nur vor, abzulehnen, was uns nicht notwendig erscheint. (Heiterkeit.) Wenn man die einzelnen Redner in dieser Debatte mit dem Gedanken an die konservativ-liberale Paarung anhörte, mühte man sich sagen:

„Bei Biemer, Gamp und Liebermann, Da fängt der Streit ganz munter an.“

(Große Heiterkeit.) Und warf man vor, daß wir ein laubdinsches Joch für die Regierung aufgeschichtet hätten, die anderen Parteien haben aber in diesen Debatten eine ganze Reihe von laubdinschen Jochen errichtet. (Heiterkeit im Zentrum.)

Wie ist die Lage der Zentrumsfraction heute? Nach den bisherigen Verhandlungen gar nicht unglücklich. Wir stehen äußerlich und innerlich gestärkt da. Der Reichskanzler steht mit seinen Angriffen gegen uns in dieser Debatte allein. Er scheint auf eine gewisse Uneinigkeit unter den Katholiken zu spekulieren. Diese Spekulation ist verfehlt! (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Leider hat aber der Wahlkampf die Kluft zwischen den Konfessionen erweitert. Und alles wegen einer Lappalie von ein paar Millionen. Die Verantwortung trägt vor der Geschichte der Herr Reichskanzler. Wir werden nicht aufhören, unser altes Ziel zu verfolgen zum Wohle des geliebten Vaterlandes. (Stürmischer Beifall im Zentrum.)

Kolonialdirektor Derenburg:

Ich behalte mir ein Eingehen auf die einzelnen, koloniale Angelegenheiten betreffenden Bemerkungen des Herrn Vorredners auf eine spätere Gelegenheit vor. Ich möchte zunächst nur eine Bemerkung des Herrn Vorredners nicht unerwidert in die Welt gehen lassen, nämlich seine Schilderung dessen, was sich seinerzeit beim Herrn Reichskanzler zugetragen hat. Da es sich um eine vertrauliche Besprechung gehandelt hat, will ich nicht ins Detail gehen, sondern nur feststellen, daß die Äußerung, die ich Herrn Spahn eingereicht habe, diejenigen gewesen sind, die er von mir erbeten hat. Wenn er andere erbeten hätte, hätte er sie zweifellos auch von mir erhalten.

Weiter ist behauptet worden, daß Hauptmann v. Salzer genötigt worden sei, gegen seinen Willen für die Kolonien zu agitieren. Demgegenüber stelle ich fest, daß am 20. September 1906, also lange vor dem Wahlkampf, der Deutsche Flottenverein das Oberkommando der Sängtruppe ersucht hat, ihm Offiziere mitzutheilen, die in der Lage wären, über den damals noch im Gange befindlichen Pottentottenkrieg Vorträge zu halten. Es wurden ihm am 11. Oktober Oberstleutnant Quade und Hauptmann v. Salzer genannt. Hauptmann v. Salzer ist dann gebeten worden, einen Vortrag zu halten. Es ist ihm ein Lokal angewiesen worden, welches ihm nicht gefiel. Er hat gesagt: „Ich habe nur auf Wunsch des Oberkommandos mich bereit erklärt, eine Rede zu halten; dies Lokal paßt mir nicht.“ Infolgedessen ist die Rede gar nicht gehalten worden. Es ist schwer, eine Wahlbeeinträchtigung aus einer Rede zu konstruieren, die nicht gehalten ist. (Große Heiterkeit rechts.) Daß solche Vorträge gehalten werden, ist sehr richtig. Die Nation soll erfahren, was in den Kolonien passiert. (Bravo! rechts.)

Ueber die Frage der Zurückziehung der Truppen ist in der Budgetkommission sehr breit verhandelt worden. Das Zentrum verlangte, daß vom 1. April ab 2000 Mann zurückgezogen würden und mehr wollte das Zentrum am 1. April ja auch nicht bewilligen. (Stürmischer Widerspruch im Zentrum.) Die verantwortlichen Leiter erklärten jedoch einen Abzug für unmöglich. Der Antrag Abzug aber verlangte nur die t u n l i c h e Verminderung der Truppenzahl. Damit war alles in das Ermessen der Kommandogewalt gestellt. Nach dem Zentrumsantrag aber wollte die Mehrheit die Oberkommandogewalt an sich nehmen. (Stürmische langanhaltende Unterbrechung im Zentrum.) Die Regierung konnte sich das nicht gefallen lassen. (Bravo! bravo! rechts und bei den Liberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Der Reichskanzler ist heute und morgen verhindert, hier zu erscheinen. Ich bin aber fest überzeugt, daß er die erste Gelegenheit ergreifen wird, um die heftigen Angriffe des Abg. Gröber zu beantworten. Einige Punkte will ich schon heute herausgreifen vorbehaltlich der späteren Ausführungen des Reichskanzlers. Herr Gröber hat es so dargestellt, als wenn die Auflösung nur wegen des Dispositivs des Zentrums erfolgt sei, das sich nur unwesentlich vom Antrag Abzug unterschieden habe. Mein Vorredner hat aber zutreffend nachgewiesen, daß es sich nicht bloß um das Dispositiv, sondern um den Abzug einer bestimmten Summe gehandelt hat. Herr Gröber hat gesagt: „Wie konnte der Reichskanzler nur einer Partei gegenüber, die sich unzweifelhaft hohe Verdienste erworben hat, wegen der Ablehnung von ein paar Millionen den Kampf eröffnen und den Reichstag auflösen?“ Ich will dem Reichskanzler nicht vorgreifen. Ich glaube aber, solche Dinge entwickeln sich psychologisch tiefer, und die Ablehnung war nur die letzte Ursache für die Auflösung. (Beifallige Zustimmung rechts.) Herr Gröber erinnerte an die Ablehnung der Kanalvorlage, die nicht zu einer Auflösung geführt habe. Die Kanalvorlage war eine wirtschaftliche Vorlage, (Beifallige Zustimmung rechts) allerdings von hoher politischer Bedeutung. — Was eine nat'rlche Frage ist, daß

läßt sich nicht nach vorübergehenden Ereignissen beurteilen. Es wird sich immer darum handeln, welche Schwere man einem Beschluß für die Stellung und das Ansehen Deutschlands beimißt. Nicht die Quantitätsfrage nach einigen Millionen entscheidet, sondern die allgemeine politische Lage. Der Reichskanzler war der Auffassung, daß gerade die Ablehnung dieser Vorlage bei der allgemeinen politischen Lage für das Ansehen Deutschlands sehr bedenklich sei. Gewiß entscheidet nicht der Reichskanzler, sondern der Bundesrat über die Auflösung. Aber wenn ein Staatsmann an leitender Stelle dem Bundesrat und dem Kaiser vorschlägt, den Reichstag aufzulösen, so steht er seine ganze politische Stellung und sein Amt aufs Spiel. Wenn nicht schwerwiegende Gründe gegen die Auflösung sprechen, wird der Bundesrat in solchen Fällen immer seine Zustimmung geben. So weit wird er immer der Einsicht eines Staatsmannes folgen, der sein politisches Renommee dabei aufs Spiel setzt. (Sehr richtig! rechts.)

Herr Gröber fragte, wie der Reichskanzler sein Programm durchführen wollte. Da müssen Sie wirklich einige Geduld haben. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) In einigen Monaten läßt sich das nicht machen. (Aha! im Zentrum.) Dazu ist ein Zeitraum längerer politischer Entwicklung und vieler Sessionen notwendig. Uebrigens braucht der Reichstag ja längere Zeit als die Regierung, um Vorlagen zu erledigen. Im übrigen kann ich mit Befriedigung konstatieren, daß eigentlich von keiner Seite das Programm des Reichskanzlers als unzureichend bezeichnet wurde. Eigentlich haben ihm alle Parteien zugestimmt. Herr Gröber zweifelt nur daran, ob der Reichskanzler mit den Parteien, auf die er sich stützt, das Programm durchführen wird. Darüber kann nur die Zukunft entscheiden. Hoffentlich wird es dem Geschick des leitenden Staatsmannes gelingen, in absehbarer Zeit auch sein Programm zu verwirklichen. (Bravo! rechts und bei den Liberalen.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Eingelassen ist eine Interpellation Wasserfall über den Stand der Vorarbeiten der Strafprozessreform. Schluß 6 1/4 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Vom russischen Holzhandel. Einem Bericht des kaiserlichen Konsulats in Nowo über den russischen Holzhandel entnehmen wir folgendes: Im Nordwestgebiet Russlands setzen die Voraussetzungen für einen erprießlichen Holzhandel an sich gegeben, da einerseits ein ununterbrochenes starkes lokales Bedürfnis nach Holzmaterial und nach Material für die Holzbearbeitungsfabriken besteht und da andererseits die Ausfuhr von Holz nach Deutschland einen immer bedeutenderen Umfang annimmt. Wenn trotzdem die Lage des Holzmarktes gegenwärtig nicht als günstig bezeichnet werden könne, so müße die Schuld daran den Händlern selbst und deren Personal beigemessen werden.

Holzbearbeitungsfabriken gibt es in Wilna 11, in Nowo 5, in Grodno 3, in Slonim 2, in Nowo-Bileisk 2 und in Bileisk 1. Außerdem findet sich noch eine Anzahl von kleineren Fabriken an den kleinen Nebenflüssen des Njemen und der Wilja. Es sind aber statistische Daten sowohl über die in den Holzbearbeitungsfabriken des Nordwestgebietes bearbeiteten Holzmassen, als auch über die zur Heizung verwendeten Mengen nicht vorhanden. Im Vergleich mit dem Fabrik- und Heizmaterial nimmt einen weitaus größeren Teil im Holzhandel das ausgeführte Holz ein, und zwar sowohl un bearbeitete Rundhölzer als auch gehobelte Bretter. Nach Mitteilung des Berichterstatters ist auch bezüglich dieser Hölzer eine genaue Feststellung der ausgeführten Quantitäten nicht möglich. Jedoch kann man aus der Registrierung derjenigen Fische, welche bei Schmaleningen auf dem Njemen über die Grenze geführt werden, einen Schluß auf die Gesamtmenge ziehen. Im Jahre 1906 exportierten dort 6154 Fische, und zwar 3634 große und 1620 kleine mit einer Ladung von 2 638 577 Stück rundem Bauholz und langem Papierholz. Ueber die gehobelten Bretter fehlen die Daten. Außerdem sind in Schmaleningen im Jahre 1906: 1374 Barken mit 434 394 Kubikmeter Inhalt gefahren, teils Material für Zellulosefabriken, teils Heizmaterial enthaltend, darunter 1194 Barken mit Papierholz = 376 960 Kubikmeter, und 185 Barken mit Heizmaterial = 57 444 Kubikmeter.

Hierbei sei noch bemerkt, daß im Jahre 1908 aus dem Gouvernement Nowo für 1 419 000 Rubel, aus dem Gouvernement Grodno für 2 426 147 Rubel Holz nach Deutschland ausgeführt wurden. Als Hauptmängel des gegenwärtigen Holzhandels werden bezeichnet die mangelhafte Waldwirtschaft, Steigerung der Löhne, ungenügende Sachkenntnis der russischen Holzhändler und der schlechte Zustand der Flußläufe. . . .

Die meisten Holzhändler haben auch keine Erfahrungen in den Bedürfnissen und Bedingungen der ausländischen Märkte und suchen nur durch ausgiebiges Abholzen ihrer Bestände einen möglichst schnellen Gewinn herauszuschlagen. Infolgedessen werden die ausländischen Märkte oft mit minderwertigem Holz überfüllt, welches selten guten Absatz findet und dabei den Preis der besten Sorten drückt. Auch das minderwertige Holz könnte nach Meinung des Berichterstatters einen guten Gewinn abwerfen, wenn ihm bei der Verarbeiterei bereits eine besondere Bestimmung gegeben würde, zum Beispiel: als Sleper, Mauerlaten, Bolzen, Schwellen, Dachbalken, Schwebel (für Schweden bestimmte Schwellen) und Konfi (Bestandteile für Kleinbohlen). Es fehlt jedoch an planmäßiger Bearbeitung der Hölzer, an den nötigen technischen Kenntnissen und an einer umsichtigen Ausnutzung der Anforderung der Märkte.

Die Wasserstraßen befinden sich in einem schlechten Zustand. Nur im Frühjahr, während des Hochwassers, und im Herbst kann die Beförderung ungehindert erfolgen. Die Hauptwasserstraßen sind der Njemen mit den Nebenflüssen Wilja, Kiewiaga und Dubiaga, sowie der Dnjepr-Bug-Kanal mit dem Ruchanow und dem westlichen Bug, welcher in die Weichsel mündet. Die Fortbewegung der Fische wird durch Sandbänke und Steine gestört. Auf dem Njemen, welcher am wasserreichsten ist, hat das Hochwasser an den flachen Stellen im Sommer nur 2 1/2 Fuß Tiefe.

Zu allen diesen Nachteilen kommt noch hinzu, daß sich die Unkosten des Holztransports zu Wasser fortgesetzt steigern. Im allgemeinen gilt zwar überall der Transport zu Wasser für billiger als mit der Eisenbahn. Es wird jedoch, wenigstens für gewisse Holzarten, in Zukunft der Transport mit der Eisenbahn nicht teurer sein als per Floß, wenn die Spesen des Wassertransportes weiter in die Höhe gehen. Der Berichterstatter berechnet, daß z. B. Papierholz, wenn sowohl eine Eisenbahnstation als auch ein Flußlauf in der Nähe des Abgangsortes sind, schneller, bequemer und beinahe ebenso billig mit der Eisenbahn nach Remel und Königsberg befördert wird als auf dem Wasser.

Bei den jetzigen äußerst ungünstigen Bedingungen kostet der Transport eines Kubikmeters auf dem Wasser 60 Kopfen, dabei riskiert man unter Umständen Ueberwinterung unterwegs und dadurch Verlesung der Lieferungsfrist. Beim Transport per Floß wird die Lieferung viel schneller realisiert und dadurch bei der kürzeren Verzinsung des Anlagekapitals ein Vorteil gewonnen. Die Holzhändler vermeiden ferner dabei alle unangenehmen Zufälle des Wassertransportes, so daß schließlich bei Berechnung aller Vor- und Nachteile, der Eisenbahntransport nicht teurer ist als die Flößerei.

Vermischtes.

Leichenteste eines Ermordeten. Nach dem seit drei Jahren verschundenen Kaufmann Denschel wurden seit vorgestern Nachgrabungen auf einem früheren Zirkusplatz in München veranstaltet, da sich der Verdacht ergeben hatte, daß der seit einigen Tagen verhaftete ehemalige Zirkusbesitzer Niederhofer an dem Verschwinden Denschels beteiligt sei. Gestern nachmittag wurden tatsächlich bei diesen Ausgrabungen Reste der Leiche Denschels gefunden.

3 Einheitspreise für besonders vorteilhafte Artikel aus allen Abteilungen.



Weisswaren

Eleg. Batist-Serviteur aus Valenciennes-Einsätzen und plissiertem Volant
Elegante Spachtel-Passen
 Unterrock-Volants aus Moiré, Zepelia od. Alpaca, elegant garnirt
 Reinsidone Taffet-Miädergürtel, schwarz oder weiss
 Seidene Gummigürtel, 6 cm hoch, mit Stahlpoints u. eleg. Schloss
 Prima Madapolam-Stickerel, 4-8 cm breit, Coupons à 4 1/2 m

Tapiserie

Gestickte Küchentischdecken in Fischerleinen, garnirt
 Stubenhandtücher mit Seide gestickt
 Tüll-Garnitur, besteh. aus 1 Läufer, 1 grossen Decke, 2 kleinen Decken, weiss oder crème

Confection

Costümröcke, eigentümlich, aus dauerhaften Stoffen, sauber verarbeitet, mit Knopfesatz
 Unterröcke, mit breitem plissiertem Volant
 Kinderkleidchen, für 2-8 Jahre, aus gewebt. schottischen Stoffen
 Damen-Blusen, aus weissem India-Mull, mit gesticktem Vorderteil
 Damen-Blusen, aus modern. schottischen Stoffen, elegant gepaspelt
 Matinée, aus Wasch-Percal, Kragen m. Spitze u. m. plissiertem Volant

Kleider- u. Seidenstoffe

Costümfstoffe, elegante Neuheiten, Meter 1.90
 Blusen-Seide, neueste Muster und Farben, Mtr. 1.90
 Schwarze, reinsidone Nerveillex, Mtr. 1.90
 Reinsidone Damassés, Mtr. 1.90

Wäsche und Schürzen

Wagen-Decken aus Piquébarchend mit Einsatz
 Damen-Nachtjacken mit Sattel, Dimitt, Hohlsaumlaugette und Börtchen
 Damen-Anstands-Röcke aus Piquébarchend m. Laugette u. Stickerei
 Damen-Hemden, mit garnierter Passe
 Damen-Schürzen, hübsch garnirt, neue Prinzessform
 Zierschürzen mit Träger
 Weisse Reform-Zierschürzen mit Valenciennes-Spitzen und Einsatz
 Elegante Zierschürzen, reich besetzt

Galanteriewaaren

Kammgarnitur für Damen, besteh. aus Nackenkamm, 2 Seitenkämme, reich verzirt
 Schirmständer, fein poliert
 Rauchtische, fein poliert
 Braune Reisetaschen, längl. Form
 Visitenkarten-Schale, mit mattem weiss. Glas auf bronz. Metallfuss
 Büstenständer mit schön gemalter Figur
 Puppenwagen mit Verdeck
 Elegante Postkarten-Albume

Gardinen u. Decken

Bekurbelte Filztuchdecken
 2 Shawl Gardinen, weiss oder crème
 Engl. Tüll-Stores, weiss oder crème
 Bettdecken, engl. Tüll
 Waffel-Bettdecken
 Jacquard-Schlafdecken
 Tapestry-Bettvorleger

Baumwollwaaren

Barchend-Laken, weiss oder bunt
 Bade-Laken, 130x130, extra schwer
 Kaffeedecken, hell oder dunkel
 Gebleichte Tischtücher, 130x150, gesaumt
 5 Mtr. Coupon Hemdentuch
 5 Mtr. Coupon Louisiana-tuch

Handschuhe

3 Paar Spitzen - Halbhandschuhe, schwarz oder weiss
 3 Paar 12 Knopf lange elegante Halbhandschuhe mit Spitze
 1 Paar weisse oder farbige Damen-Glacé-Handschuhe
 1 Paar Herren-Glacé-Handschuhe, weiss oder farbige

Strümpfe

8 Paar Damenstrümpfe, engl. lang, schwarz
 5 Paar Damenstrümpfe, engl. lang, geringelt
 12 Paar Herrensocken, schwarz, melirt oder maco
 6 Paar Schwoisssocken mit Patentschaft
 3 Paar reinwoll. Cachemir-Socken
 6 Paar Kinderstrümpfe od. Söckchen
 3 Paar Kinderstrümpfe, grössere Nummern

Diverse Artikel

Reinwollene Velours - Echarpes, schottisch-karriert
 Weisse Lammfell-Kinder-Capes
 Damen-Schirme mit Futteral, auf Nickelgestell oder mit schönen Naturstöcken
 Herren-Schirme, dauerhafte Qualität, mit Naturstock
 Damen- u. Herren-Segeltuch-Schnürschuhe mit Absatz
 Mädchen - Spangenschuhe, braun oder schwarz, bis zu 12 Jahren passend
 Englisch garnierte Hüte mit chicchem Sportband

Haushalt-Artikel

Petroleum-Kocher, 2flammig
 Bezogene Plättbretter
 Wirtschaftswagen
 6 geschliffene Compotteller und 1 Käseglocke
 Bürstenbrett mit diversen Bürsten
 Kaffee-Service, 9teilig u. 1 Butterdose
 Holz-Küchengerät (Nudelrolle, Quirl, Löffel etc.)
 6stufige Stehleiter
 Besengarnitur, bestehend aus:
 Besen mit Stiel,
 Schrubber mit Stiel,
 Borsten-Handieger,
 Wurzel-Handieger

Weisswaren

Elegante Spitzen-Jabots mit Sammtband-Garnitur
 3 Stück Steh-Umfalkragen für Damen, reich gestickt
 Elegante Spachtel-Serviteurs
 Spachtelpassen mit Stehkragen
 Batist-Umlegekragen für Jaquettes, Matrosen- oder runde Form
 Elegante Backfischkragen aus Spitze und Stickerei, runde oder eckige Form
 Unterrock-Volants aus Satin oder Leinen, mit Bördchen besetzt
 Spitzen-Aermel, Halbhärmel, schwarz oder weiss
 Elegante Kindergarnituren aus Congress-Leinen, mit Spachtelspitzen reich garnirt
 Seidene Kinderscharpe, 20 cm breit, 2,25 m lang
 2 Stück farbiges Sammetband
 Ledergürtel, reich besetzt u. durchbrochen, schwarz oder farbige
 Elegante Sport-Damengürtel, imitirt Leder mit Durchzug u. Stahlpoints
 Chiné - Stoffgürtel, ca. 8 cm hoch, mit Gummiband-Einlage

Kleider- u. Seidenstoffe

2 Meter Blusenstoff
 Neueste Blusenstoffe, 1 m 90 Pf.
 Costüm-Stoffe, Frühjahrsneuheiten, 1 m 90 Pf.
 Japan-Selde, 60 cm breit, 1 m 90 Pf., alle Farben
 Seidenstoff-Resse, 90 Pf.

Gardinen und Decken

Tüll-Lambrequins, weiss od. crème
 Brise-Bise aus Erbstüll m. Stange
 Bestickte Sofakissen
 Bettvorleger, imit. Perser
 Kommodendecken mit Schour und Quaste

Baumwollwaaren

Badelaken aus Kräuselstoff
 Frottirhandtücher
 Kaffeedecken mit Kante
 3 Gerstenkorn-Handtücher
 Rolltücher (grau)
 Weisse Plätttücher
 Wachtuch-Garnituren, 6theilig

Wäsche und Schürzen

Damen-Achselchluss-Hemden mit gestickter Passe
 Kniebeinkleider mit Stickerei
 Nachtjacken aus Dimitt mit Spitze
 Untertailen m. Einsatz u. Valenciennes-Spitzen
 Schwarze, schöne Zierschürzen
 Farbige Zierschürzen m. Einsatz u. schöner Bordüre
 Gürtel-Corsets aus Dreil
 Bunte Herren-Serviteurs m. Kragen, Manschetten und Cravatten
 2 Herren-Cravatten, farbig (1 Regatte und 1 Diplomat)
 Hosenträger aus bestem Band m. Gummilitzen
 6 Taschentücher mit Buchstaben
 Matrosenkragen m. Lavallières

Confection

Unterröcke mit breitem Volant
 Kinderkleidchen für 1-4 Jahre, aus Fantasiestoffen
 Damen-Blusen aus schön gemustertem Barchend
 Matinée aus Washstoff, in schönen Dessins

Handschuhe

4 Paar 12 Knopf lange Halb-Handschuhe mit Spitze, weiss
 1 Paar 12 Kn. lange Schwedisch imitirt, weiss oder farbige
 1 Paar Spitzen - Halbhandschuhe, weiss oder schwarz
 1 Paar weisse Damen - Glacé mit 2 Druckknöpfen

Strümpfwaaren

9 Paar Herren-Socken, gewebt
 6 Paar Herren-Socken, schwarz
 4 Paar Herren-Söckchen, melirt oder maco
 4 Paar Damen-Strümpfe, engl. lang, schwarz oder leder
 3 Paar Damen-Strümpfe, geringelt
 4 Paar Kinder - Strümpfe oder Söckchen

Tapiserie

Gestickte Kammerschürzen aus Aidastoff
 Gestickte Küchenhandtücher mit geknöpfter Franze
 Küchengerät, bestehend aus Leitungsschoner, Lampenputztasche, Topflappentasche
 Tüll-Läufer, weiss oder crème
 2 Tüll-Kommodendecken, weiss oder crème
 Bestecktaschen für 1 Dtzd. Paar Schlummorkissen, garnirt, mit Volant und gezeichnet
 Stuben-Handtücher, gezeichnet, mit à jour
 Waschtisch-Garnituren mit fertiger Laugette
 Gestickte Nähtischdecken aus Javastoff
 Picknickrollen, schwarz oder braun
 Picknick-Handkoffer, schwarz oder braun

Galanteriewaaren

1 grosser Spiegel mit gutem Glas
 1 Closetpapierhalter, polirt, mit grosser Rolle Papier
 1 Hausapotheke m. geschnitz. Thüre
 1 Garderobenleiste m. gelben Haken
 1 geschaitzes Consol mit Bild
 1 Nippes-Tisch mit Platte
 1 vernickelte Butterdose
 1 Fruchtchale mit Fuss
 2 Brotkörbe mit Majolika-Einlage
 1 Bücherbrett, 2theilig
 1 Büstenständer, braun lackirt
 1 Paneelbrett mit verzierter Rückwand
 1 Vogelbauer
 2 Blumenvasen mit Metall
 2 grosse Wandteller
 1 moderner Familienrahmen

Diverse Artikel

Velour-Echarpes, schottisch karriert
 Helte Ball-Echarpes mit Franze
 Weisse Lammfelljäckchen und dazu passende Mütchen
 Wollene Baby-Häubchen und dazu passende Schühchen
 Herren- oder Damen - Schirme in schöner Ausführung
 1/2 Pfund Wolle, plattirt, schwarz oder melirt
 6 Lagen 14er Häkelgarn
 1/2 Pfund schwarzes Negergarn
 1/2 Pfund gebi. Estremadura No. 3-6
 Damen-Püschpantoffel mit durchgenähter Ledersohle
 Damen-Filzpantoffel in feiner Ausführung

Tapiserie

Gestickte Java-Läufer in moderner Ausführung
 Elegante Point-Lace-Läufer mit Seiden-Einsatz
 Bunte Sofa-Garnitur bestehend aus Spachtel-Läufer, 1 Decke, 2 kl. Decken, zusammen passend
 Küchen-Garnitur in Satin „Augusta“, bestehend aus Besenhandtuch, Küchenhandtuch, Küchentischdecke, gezeichnet und garnirt

Confection

Costüm - Faltenröcke aus sehr gediegenen Stoffen
 Unterröcke aus Moiré, Satin, Leinen oder Alpaca, mit hohem, reich garniertem Volant
 Morgenröcke in schönen Dessins mit kleidsamer Kragengarnitur
 Mädchen-Kleider für 4-11 Jahre, aus dauerhaften, geschmackvollen Stoffen, mit Ledergürtel garnirt
 Damen-Blusen a. feinstem Schweizer Batist u. gesticktem Vorderteil
 Damen-Blusen aus guten Fantasiestoffen, mit Cravatte

Gardinen und Decken

2 Shawls Relief-Gardinen
 1 Relief-Store
 Püsch-Lambrequins m. Application
 Grosse Püschkissen mit Pflanzen-daunen-Füllung

Wäsche und Schürzen

Elegante Damen-Hemden, reich garnirt
 Elegante Damen-Beinkleider, reich garnirt
 Elegante Damen-Jacken, reich garnirt
 Anstands-Röcke mit Einsatz und Valenciennes-Spitze
 Stickerei-Röcke mit breitem Volant
 Damen-Prinzess-Schürzen, sehr elegant garnirt
 Schwarze seidene Zierschürzen
 Halbhohe Corsets a. best. Satin-Cöper

Galanterie-Waaren

Salontische mit grosser Palme
 Vogelkäfig-Ständer mit Käfig
 Zweiteilige Bücher-Etagères mit gedrehten Säulen
 Bowle mit Kupferdeckel und veralbertem Fuss
 Aufsatz mit 6 Obstmessern
 Moderne Rauchtische i. fein. Ausfüh.
 Büstenständer, mahagoni od. nussbaum polirt
 Elegante Postkarten-Albume

90 Pfennig-Artikel

1 Dtzd. Konkurrenz-Seife
 Bay-Rum, Bartwasser u. Bartwische
 1 Carton Toiletteseife u. 1 Flasche Franzbranntwein
 1 Cart. = 3 Stck echte Döring-Seife
 1 Flasche Lillienmilch u. 1 Stück Steckenpford Seife
 2 elegante Flaschen Parfüm
 1 Ledertuch, 1 Garnitur Bronze u. 1 Flasche Putzwasser
 1 Riegel Kerseife, 1 Carton Stärke, 1 Pack Seifenpulver Kier u. Waschb au

Leinenwaaren

Kaffee-Gedecke mit 6 Servietten
 Reinf. Tischtücher, 135 x 166
 1/2 Dtzd. Gerstenkorn-Handtücher
 1/4 Dtzd. Dreil-Handtücher
 1/2 Dtzd. Damast-Handtücher

Herrn- u. Knaben-Confection

Knaben-Anzüge für 3-8 Jahre aus blauem Cheviot od. modernem Fantasiestoffen
 Knaben-Capes, 70-90 cm lang, aus blauem Cheviot
 Herren-Hosen in modernen Dessins
 Herren-Fantasiwesten

Schuhwaaren

Damen-Leder-Hauschuhe mit Absatzfleck, braun oder schwarz
 Braune Damen-Ziegenleder-Spangenschuhe mit Absatz
 Damen-Lastring-Zugtiegel mit Lackkappen

Handschuhe u. Strümpfe

2 Paar Glacéhandschuhe für Damen, weiss oder farbige
 2 Paar Spitzen - Halbhandschuhe, 12 Knopf lang, sehr elegant
 1 Paar halb lange Damen-Glacé-Handschuhe
 1 Paar 12 Knopf lange Seiden-Halbhandschuhe
 6 Paar Damenstrümpfe, buntfarbig

Diverse Artikel

Lammfell-Kinder-Capes, weiss mit seidene Capuchons
 Herren- oder Damen - Schirme, Taffet-Qualität mit Futteral, auf Paragongestelle, 2 Jahre Garantie
 Herren- oder Damen - Schirme, Gloria mit reinsidene Futteral und eleganten Stöcken
 Damen-Hüte, englisch garnirt, mit Pose

Haushalt-Artikel

6 Porzellan-Vorratskannen
 Putzschrank und Fussbank
 Vernickelte Bolzen-Plättleisen mit Plättroste und Asbesteller
 Tischlampe mit Baroque-Glocken
 Aico-Wäscheleine, 50 Meter lang
 Handtuehhalter mit Rückwand, Aufsatz und Säulen-Etagère
 Besengarnitur, bestehend aus:
 Rosshaarbesen mit Stiel,
 Rosshaar-Handieger,
 Möbelpolster,
 Verzinnete Waschtöpfe mit Ring

90 Pfennig-Artikel

1 Postkarten-Album
 1 Tischläufer mit 50 Servietten aus buntem Papier
 1 Briefkassette
 1 Lichtschirm mit Ständer, Manschette und Licht
 1 Scheuerbürste, 1 Pfannenbürste, und 1 Closetbürste
 1 Plättbrett
 Haushalt-Garnitur (4 Werkzeuge)
 Braune Marktsetze mit Bügel
 Küchenlampe

6 Restaurantteller, echt Porzellan
 Verstellbare Zageinrichtungen
 12 Stück Wassergläser
 Emaille-Waschschüssel mit Seifnapf und Waschkrug
 1 Kohlenoimer, 1 Kohlenschippe, Feuerhaken und Kohlenanzünder
 Holztabletts mit Einlage
 Kaffeemühlen mit Sieb
 Steingut-Waschkrüge, bunt (gross)
 2 Emaille-Schmortöpfe
 6 Bierseidel



Confection

Unterröcke mit breitem Volant
 Kinderkleidchen für 1-4 Jahre, aus Fantasiestoffen
 Damen-Blusen aus schön gemustertem Barchend
 Matinée aus Washstoff, in schönen Dessins

Lebende Pflanzen

3 Stck. Tulpen od. Krokuspflanzen in verschiedenen Farben sortirt 90 Pf.
 Hyacinthen in verschiedenen Farben 90 Pf.
 Azalien in verschiedenen Farben 90 Pf.

Trotz der besonders billigen Preise verabsolgen wir die üblichen Rabattmarken, welche volle 5 pCt. betragen.

Achtung!  **Achtung!** 

Herrenmaßschneider!

Sonntag, den 3. März 1907, mittags 12 Uhr, im „Feen-Palast“, Burgstraße 24:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zu dem Aussperrensbeschlusse der Arbeitgeber.

Referent: Kollege **Kunze.**

Mitgliedsbuch legitimiert.

Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen mehr als 18 Wochen im Rückstande sind, haben keinen Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Freitag, den 1. März, abends 8 Uhr, in den Sophienfäden, Sophienstr. 17/18:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Unsere Bewegung.

177/9

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 24, Amt 4, 3852 Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679

Sonntag, den 3. März, vorm. von 9-1 Uhr findet in

Ausführung des Beschlusses der General-Versammlung vom 24. Februar die Wahl der Angestellten unseres Bureaus

in folgenden Lokalen statt:

- Milbrodt's Gesellschaftshaus, Mollerstr. 7.
- Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
- Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23.
- Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27.
- Wiemers Restaurant, Bolowstr. 58.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Metzdorf in Charlottenburg, Potsdamerstr. 44.
- Thiel in Rixdorf, Bergstr. 152.
- Fritsch in Steglitz, Florastr. 2a.
- Böhle in Spandau, Neumeisterstr. 5.
- Kaufhold in Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 18.
- Tempel in Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
- Hellwig in Köpenick, Schönerlinderstr. 5.
- Schmutz in Weißensee, König-Chaussee 38.
- Gehlhaar in Tegel, Berlinerstr. 92.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt. Wahlleiter ist der Kollege **Josef Hartmann**, Engel-Ufer 15 I.

Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher im Vereinshaus Berliner Musiker, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Diese Versammlung findet durch Beschluss der Branchenversammlung vom 17. Februar 1907 statt. Alle Kollegen sind verpflichtet, zu erscheinen. 114/2

Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend in „Meiers Festsäten“ (früher Franke), Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. O. Rosenberg über: Die Geschichte des Sozialistengesetzes. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Schlichtungskommission. 4. Verhandlungsangelegenheiten. Anlässlich des wichtigen Vortrages erwarten wir recht zahlreichen Besuch.

Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Bauanschläger Berlins und Umgegend im Gewerkschaftshause (Saal I), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Allgem. Deutscher Gärtnerverein

(Ortsverwaltung Groß-Berlin.) Heute, Freitag, den 1. März, abends 7 1/2 Uhr.

In Mietes Festsäten, Schöneberg, Hauptstr. 5-6: **Oeffentliche Branchen-Versammlung für die Landschafts-Gärtnerei.**

Tages-Ordnung: 1. Was haben die Arbeitgeber auf unsere Forderungen geantwortet? 2. Freie Aussprache. Alle Kollegen, Gärtnergehilfen, Gartenarbeiter sowie Gartenfrauen sind dringend gebeten, pünktlich zu erscheinen. Die Lohnkommission.

Vereinszimmer mit elektr. Piano, nahe Bahnhof Pannowbrücke, 50 Personen, Dienstag, Donnerstag und Freitag frei. Restaur. A. Schyja, Michaelstr. 24.

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten Branchen-Versammlungen finden an nachfolgenden Tagen statt:

- Geschützbranche: Mittwoch, den 6. März.
 - Treibriemenbranche: Montag, den 4. März.
 - Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 7. März.
 - Militärbranche: Sonnabend, den 2. März.
 - Linoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, den 7. März.
 - Wagenbranche: Donnerstag, den 7. März.
 - Eisenmöbel-Branche: Donnerstag, den 7. März.
 - Sektion Charlottenburg: Montag, den 4. März.
- Zahlreichen Besuch dieser Branchensammlungen erwartet. Die Ortsverwaltung. NB. Billets zur Uramia sind noch im Bureau zu haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, bei Thiel: **General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Aussperrung. 2. Anträge der Ortsverwaltung. 3. Verbandsangelegenheiten. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Steinsetzer!

Filiale Groß-Berlin I. — Unterbezirk Osten.

Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr: **Versammlung** im Gewerkschaftshause, Saal 8, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandstage. 2. Wahl der Delegierten zur Konferenz. 3. Einsetzung der Unterbezirksverwaltung. Mitgliedsbuch legitimiert. J. A.: Der Vorstand.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, beim Feind, Weinstraße 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Bericht über die Verhandlungen mit der Meisterschaft. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Interessanteil veranlt.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlaa: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW.

Neueste Frühjahrs-Moden.

Frühjahrs-Anzüge

Unübertroffene, vollendete Auswahl in aparten, reichhaltigsten Sortimenten.

Viele Tausende Exemplare anserlesenster Geschmacksrichtungen.

Nur eigene Fabrikate.

50.- 45.- 40.- 36.- 33.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- **15 M.**



Frühjahrs-Paletots

Vielseitigste Ausmusterungen vornehmster Moden und Fassons. Schönste Farbentstellungen.

Viele Tausende Exemplare anserlesenster Geschmacksrichtungen.

Nur eigene Fabrikate.

50.- 45.- 40.- 36.- 33.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- **15 M.**

Vornehme Mass-Anfertigung.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog wird kostenlos und po. frei zugesandt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: **Sitzung der Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Gr.-Lichterfelde und Steglitz. Freitag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im Birkenwäldchen: **Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.**

Die Mitglieder der Zahlstellen sowie hier beschäftigten Kollegen werden ersucht zu erscheinen. (81/15) Die Ortsverwaltungen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer. Sonntag, den 3. März, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Arminkallen, Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Arbeiterführers Ad. Ritter über: Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. 2. Wahl des Zweigvereinsvorstandes und der Sektionsrevisoren. 3. Verbandsangelegenheiten. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet. Die örtliche Verwaltung. J. A.: H. Neumann. 133/11

Bäckerei-Genossenschaft Berlin

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Zentralstelle: Glogauerstr. 25. Sonntag, den 16. März, nachmittags 2 Uhr, im Lokale von Krone, Kranigerstr. 18:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Neuwahlen zum Vorstand. 4. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat. 5. Änderungen der §§ 1, 6, 8, 10 unseres Statuts. 6. Verschiedene Angelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand. Franz Neitsch, Joh. Hummel.

Tischler-Verein. (V. D. B.)

Sonnabend, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15: **Versammlung.**

Vortrag des Schriftführers Herrn J. Borchardt: „Maurer und Revolution“. — Ausgabe der Billets zum Postspiel am 9. März im Lokal „Sankt-Jacobi“. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. Nur Beachtung! Die Krankenversicherungsangelegenheiten werden nur bei C. Hintz, Waldemarstr. 69a III, erledigt. D. D.

Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf.

Albrechts Bäckereien: Krautstr. 19, Wrangelstr. 135, Lausitzerstr. 2, Falckensteinstr. 32, Zentrale: Boxhagenstr. 13. Pücklerhalle 222/223, Andronahalle 16/18, nur allein in: Backware

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 28. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Delbrück. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Abg. Dr. Schröder-Cassel (natl.): Der Reichsanwalt hat im Reichstage eine Novelle zum Reichsbürgergesetz angefündigt. Die Ankündigung hat bei uns große Befriedigung hervorgerufen.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Abg. v. Jellisch (N.): Vor allem müssen wir durch die Gesetzgebung dafür sorgen, daß dem Unfug ein Ende gemacht wird, daß die Krankenkassen von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden.

Regierungen sind mir nicht bekannt. Ich meine, daß die Bestimmungen der §§ 152, 153 der Gewerbeordnung zu ganz bedenklichen Mißständen führen. Diese Bestimmungen haben tatsächlich eine vollständige Beschränkung der persönlichen Freiheit herbeigeführt!

Abg. Hammer (L) polemisiert gegen eine Broschüre des Finanzrates Dr. Hufenberg über die Kreditgenossenschaften der Handwerker.

Abg. Trimbom (Z): In meinen Anträgen bin ich sehr vorsichtig gewesen, wie sich das ja gehört! (Heiterkeit.) Ich habe nur Erhebungen verlangt; diese wollen doch wohl auch die Herren von der Linken nicht ablehnen.

Abg. Defer (Vsp. d. fr. Sp.): Die Fragen der hohen Politik können nicht gelöst werden durch Reden. Ich meine, daß bei dem Zusammenwirken von Konserverativen und Liberalen sehr viele Gegenstände zusammenstoßen.

Die Debatte wird geschlossen. Der Antrag Bachmann wird der Budgetkommission überwiesen und die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt. Schluß 5 1/2 Uhr.

Die Terrorismus-Mordgeschichte des Staatsministers v. Dallwitz vor Gericht.

Deßau, 28. Februar. (Telephonischer Bericht.) Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute früh unter ganz getoimtem Andränge des Publikums der Prozeß wegen der Mordtat, die den Feinden der Sozialdemokratie die Grundlage für eine der blutigsten Lügen von sozialdemokratischem Terrorismus gegeben hat.

„Bruch sozialdemokratischer Verheerung“ hingestellt worden; auch im Reichstage hat Reichsanwalt Fürst Bülow in seine Erwiderung auf die Bebel'sche Etatsrede diesen Fall mit unter denjenigen Erscheinungen aufgeführt, von denen er die Erwartung ausspricht, daß die deutschen Behörden mit der größten Strenge gegen sie vorgehen werden.

Der Körper des Danisch soll von 22 Messerstichen durchbohrt gewesen sein. Die Anklage nimmt an, daß der Angeklagte Gallbierich den Schlosser Paul Danisch, seinen Arbeitskollegen, aus Rachsucht erstochen hat und zwar nach einem schon vorher gefaßten vorbereiteten Plan.

Der Angeklagte Gallbierich ist von kleiner unscheinbarer Gestalt, mit wenig interessantem Gesichtsausdruck. Er zeigt sich äußerst gleichmütig. Seine Aussagen macht er mit weinerlicher Stimme. Er spricht mit einem stark polnischen Akzent.

Der Angeklagte Gallbierich ist von kleiner unscheinbarer Gestalt, mit wenig interessantem Gesichtsausdruck. Er zeigt sich äußerst gleichmütig. Seine Aussagen macht er mit weinerlicher Stimme.

ich zu der Frau Lorenz zurückgegangen und setzte mich in die Küche. Plötzlich sagte Frau Lorenz: da kommt Danisch. Da bin ich aufgesprungen und habe auf ihn eingestochen bis er umfiel und dann habe ich noch einige Male auf ihn eingestochen. — Vorj.: Sie sollen vorher gesagt haben: Danisch muß eine Leiche werden, er muß unter meinen Händen hin, der ist ein Kind des Todes! — Angekl.: Daran erinnere ich mich nicht. — Vorj.: Wir werden von Zeugen hören, daß Sie sogar das Messer vorher sorgsam geschliffen haben! — Angekl.: Ich schleife mein Messer sehr häufig. — Vorj.: Warum haben Sie denn nun den Danisch erstochen? — Angekl.: Das weiß ich selbst nicht. Wir waren doch sonst immer gute Freunde gewesen, nach am Tage vorher. — Vorj.: Sie sollen die Tat gut vorbereitet haben. Sie sollen sogar an Ihre eigenes Herz gefühlt haben, um den Stoß richtig führen zu können. Sie sollen, nachdem Sie bereits auf Danisch eingestochen hatten, ihn umarmt haben, und noch mehrere Stiche mit einem zweiten Messer geführt haben. Als Danisch umfiel, sollen Sie ihn wieder aufgehoben und gestutzt haben, ob er noch lebe. Und dann haben Sie weiter gestochen. Im ganzen haben Sie 22 Stiche ausgeführt. (Entsetzensrufe im Zuschauerraum.) — Angekl.: Wie oft ich gestochen habe, weiß ich nicht. — Vorj.: Sie sollen auch zu einer Frau gesagt haben, sie sei ebenso schlecht, denn sie habe den Danisch verborgen. — Angekl.: Das weiß ich nicht mehr. — Vorj.: Zum Orlschulgen Wagner haben Sie gesagt, Sie hätten ihn niedergestochen, weil er falsch gewöhnt hat. — Angekl.:

Ich habe mit der Wahl nichts zu tun gehabt und nie mit Danisch über die Wahl gesprochen. — Vorj.: Sie haben das aber dem Orlschulgen gesagt. — Angekl.: Ich weiß nur, daß Danisch am Abend nach der Wahl eine Schlägerei gehabt hat. Ich weiß überhaupt nicht, wie ich zu der Tat gekommen bin. Ich wollte den Danisch ja nur durchhauen. — Vorj.: Man hat doch aber niemanden mit einem Messer durch! — Hierauf wird das Urteil in dem Prozeß wegen Körperverletzung verlesen, das für die Beurteilung dieser Tat von Bedeutung ist. Es wird hierauf in die

Jugenernehmung eingetreten. Arbeiter Kunig, ein älterer Arbeiter, der mit dem Ermordeten zusammen wohnte und zusammen arbeitete, bekundet, daß der Angeklagte am Tage vor der Tat fürchterlich viel getrunken habe. Gallbierich habe überhaupt Schnaps literweise getrunken, bis er betäubungslos hinfiel. Am nächsten Vormittag sei der Angeklagte bejessener gewesen, „aber er stand doch wenigstens noch“. Der Zeuge weiß nichts davon, daß zwischen dem Angeklagten und dem Ermordeten ein Zwist bestand.

Von der Wahl sei nie die Rede gewesen. Außer dem Amtsvorsteher wisse niemand etwas davon. Der Ermordete habe patriotisch gemöhlt, wie er sagte, weil er Unteroffizier gewesen sei. Zeuge habe auch gewöhlt, wisse aber nicht wen. Er habe den Zettel, der ihm in die Hand gesteckt wurde, gar nicht angesehen. (Heiterkeit.)

Arbeiter Mengel wohnte auch mit Danisch und Gallbierich zusammen. Die beiden hätten sich am Sonntag beim Schnaps-trinken auf polnisch gekritten. Danisch habe den Angeklagten an die Kehle gepackt und zu Boden geworfen. Danisch sei, wenn er bejessener war, ein unausstehliches Individuum gewesen, während Gallbierich solange trank, bis er betäubungslos wurde und einschliefe. — Vorj.: Wissen Sie, daß Danisch und Gallbierich sich wegen der Wahl gestritten haben? — Zeuge: Nein. Sie waren immer gute Freunde und tranken sogar aus einer Flasche. — Staatsanw.: Wissen Sie etwas davon, daß Danisch am Tage der Wahl verhaunt wurde? — Zeuge: Davon habe ich nichts gehört.

Frau Lorenz, bei der Danisch und Gallbierich wohnten, bekundet, es sei nachts ein fürchterlicher Lärm auf der Straße gewesen, so daß alle nicht schlafen konnten. Der Angeklagte sei später mit einem Brotmesser heruntergekommen und sagte: Der Danisch sei ein Kind des Todes! Zeugin rief ihm das Messer weg, er rief aber: Ich frage ihn doch noch! Danisch ging am nächsten Morgen zur Arbeit, der Angeklagte wollte ihm nachlaufen, die Zeugin hielt ihn aber zurück und schloß die Zimmertür ab. — Vorj.: Mieten Sie ihn nicht von der Tat ab? — Zeugin: Ach immerfort, ich sagte: Das ist doch gegen das Gesetz, das darf man doch nicht machen. Er blieb aber den ganzen Tag bei mir sitzen, um den Danisch abzulauern, dann schloß er auf dem Stuhl ein. Als Danisch mittags nach Hause kam, sagte ich ihm, daß der Gallbierich ihn erstochen wolle. Danisch wollte ihm darauf einen Fußtritt geben, ich schob ihn aber zurück und schloß zu. Abends machte sich Danisch fertig zur Nachtschicht; der Angeklagte ging ihm nach, und gleich darauf hörte ich großen Lärm. Als ich herauslief, sah ich den Danisch am Boden liegen, der Angeklagte kniete auf ihm und rief: Weh! Du noch? — Vorj.: War der Angeklagte betrunken? — Zeugin: Sie waren beide nicht nüchtern. — Vorj.: War er so betrunken, daß er der Sinne nicht mächtig war? — Zeugin: Nein, er warke, was er tat. Wenn er betrunken war, lag er so da, daß er sich nicht rühren konnte. — Vorj.: Wo er sich von seinem Rocken nicht abbringen; wissen Sie weshalb? — Zeugin: Nein, sie waren immer gute Freunde. — Vorj.: War es etwa wegen der Reichstagswahl? — Zeugin: Das müßte Sie dem auf polnisch gesprochen haben, ich weiß aber nichts davon. — Staatsanw.: Der Angeklagte hat nachmittags geschlafen, da war er doch nüchtern geworden. — Zeugin: Ja, ein bißchen tauschig war er ja noch. (Heiterkeit.) — Auf die Frage des Sachverständigen gibt Zeugin an, daß der Angeklagte nach starkem Alkoholgenuß manchmal Krampfanfälle hatte. — Die kleine Tochter der Zeugin, Frieda Lorenz, sagt aus, daß der Angeklagte an einer Ofenbank das Messer geschliffen habe. Als Zeugin ihn fragte, weshalb? sagte er (Zeugin bricht in Weinen aus): Ich will es Dir sagen, komme nur nicht nahe, sonst mache ich Dich Zeit Deines Lebens unglücklich!

Zeuge Arbeiter Lorenz, bei dem Danisch und Gallbierich wohnten, bekundet, daß er gesehen habe, wie Danisch den sozialdemokratischen Stimmzettel in den Ofen steckte. Er glaube aber nicht, daß der Angeklagte diesen Vorgang gesehen, oder davon gewußt habe. Es sei ihm auch nichts von Streitigkeiten wegen der Wahlen zwischen diesen beiden bekannt geworden. — Vorj.: Danisch soll aber am Wahltage geschlagen worden sein. — Zeuge: Davon höre ich auch, selbst weiß ich aber nichts davon. — Frau Hiller bestätigt, daß der Angeklagte vorher immer schon gesprochen habe, er wolle den Danisch tot machen. Auf die Ermahnung der Frau Lorenz sagte er immer, das sei ihm egal, was mit ihm geschehe. Die Hauptfrage sei, daß Danisch tot wäre. Zeugin kam abends über den Hof und begegnete dem Danisch, ehe er noch grüßte. Gleich darauf sah sie, wie der Angeklagte auf Danisch zustürzte und auf ihn einschlug, gerade in die Gegend des Herzens, ohne daß er ein Wort sprach. Der Zeuge sagte ihm um den Hals und schrie erschreckt: „Alois, Du stichst mich ja!“ Der Angeklagte gab darauf dem Danisch noch einen Stich in den Hals. Dann sah Zeugin, wie Danisch hinfiel und der andere auf ihm kniete und mit dem Messer losmachte. Sie lief ins Haus und verriegelte die Haustür. Der Angeklagte wollte folgen, rüttelte an dem Schloß und rief: „Wenn ich hineinkomme, stehe ich alle nieder!“ Zeuge Arbeiter Hiller weiß nur, daß der Angeklagte mit dem Erstochenen hin und wieder einen kleinen Zwist hatte, aber nicht ernstlicher Art. Danisch sagte öfter: „Ich bin Polizeiergeant und Du bist bloß Gemeiner!“ Sonst waren beide aber Freunde. — Vorj.: Wissen Sie etwas von einem Streit bei der Reichstagswahl? — Zeuge: Davon habe ich keine Ahnung. — Schmiedemeister Rheinlein bekundet über die Festnahme des Angeklagten nach der Tat. Der Angeklagte kam ganz gelassen mit den Händen in den Hosentaschen an und nannte einen anderen als den Messerstecher. „Ich habe ihm nur eins in die Treife ge-

„Schlagen“, sagte er. Er wurde dann zum Ortschaftsfulgen gebracht. Dieser fragte, warum er den Danisch tot gestochen habe? Darauf sagte der Angeklagte:

„Er hat falsch gewählt!“

(Bewegung). Zeuge befandte weiter, daß der Angeklagte ein ganz freches Benehmen an den Tag gelegt hat. Als er ihn an die Leiche führte, tat er so, als ob er ganz unbeteiligt wäre. Er rief: „Ach, lieber Paul, wer hat Dir das getan?“ Als sich so viele Leute angeammelt hatten, sagte der Angeklagte: „Es könnte mir jeder 2 Pfennige geben, dann hätte ich schönen Schnaps.“ (Lachen im Publikum.) Der Vorsitzende rügt dies.

Hierauf tritt die Mittagspause ein. In der Nachmittags-Sitzung befandte Gastwirt Reize, daß er auch hörte, wie der Angeklagte auf die Frage des Ortschaftsfulgen, weshalb er den Mann erstochen habe, sagte: Er hat ja falsch gewählt. Am Wahlabend sei Danisch zu ihm gekommen — er war ziemlich angekränkt — und erzählte, daß er vorher aus dem Lokal von Heinz hinausgewiesen worden sei, weil er patriotische Lieder gesungen, und ein Hoch auf Kaiser und Reich ausgebracht habe; auch habe man ihn verbrügel. — Mehrere Zeugen befanden dasselbe.

Zeuge Ortschaftsfulge Wagner besinnt sich nicht mehr, ob der Angeklagte zu ihm gesagt habe, er habe die Tat begangen, weil der andere falsch gewählt habe. Von einem Streit zwischen den beiden könne er auch nichts sagen. — Vors.: Dann können Sie also auch über die patriotische Haltung des Danisch und über die Gründe für die Tat nichts angeben? — Zeuge: Nein, weiter nichts. Aber am Wahlabend erschien Danisch bei mir, der etwas angekränkt schien und stellte sich als pensionierter Schulmann vor. Er sagte, ich möchte doch in das Lokal von Heinz mitkommen; er habe dort den Kaiser hoch leben lassen und patriotische Lieder gesungen und sei darauf verprügelt worden. Ich möchte die Namen feststellen. Ich erwiderte, daß ich Heinz als sehr anständigen Mann kenne, der, wenn er sich an ihn wende, schon das Weitere veranlassen würde.

Wendarm Gennert war an dem Tage selbst krank und weiß persönlich nichts. Er hörte nur, daß die beiden schon morgens früh betrunken waren. Zeuge hat auch die Vermutung (1), daß die Politik bei dieser Sache mit hinein gespielt habe (1). Denn der Logistwirt der beiden Lorenz, habe den Danisch in eine sozialdemokratische Versammlung geschleppt, trotzdem er wußte, daß dieser patriotisch gesinnt sei. Offenbar habe er ihn befehlen wollen.

Die Frau des Vorzeugen erklärt, am 28. Januar, dem Morgens, sei Danisch nachmittags in ihrer Wohnung gewesen, und fragte nach ihrem Mann, der krank im Bette lag. Er sagte, er habe Streit mit einem Arbeitskollegen gehabt, und dieser habe gedroht, ihn zu erschlagen. Da er gehört habe, daß der Arbeitskollege wegen Körperverletzung bestraft sei, möchte er den Wachtmeister bitten, mal dort hinzukommen und nachzusehen. Er möchte aber nicht, daß der Mann direkt angezeigt werde, weil es sein Landsmann sei. Die Zeugin machte ihm deshalb Vorhaltung, wozu denn der Wendarm hinfommen sollte, wenn es sich nicht um eine Anzeige handele.

Zeuge Gastwirt Heinz befandte, Danisch und der Angeklagte verkehrten oft bei ihm, beide waren starke Trinker. Er hatte sehr oft Veranlassung, sie hinauszuführen. Danisch war lebhafter, während der Angeklagte, wenn er betrunken war, einfach unter den Tisch fiel. Am 25. Januar, dem Wahltage, sei Danisch von ihm wieder hinausgeworfen worden. Als Zeuge vom Wahllokal nach Hause kam, hörte er schon großen Lärm, er merkte, daß Danisch da war. Beim Eintreten sagte er deshalb zu diesem: Du hast ja wieder die große Presse! Er wollte ihn hinausbringen, aber die Gäste sagten: Laß doch, er macht ja nichts. Er begann dann Ringkämpfe zu inszenieren und mit den Gästen Kraftübungen zu machen. Dabei verursachte er so viel Lärm, daß er ihm schließlich hinausbrachte. — Vors.: Daß soll geschehen sein, weil Danisch patriotische Lieder sang, und den Kaiser hoch leben ließe. — Zeuge: Davon habe ich nichts gehört. Ich bin doch nicht der Mann, der jemanden hinausbringt, wenn er meinen Kaiser hochleben läßt. — Vors.: Sie vielleicht nicht, aber die anderen Gäste könnten es vielleicht veranlassen haben, weil sie sich ärgerten. — Zeuge: Dann hätte ich eher die anderen hinausgeworfen, das können Sie mir glauben. Den Danisch habe ich übrigens mindestens 50 mal hinausgeworfen. Am Tage vor dem Ereignis kam er nachts um 1/2 Uhr zu mir nach Schnaps holen und sagte: Jetzt habe ich den Fleischer (damit meinte er den Angeklagten) mal tüchtig verhalten. Ein anwesender Arbeiter, der das Wort sagte: Dann mußt Du auch mal verhalten werden! Darauf erwiderte Danisch: Im Namen des Gesetzes verhafte ich Sie, ich bin pensionierter Schulmann. Ich warf ihn darauf hinaus. Eine Viertelstunde später kam er mit dem Nachwächter, und behauptete, verhalten worden zu sein. Am nächsten Nachmittag kam er zu mir und sagte, er habe einen Wendarm zur Hilfe holen wollen, aber keinen bekommen. Er trank dann noch einige Schnäpse, kaum hatte er mich darauf verlassen, als ich zur Hilfe gerufen wurde, weil man den Danisch erschossen hätte.

Zeuge glaubt, daß der Ortschaftsfulge zu dem Angeklagten, als er ihm vorgeführt wurde, gesagt habe: „Das ist doch nur wegen der Wahl gewesen!“ und daß der Angeklagte dies bestritten habe. Zeuge glaubt nicht, daß die Äußerung gefallen sei: „Der hat ja falsch gewählt!“

Ein Obersteiger, unter dem der Ermordete arbeitete, befandte, daß Danisch nachmittags zu ihm kam und sagte, er müsse aufhören und könne heute nicht arbeiten, da er Kaisers Geburtstag gefeiert habe. Er forderte 3 M. Vorschuß. Zeuge stellt dem Toten das Zeugnis aus, daß er stets anständig gewesen sei und seinen Dienst gut versehen habe. — Vors.: Hat er sich vielleicht wegen seiner patriotischen Haltung den Haß der Arbeitskollegen zugezogen? — Zeuge: Das weiß ich nicht, ich habe mich mit den Leuten nicht so abgegeben. —

Zeugin Frau Richter beobachtete am 25. Januar abends vor dem Lokal von Heinz eine Schlägerei zwischen Danisch und mehreren anderen. Als sie hinzukam, fragte sie den ihr bekannten Arbeiter Matthe, wer den Danisch geschlagen habe. Matthe sagte: Ich habe nicht geschlagen. Danisch lag auf der Erde, ich half ihn auf und nachher beschuldigte er mich noch, daß ich ihm Geld genommen habe. Son Politik hat Zeugin bei dieser Angelegenheit nichts sprechen hören. —

Arbeiter Fricke verweigert die Aussage darüber, ob er einer von denen gewesen sei, die den Danisch in dem Lokal von Heinz geschlagen hätten. Gegen ihn und gegen den Arbeiter Matthe schwebt ein Verfahren wegen Körperverletzung in dieser Sache. Im übrigen bestritt Zeuge, daß Danisch am 25. Januar wegen patriotischer Reden hinausgewiesen wurde. Danisch habe sich unanständig betragen und sich mit allen möglichen Leuten herumgerungen. —

Zeuge Lorenz gibt zu, den Danisch mit in eine sozialdemokratische Versammlung genommen zu haben. Er habe aber nicht gehört, daß Danisch sich mit dem Angeklagten über Politik geäußert habe, obwohl er wisse, daß beide verschiedene Ansichten hatten. —

Der Zeuge Leopold Kofig und dessen Ehefrau aus Kottowitz, bei denen der Angeklagte 1 1/2 Jahre in Logis und Kofig war, befanden, daß der Angeklagte sehr viel getrunken habe. Wenn er stark trank, hatte er oft Krämpfe, in einer Nacht viermal. In der Zeit, wo er bei ihnen wohnte, habe er mindestens zwanzigmal Krämpfe gehabt.

Es folgen die

Gutachten.

Sanitätsrat Dr. Börner befandte, daß nach seiner Beobachtung Galbierich über den zeitigen Durchschnittpolnische Arbeiter hinausbrachte. — Dr. med. Kunze-Kottowitz gibt an, daß der Angeklagte in den Jahren 1904—1906 zweimal im dortigen Krankenhaus

wegen Epilepsie

behandelt wurde. Das letzte Mal mußte er entlassen werden, weil er sich am Abend Schnaps holte, sich betrank und dann rannte. Der Sachverständige kann aber nicht angeben, ob wirklich in der Zeit epileptische Anfälle vorkamen, da das Krankenjournal darüber keine Auskunft gebe. Er könne überhaupt kein Gutachten über den Geisteszustand abgeben, da er Chirurg sei. Nervenarzt Dr. Feilich-Dessau gibt an: Zurzeit liege eine geistige Störung beim Angeklagten nicht vor. Was seinen Zustand zur Zeit der Tat anbetreffe, so muß zugegeben werden, daß bei Epilepsie Anfälle vorkommen können, sogenannte Dämmerzustände, die die freie Willensbestimmung ganz oder teilweise aufheben. Er könne nicht mit absoluter Sicherheit behaupten, daß Epilepsie vorliege. Es könne sich auch bei den Krampfanfällen um Reizzustände infolge von Alkoholismus gehandelt haben. Die von den Zeugen geschilderten Anfälle entsprechen ja ziemlich dem Bilde der Epilepsie, aber es handele sich um die Beobachtung von Laien, da sei immerhin ein Irrtum möglich. Ein Dämmerzustand würde aber der Umgebung aufgefallen sein. Die von den Zeugen befundenen Vorgänge fallen durchaus nicht sämtlich in den Rahmen des Dämmerzustandes. Denn es auffällig, daß der Angeklagte sich verschiedener Umstände erinnert, anderer Umstände aber, die ihm ungünstig sind, sich nicht erinnert. Alles dies lasse ihn schwer dazu kommen, einen Dämmerzustand zur Zeit der Tat anzunehmen. Auch die Alkoholverwirkung möchte er relativ recht gering anschlagen. Der Angeklagte habe am Nachmittag höchstens 1 1/2 Liter Schnaps getrunken, in Anbetracht dessen aber, was er vertrage, könne dies nicht als übermäßig großes Quantum gelten. Es sei also kein genügender Grund vorhanden, einen epileptischen Dämmerzustand anzunehmen.

Verteidiger Acher hält den Sachverständigen entgegen, was Professor Weiphol sagt, daß namentlich Laien die Kranken in diesem Zustande häufig nicht auffallen. Dies stehe wohl im Widerspruch mit dem Gutachten. — Sachverständiger: Die Handlung des Angeklagten mache in hohem Grade den Eindruck von bewußten Handlungen. Auf eine weitere Frage des Verteidigers äußert sich der Sachverständige dahin, daß auch die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten infolge der Alkoholverwirkung nicht wesentlich gemindert sein könne. — Medizinalrat Dr. Berner befandte, daß auch ihm nichts aufgefallen sei, was für den Dämmerzustand spreche. Eher das Gegenteil. Es kommen viel zu viel bewußte Handlungen in der ganzen Sache vor. Der Angeklagte habe vom frühen Morgen an so zielbewußt seinen Plan verfolgt, daß von einem Dämmerzustand keine Rede sein könne. Es tritt eine kurze Pause ein. — Nach der Pause ergriff

Erster Staatsanwalt Buerker

das Wort zu seinem Plaidoyer: Er verweist auf die Schwere des Verbrechens und ersucht die Geschworenen, sich zur Beurteilung von Vorfall und Ueberlegung bei der Tat den gesamten Tatbestand zu vergegenwärtigen. Der Angeklagte ist ein Mensch, der im Verhältnis zu seiner Umgebung als intelligent zu bezeichnen ist. Im allgemeinen mag es ja zwischen Danisch und Galbierich etw. freundschaftlich gegangen sein; aber was zwischen den beiden wirklich vorgekommen ist, läßt sich schwer beurteilen, da sie in solchen Fällen polnisch sprachen. Der Angeklagte wurde öffentlich als Messerheld und Justizhausbruder hingestellt. Er ist aber nicht über seine Areife hinaus gewalttätig. Die heutige Verhandlung hat nicht völlige Klarheit über die Motive geschaffen, aber man ist ja da auf Schlüsse angewiesen. Der Angeklagte selbst bestreitet ja sogar den Vorfall der Tötung. Es steht fest, daß am Tage der Wahl Danisch Schläge bekam; man kann aber nicht genau sagen, aus welchen Gründen. Der Wirt Heinz sagt, er wisse es nicht, daß Danisch von den Zeugen wegen seiner patriotischen Gesinnung hinausgeworfen wurde. Die Zeugen selbst kommen als Mittäter in Betracht; von ihnen erhalten wir keinen Aufschluß. Der Ermordete kann nicht auftreten, er sagte, er habe patriotische Lieder gesungen und wurde dafür hinausgeworfen. Dazu kommt der Ausspruch des Angeklagten hinzu: Er habe es getan, weil Danisch schlecht gewählt hat. Es kommt noch ein Liedlein hinzu, das der Angeklagte nach der Verhaftung gesungen hat. Hier im Kreise war der Wahlkampf besonders heftig. Im Mittelpunkt desselben stand der Führer der Liberalen, Rechtsanwält Cohn. Ist es da Zufall, daß der Angeklagte bei der Verhaftung das Lied vom „Meinen Cohn“ anstimmte? (Beifall.) Der Ermordete machte auch kein Hehl aus seiner patriotischen Gesinnung. Wenn Sie nun berücksichtigen, daß die kleine Rempelei, die zwischen den beiden am Tage vorher stattfand, seinen Grund für solche blutige Tat abgibt, so bleibt der Schluß sehr berechtigt, daß der Angeklagte einen tiefen Haß im Herzen hatte, den er mit den Worten ausdrückte: „Der Mann hat falsch gewählt.“ Ueber die Motive haben Sie nicht zu entscheiden; es genügt, daß Sie den Vorfall und die Ueberlegung bejahen. Der Angeklagte selbst will von der kleinen Rempelei gar nichts gewußt haben. Da liegt doch der Schluß nahe, daß aus diesem Vorgang allein der Angeklagte nicht zu dem Entschlusse, zu töten, kam. Er ging mit der fertigen Idee hinunter und brachte ja auch zu Frau Lorenz das Messer mit. Aus der Äußerung zu Frau Lorenz geht hervor, daß er den vollen Tötungsplan hatte. Der Staatsanwalt geht dann auf die Einzelheiten ein und sagt zum Schlusse: Es kann kein Zweifel sein, daß der Angeklagte die Tat mit Vorfall und Ueberlegung ausführte. Es ist möglich, daß er nachher blind zustief, aber die beiden ersten tödlichen Stiche in Herz und Hals wurden mit kaltem Blute vollführt. Deshalb müssen Sie die Schuldfrage in vollem Umfange bejahen.

Verteidiger Acher,

der in später Abendstunde das Wort nimmt, führt aus: Die Tat rief um so größere Entrüstung hervor, als es hieß, daß der politische Kampf derartige Folgen zeitige. Die heutige Verhandlung ergab aber ein ganz anderes Bild. Die Tat sei ja entsetzlich, aber als Richter müsse man mit kühler Ruhe urteilen. Der Verteidiger verweist auf den enormen Alkoholgenuß des Angeklagten und seine Krampfanfälle. Er habe unter dem Einfluß des Alkohols gehandelt und sei als Epileptiker mindertwertiger Natur.

Die Geschworenen bejahen die Schuldfrage auf Nord. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zum Tode.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Kommissionsverlag von J. O. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Der Schutz der Deutschen in Frankreich 1870 und 1871. Briefwechsel des außerordentlichen Gesandten der Vereinigten Staaten für Frankreich E. V. Washburne in Paris vom 17. Juli 1870 bis zum 20. Juni 1871. Aus den diplomatischen Akten der Regierung der Vereinigten Staaten. Ausgewählt, überfetzt und mit einer Einleitung versehen von Adolf Hepner. Preis broschiert 2,40 M., gebunden 3 M.

Der den älteren Parteimitgliedern aus dem Leipziger Hochverratsprozeß bekannte Genosse Adolf Hepner, der früher nach Amerika ausgewandert und in St. Louis eine zweite Heimat fand, unternahm die Herausgabe des oben angezeigten Briefwechsels, um seinerseits „ein Scherlein beizutragen zur Förderung eines herzlichen Einverständnisses zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten und zur Erhaltung des allgemeinen Völkervertragens“.

Die Norddeutsche Bundesregierung hatte bekanntlich während des deutsch-französischen Krieges die in Frankreich lebenden deutschen Bundesangehörigen unter den Schutz der Vertretung der Vereinigten Staaten gestellt. Durch die Belagerung von Paris erwuchsen dem amerikanischen Gesandten außerordentlich schwierige Aufgaben, die sehr anschaulich in dem vorliegenden Briefwechsel mit den französischen und deutschen Behörden geschildert werden. Washburne hat unbestimmt um die ihm drohenden persönlichen Gefahren und

Unannehmlichkeiten zwölf Monate hindurch tapfer seines Amtes gewaltet, so daß alle Beteiligten ihm großen Dank schulden. Da es sich um wesentlichen um den Schutz der in Paris zurückgebliebenen deutschen Arbeiter handelt, so dürften recht viele Kreise für Hepners anregendes und lesenswertes Buch Interesse fassen.

Vom Fortschritt der Presse.

Aus Eiberfeld wird uns zur Ergänzung unserer kürzlichen Notiz über den Abonnentenzuwachs des hiesigen Parteiblattes geschrieben: Für die „Freie Presse“ unternahmen die Genossen am Sonntag wiederum eine Hausagitation. Erfolg: 1850 Abonnenten. Seit dem Beginn der Wahlbewegung hat die „Freie Presse“ rund 8000 Abonnenten gewonnen, davon annähernd 5000 nach der Stichwahl.

Die Parteigenossen in Frankfurt a. M. entfalten in den letzten Wochen eine intensive Hausagitation für die „Vollstimme“. Der Erfolg blieb nicht aus: 2700 Abonnenten wurden gewonnen. Die Auflage der „Vollstimme“ stieg auf 32900. Das ist die Antwort der Frankfurter Arbeiterschaft auf den Ausfall der Reichstagswahl.

Die „Fränkische Volkstribüne“, ein Kopfblatt der Räte- und „Fränkischen Tagespost“, das in mehreren fränkischen Wahlkreisen vertreten ist, hat während des Wahlkampfes an 1000 Abonnenten gewonnen, so daß die Gesamtanfrage 5400 Stück ausmacht. Der Hauptzuwachs an neuen Lesern stammt aus dem Wahlkreis Wagram. Kein anderes Blatt dieses Wahlkreises hat eine gleich hohe Auflage wie die „Volkstribüne“ aufzuweisen.

Von den Organisationen. Für den Sozialdemokratischen Verein Eiberfeld-Varmen wurden an den beiden letzten Sonntagen durch Hausagitation annähernd 300 Mitglieder gewonnen.

Zum Fall Bernhard hat sich ein Teil der Parteipresse geäußert: — Die „Leipz. Volkszeitung“ schrieb: „Damit hat Herr Bernhard sich selber außerhalb der Partei gestellt und der Partei bleibt nur noch übrig das auszusprechen, was ist, nämlich, daß Herr Bernhard nicht mehr Mitglied der Sozialdemokratie ist... Herr Bernhard... scheint zu glauben, die Parteinstellen existieren bloß für die „Proleten“, ein so feiner Herr, wie er ist, braucht sich nicht an sie zu halten... Herr Bernhard hat es seit Jahren, wie es scheint, darauf abgesehen, aus der Partei auszufallen zu werden. Er glaubt wahrscheinlich, das Interesse der Berliner Bourgeoisie würde dann für seine erhebliche Persönlichkeit noch größer werden; denn etwas anderes als Bekanntheit treibt diesen Mann nicht. Man erfülle also seinen Wunsch und beiden Seiten wird geholfen sein.“

Das „Sächsische Volksblatt“ zu Zwickau: „Bernhard, der seit 1903, wo er auf dem Parteitag die bekannte Madamacherolle spielte, nicht wieder in das alte Verhältnis zu unserer Partei getreten ist, wird nunmehr wohl selbst einsehen, daß für ihn kein Platz mehr in der Partei ist. Er wird austreten müssen, will er es auf einen Ausbruch nicht erst antommen lassen.“

Das „Norddeutsche Volksblatt“ zu Vant-Wilhelmshaven, am Schluß eines Artikels, der die Bernhardschen Äußerungen in der „Welt am Montag“ und die Anmerkungen des „Vorwärts“ dazu wiedergibt: „Wir sind sicher, daß ein solchlicher Arbeiter, der als Parteigenosse seine Verhewerben über sein Parteiblatt in der bürgerlichen Presse vorbringen und in der bürgerlichen Presse unsere Partei berast angreifen würde, wie es Bernhard in der „Welt am Montag“ tut und in der Berliner „Volkszeitung“ getan hat, von seinen Parteigenossen keine drei Tage gebuldet würde und mit Recht... Was aber sollte der Herr Literat Bernhard vor einem Arbeiter voraus haben. Zweierlei Genossen gibt es nicht und eine solche Einrichtung werden wir uns auch niemals in die Organisation hineinrebieren lassen...“

Die „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund: „Wir erklären hiermit: wenn ein Arbeiter nur den hundertsten Teil dessen gegen die Partei verübt hätte, was hier Bernhard verübt, so würde er ohne jedes Federlesen mit Schimpf und Schande aus der Partei gejagt werden! Soll bei uns etwa zweierlei Recht gelten? Was Bernhard tut, ist keine bloße Parteischädigung mehr, sondern direkter Parteiverrat! Wir wollen und wir müssen diesem Treiben nun endlich einmal einen Riegel vorschieben! So geht es nicht weiter! Bernhard ist es wirklich nicht wert, daß wir seinewegen in diesem Augenblick wieder in einen Parteistandal hineingeraten. Darum: hinaus mit diesem Menschen aus der Partei — lieber heute als morgen!“

Die „Norddeutsche Volksstimme“ zu Bremerhaven hat sich die Äußerung der „Leipz. Volkszeitung“ zu eigen gemacht.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ drückt die oben wiedergegebenen Zellen des Dortmundener Parteiblattes ab und setzt hinzu: „Wir wiederholen, daß wir der „Arbeiter-Ztg.“ durchaus zustimmen. Ein ernstliches Vorgehen gegen einen derartigen Parteischädling wird das Gute haben, daß andere recht deutlich merken, was die Glocke geschlagen hat.“

Der Kassatter Denkmalsfonds. Man schreibt uns aus Baden: Da die Zeit der Märzfeiern naht und unsere Genossen dabei wieder der Freiheitskämpfer aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts gedenken, mögen sie daran erinnert werden, daß in Kassel ein Denkmal für die dort begrabenen Opfer des Standrechts sich erhebt. Die Mittel zur Unterhaltung dieser historischen Grabstätte werden aus einem Fonds bestritten, der von einem aus Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten zusammengesetzten Ausschuss verwaltet wird. Eine Personalveränderung ist dabei in letzter Zeit eingetreten: an Stelle des verstorbenen Dreesebach ist Genosse Wiltz als Koopiert worden. Die Mittel dieses Fonds, den Herr Franz Peter in Wätern verwaltet, bestehen in einem Bankguthaben an die dortige Sparkasse in der Höhe von 984,18 M., verzinstlich zu 3 1/2 Proz. Von einem Teil dieser Zinsen sind im vorigen Jahre Forderungen von 17,75 M. für gärtnerische Arbeit und Kranzgebende beglichen worden. Wenn die Parteigenossen Veranlassung finden, diesem noch recht bescheidenen Fonds etwas zuzuwenden, genügt die oben bezeichnete Adresse der Verwaltung in Wätern (Baden). Die bürgerliche Demokratie im Wilhelmsland unserer Tage hat für die Erinnerung an die Freiheitskämpfer doch nichts übrig.

Johann Kasse wird gebeten, seine Adresse an seinen Stiefvater Ferdinand Holzendorf, 1437 Washington Avenue, Alleghany, U. St. America, aufzugeben.

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns hält am 31. März, 1. und 2. April (während den Osterfeiertagen) ihren 14. Parteitag mit folgender provisorischer Tagesordnung ab: 1. Bericht der Parteileitung; 2. Bericht der Kontrollkommission; 3. Der Kampf für das allgemeine Wahlrecht; 4. Die Sozialpolitik der Regierung; a) Das Streikrecht, b) Das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz; 5. Parteilagitation und Parteipresse; 6. Gemeindepolitik; 7. Der internationale Kongress im Jahre 1907. 8. Wahl der Parteileitung; 9. Anträge.

Die belgische Arbeiterpartei zählt jetzt 124.518 einzelne Mitglieder. Es sind das 7000 mehr als im Vorjahre. Im laufenden Jahre hofft die Partei noch größere Fortschritte zu machen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Strasfante der Presse. Zu den letzten Verurteilungen zu Eiberfeld wird uns noch geschrieben:

Ein scharfer Wind weht zurzeit wieder an der Eiberfelder Strafkammer. Nachdem am 21. d. M. die Genossen Deifel von der Bergischen Arbeiterstimme und Gräb von der „Wemfelder Arbeiterzeitung“ zu zwei Monaten drei Wochen bezw. zu einem Monat Gefängnis wegen Verleumdung eines Richters und eines Anwaltes verurteilt worden, erhielt am 23. d. M. Gerolle Eberte von der „Freien Presse“

300 M. Geldstrafe wegen Verleumdung des Herausgebers und Redakteurs der „Vergl.-Wirt. Zeitung“ Barmeister subskribiert. Das letzte Urteil ist besonders bemerkenswert. Barmeister drückt in seiner Zeitung mit Vorliebe die Reichsverbandslagen über die Sozialdemokratie ab, wofür ihm dann einmal von der „Freien Presse“ die gebührende Achtung zuteil wurde. B. strengte Privatverleumdungsklage an, doch in der ersten Verhandlung am Schöffengericht war der moralisch Beurteilte der Barmeister; Oberle erhielt wegen formeller Verleumdung 20 M. Geldstrafe. Die Strafkammer erhöhte aber die Strafe auf 300 M. Die Begründung des Urteils ist sehr beachtend. In der Bekämpfung der Sozialdemokratie habe Barmeister sich besonders hervorgetan. Wenn das Berufungsgericht trotzdem nicht der jetzt üblichen Praxis gefolgt sei, die bei Privatverleumdungsprozessen in erster Instanz auf Geldstrafe lautenden Urteile in Gefängnisstrafe umzuwandeln, so nur aus dem Grunde, weil es sich um eine Preßsache handele. Ferner stelle das Gericht den merkwürdigen Grund auf, B. habe durchaus nichts Unrechtes getan, wenn er aus Artikeln einige Sätze, die ihm besonders zweckmäßig erschienen, veröffentlichte. In der Unterschlagung zu bezichtigen, weil er nicht den fraglichen Abschnitt des Artikels ganz gebracht, sei eine „schwere Verleumdung“ und deshalb die hohe Geldstrafe.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage einen Gesetzentwurf betreffend den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes, sowie einen Gesetzentwurf betreffend die Haus- und Heimarbeiter und die Hausgewerbetreibenden und einen Änderungsantrag zu den §§ 105 und 133 der Gewerbeordnung und 74, 75, 76 des Handelsgesetzbuches eingebracht. — Andere Anträge der Fraktion erstreben Neueinleitung der Wahlkreise unter Einführung des Proporzwahlrechts, des Frauenwahlrechts und der dreijährigen Legislaturperioden, ferner Regelung der Verhältnisse der Privatbeamten.

Die Freisinnigen haben Anträge eingebracht, die bezwecken: Regelung des Strafvollzugs, Veseitigung des Zeugniszwanges gegen die Presse und andere Verbesserungen für die Justizreform anzuregen; Neuregelung der Bezüge der Reichsangehörigen; Regelung des Submissionsverfahrens; Wahlrechtsreform; Erhöhung der Beihilfen an Kriegsteilnehmer; Ministerverantwortlichkeitsgesetz; Vereinfachung des Wechselrechts; Einführung von Arbeitskammern für die in der Industrie und in Bergwerken beschäftigten Arbeiter; Verringerung des Krankenversicherungsbeitrages (Veseitigung der „gegenwärtigen Verschärfung“ usw.); Einfügungen in die Strafprozessordnung §§ 52 und 111 (zum Zweck verbesserter Schutzes der Abgeordnetenimmunität); Schaffung eines Reichsvereins- und Verbandswahlrechts; Verstärkung des Schutzes des Koalitionsrechts.

Ein Antrag Hieber beschäftigt sich mit Wohnungsreform, ein Antrag Dye mit der Hausindustrie (Heimarbeit), ein Antrag v. Balthasar mit der Volkvertretung in den Bundesstaaten, ein Antrag Bed mit dem unlauteren Wettbewerb, ein Antrag Schönach-Carolath mit dem Automobilverkehr und ein Antrag Oriola mit den Beihilfen für Kriegsteilnehmer.

Soziales.

Warnung vor Anlockungen nach Südamerika.

Offpreussische Landarbeiter zur Auswanderung nach Südamerika gesucht werden dieser Tage in Königsberger bürgerlichen Zeitungen von einem Dr. Rose, der in einem Hotel täglich eine Anzahl sich bei ihm meldender Familien anwirbt, trotzdem er in den Inseraten nur 1 bis 2 tätige Maurer oder Landarbeiterfamilien bei freier Reise, hohem Lohn und Deputat zur sofortigen Abreise nach Südamerika (Montevideo) sucht. Von den zahlreichen Familien, die sich jetzt in der arbeitslosen Zeit durch die vielversprechenden Inserate verleiten lassen, mit dem Herrn Dr. Rose in Verbindung zu treten, sind denn doch verschiedene juristisch, nachdem sie den ihnen eingehändigten Kontrakt durchgesehen haben. Und in der Tat, verkauft und verraten, der Not und der Sklaverei überliefert ist derjenige sicher, der auf diesen Betrug hin die Reise nach Amerika antritt.

In diesem Kontrakt wird der Direktor der Granja Modelo Santiago den Montevideo als Arbeitgeber bezeichnet. Der sich bei ihm bewerbende Maurer oder Landarbeiter verpflichtet sich, am 1. April 1907 mit seiner Familie in den Dienst der Granja Modelo zu treten und alle ihm erteilten Aufträge gewissenhaft auszuführen. Die Frau verpflichtet sich, täglich morgens und abends zu melken, und falls sie verhindert ist, eine geeignete Person als Ersatz zu stellen. Dafür erhält sie monatlich 3 M.

Der Arbeitnehmer verpflichtet sich außerdem noch einen Scharwerker zu stellen.

In Bezug auf Arbeitszeit und Arbeitsordnung bleibt der Arbeitnehmer vollständig im unklaren und das ist bezeichnend. Denn diese Bestimmungen, heißt es im Kontrakt, werden erst an Ort und Stelle von der Granja Modelo erteilt. Aber Strafen wegen Dienstvergehen sind bereits im Kontrakt für jeden Fall, Verspätung, Versäumnis und dergleichen mit einer Mark vorgesehen.

Lohn und Deputat ist, nach amerikanischen Verhältnissen gerechnet, äußerst gering.

Der schwerwiegendste Punkt dieses Vertrages aber, der geeignet ist, den hübschgelockten Arbeitnehmern in der neuen Welt auch an die schlechteste, unerträglichste Arbeitsstelle wie einen gelaufenen Sklaven festzuhalten, ist folgender:

Dieser Vertrag wird auf drei Jahre abgeschlossen. Die Arbeitnehmer erhalten die Ueberschusskosten mit Zwischenbed von Hamburg oder Bremen nach Montevideo vergütet, sind aber verpflichtet, falls sie den Kontrakt nicht ausüben, dieselben zurückzuzahlen.

Als Sicherheit darf der Arbeitgeber 20 Proz. des Lohnes bis zur Höhe der Reisekosten einbehalten und die sämtlichen Sachen des Arbeitnehmers mit Beschlagnahme belegen.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Dr. Rose nicht nur in Ostpreußen, sondern auch in anderen Landesteilen aufzulaufen wird, um Handwerker und Landarbeiterfamilien für südamerikanische Ausbeuter anzuwerben. Es sei daher vor ihm gewarnt. Nicht im Interesse der ostpreussischen Junker, die sich durch bessere Behandlung ihrer Arbeiter selbst vor Verlusten schützen können, sondern weil wir wissen, welches Los die ländlichen Auswanderer drüben erwartet, die sich auf solch einen Kontrakt festlegen.

Für den Charakter der kapitalistischen Zeitungen ist es übrigens bezeichnend, daß sie im redaktionellen Teil sich fortgesetzt über die Abwanderung der Landarbeiter nach dem Westen entrüsten, ja sogar die Verhinderung der Freizügigkeit empfehlen. In ihrem Interentell aber findet man täglich Annoncen, in denen Arbeiterfamilien und Dienstmädchen aus ihrer Heimat, in der es ihnen ja nach diesen Blättern durchaus gut gehen soll, fortgelockt werden.

Gewerkchaftliches.

Ein „Christlicher“ Verrat in Berlin.

Die „Christlichen“ sind auch in Berlin wieder an der Arbeit, ihren Kollegen in den Städten zu fallen. Hier sind es die Dachdeckerergesellen, die Sonderverträge zum Nachteil der Zentralorganisierten mit den Unternehmern abzuschließen im Begriff stehen. Eine gemeinsame Sitzung der drei Kommissionen — des Zentralverbandes, des christlichen Verbandes und des Arbeitgeberverbandes — beschlossene sich

seinerzeit mit den Neuforderungen der Arbeitnehmer im Dachdeckerergewerbe Groß-Berlins. Die „Christlichen“ hatten, wie gewöhnlich, bereits eine geringere Lohnforderung, nämlich 85 Pf. Minimalstundenlohn neben der achtstündigen Arbeitszeit aufgestellt, während die Zentralorganisierten 90 Pf. forderten. Die Kommission des neugegründeten Arbeitgeberverbandes wies nun eine Mitgliederzahl von 15 Personen auf, während die beiden anderen nur je 5 Mitglieder zählten. Wegen dieser ungleichen Vertretung protestierten die Mitglieder des Zentralverbandes und verlangten eine gleich große Mitgliederzahl von 15 Personen stellen zu können; ein Verlangen, dem jedoch von Unternehmenseite nicht entsprochen wurde. Als nun die zentralorganisierten Arbeiter ihre Vorschläge der Meister zur Verbeiführung einer neuen Vereinbarung zu hören wünschten, lehnten diese solches ab mit dem Verlangen, die Gesellen möchten zuerst solche machen. Diese erklärten darauf, daß auch sie dann keine Veranlassung hätten, aus ihrer Reserve hervorzutreten und verließen auf Veranlassung der Meister das Verhandlungslokal. — Nachdem nun bereits früher eine Versammlung der Arbeitgeber alle Forderungen als nicht annehmbar abgelehnt hatte, sind die Verhandlungen vorläufig als vollständig gescheitert zu betrachten.

Doch nun begannen die Verhandlungen mit den „Christlichen“, und diese ließen sich bald bereit finden, einem neuen Vorschlage der Unternehmer zuzustimmen, der folgendes besagt:

„Erreichen die Maurer und Zimmerer eine Erhöhung des Minimalstundenlohnes und eine Verkürzung der Arbeitszeit, so werden diese günstigen Bedingungen auch den christlich organisierten Dachdeckerergesellen eingeräumt.“

Vorbekanntlich der Zustimmung der beiderseitigen Generalversammlungen sollen diese Vereinbarungen nach Ablauf des bestehenden Vertrages in Kraft treten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die „Christlichen“ dem ersten Schritt zum Verrat weitere folgen lassen und nach dem wenig rühmlichen Vorbilde an anderen Orten den Streikbrecherzug nach Berlin organisieren, falls die freien Gewerkschaftler nicht zuwillig zu den von den Unternehmern diktierten, von den „Christen“ akzeptierten Bedingungen arbeiten wollen.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

In der Versammlung der Ausgesperrten, welche gestern vormittag in der „Neuen Welt“ abgehalten wurde, erstattete Stucke den Situationsbericht. Er sagte unter anderem: Am Sonnabend, den 16. Februar, betrug die Zahl der Ausgesperrten und Streikenden 6773. Im Laufe der vorigen Woche sind 90 Arbeiter ausgesperrt und 30 haben die Arbeit niedergelegt. 273 sind abgereist oder in Arbeit getreten. Am Sonnabend, den 23. Februar, waren demnach 6683 Ausgesperrte und Streikende vorhanden, das sind 145 weniger wie am 16. Februar. — Der Redner teilte verschiedene Einzelfälle mit, welche zeigen, daß die aussperrenden Arbeitgeber eifrig bemüht sind, Arbeitswillige zu bekommen, die nicht dem Holzarbeiterverband angehören, daß aber derartige Bemühungen keinen Erfolg haben. Der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein betreibt den Streikbruch systematisch, und zwar in solcher Weise, daß es selbst den Mitgliedern des Gewerbevereins zu bunt wird. So sind kürzlich zwei Gewerbevereiner durch ihre Organisation nach einem Betriebe zur Arbeit geschickt, wo die Arbeiter ausgesperrt sind. Die beiden Mitglieder weigerten sich, dort in Arbeit zu treten. Da wurde ihnen von der Leitung der Organisation gedroht, daß sie keine Unterstützung erhalten, wenn sie die Streikbrecherarbeit nicht annehmen. Die Drohung hatte in diesem Falle keinen Erfolg, denn die beiden Gewerbevereiner nahmen die Arbeit nicht an und traten zum Holzarbeiterverband über. Für die Treppengeländerarbeiten auf Bauten ist eine vollständige Streikbrecherkolonne von den Hirsch-Dunderschen gebildet worden. Das Treiben dieser Leute soll jedoch dadurch vereitelt werden, daß die Bauhandwerker aller Verufe veranlaßt werden, die Arbeit niederzulegen, wenn die Streikbrecherkolonne auf dem Bau erscheint. — In Bernau und Spandau wird es am 1. März auch zur Aussperrung kommen. Die Vertragsverhandlungen in beiden Orten hatten sich gescheitert, besonders deshalb, weil die Unternehmer den Ablauf des Vertrages auf den 1. Dezember oder den 1. Februar festsetzen wollten, also auf eine Zeit, wo die Konjunktur im Gewerbe am ungünstigsten ist. Es soll nach Angabe der Unternehmer die Absicht bestehen, alle Verträge im ganzen Reich so abzuschließen, daß sie zu demselben Zeitpunkt enden. In Bernau und Spandau ist der Holzarbeiterverband auf dieses Ansuchen nicht eingegangen und nun wird dort, wie gesagt, die Aussperrung beginnen. Auf die Haltung der Ausgesperrten in Berlin kann das natürlich keinen Einfluß ausüben. Auch die Unternehmer in Steglitz, Wilmersdorf und anderen Vororten haben ein Schreiben an den Holzarbeiterverband gerichtet, worin sie mit der Aussperrung drohen, falls der Verband nicht die Posten einzog, die in Steglitz ausgestellt sein sollen, um zu beobachten, wo Berliner Streikarbeit gemacht wird. Da der Verband von Streikposten in Steglitz nichts weiß, so ist abzuwarten, was aus dieser Angelegenheit wird. — Sein allgemeines Urteil über die Lage sagte der Redner dahin zusammen: Wenn die Unternehmer die jetzt beginnende günstige Konjunktur vorübergehen lassen, ohne den Kampf zu beenden, dann könne derselbe noch bis in den Mai hinein dauern. Damit müßten die Ausgesperrten rechnen. Es sei aber nicht daran zu denken, daß selbst bei einer solchen Ausdehnung des Kampfes der Holzarbeiterverband besiegt werden könne.

Ueber den Ursprung des Rachebriefes, den die letzte Nummer der „Nachzeitung“ ihren Lesern vorlegte, und der auch von uns erwähnt worden ist, machten Stucke und Raach Mitteilungen. Danach ist das betreffende Schriftstück in den Händen des Tischlermeisters Jacobli, Oranienstraße, zuerst gesehen worden. — Nach der Behauptung der „Nachzeitung“ soll der Brief durch die Post „An die Tischler“ der betreffenden Firma gelangt und von diesem dem Arbeitgeber übergeben worden sein. Herr Jacobli, ein Mitglied der Schlichtungskommission, hat den Brief seinem Vorgesetzten — offen — gezeigt, dieser hat das Radwerk dem einzigen Arbeitswilligen, der in der Werkstatt beschäftigt ist, vorgelegt und von da ist es in die Hände des Herrn Jacobli zurückgelangt. Der Vorgang mit dem angeblichen Rachebriefe hat sich hiernach anders abgespielt, wie die „Nachzeitung“ angibt, aber es handelt sich um dasselbe Radwerk, welches die „Nachzeitung“ benutzt hat, um den Holzarbeiterverband verleumdend zu verächtlichen.

Für die arbeitslosen Holzarbeiter fand am Donnerstagnachmittag eine besondere Versammlung im Gelber-Schiffshaus statt. Stucke erstattete Bericht über die Situation der Aussperrung und wies sich an die Arbeitslosen mit dem Ersuchen, daß sie den Ausgesperrten insofern zur Seite stehen, als sie dieselben im Streikposten stehen unterstützen. Weiter teilte der Redner mit, daß die in Arbeit stehenden Kollegen bereit sind, außer den beabsichtigten Ertragsbeiträgen noch freiwillige Beiträge für die Unterstützung der Ausgesperrten zu zahlen. Aus eigenem Interesse seien die arbeitenden Kollegen des Bezirks Südwest auf den Gedanken gekommen, dies Opfer im Interesse der Ausgesperrten zu bringen und nunmehr einen wöchentlichen Beitrag von 5 Mark während der Dauer des Kampfes zu entrichten. Der Verbandsvorstand werde auch eine Extrasteuer für ganz Deutschland abschreiben, um dadurch den Kampf in Berlin zu unterstützen. Die Aufforderung der Unternehmer, daß der Verband sich aus Mangel an Geld unterstützen müsse, werde auf keinen Fall verwirklicht werden.

Zur Aussperrung der Herrenmohlschneider.

Wie aus der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ zu ersehen, haben die Arbeitgeber in einer öffentlichen Versammlung den dort anwesenden Geschäftsinhabern nicht das Antworthreiben des Schneiderverbandes, sondern ein Zirkular, welches an sämtliche Berliner Arbeitgeber gerichtet war, bekannt gegeben. Form und Inhalt deuten aber darauf hin, daß dieses Antworthreiben nicht die Antwort auf das Antworthreiben der Arbeitgeber sein konnte. Auch die Tatsache, daß dieses Schreiben gedruckt vorlag, müßte doch auffallen. Ein an den Vorstand einer Organisation gerichtetes Schreiben läßt man doch nicht drucken. Um nun den Mitgliedern der Arbeitgeberorganisation das Schreiben des Verbandes zur Kenntnis zu bringen, lassen wir dasselbe hier folgen:

Verband der Schneider und Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (Zentrale Berlin) Engel-Ufer 21, part. Telephon: Amt IV, Nr. 8897.

Verband Berliner Gewerbetreibender in der Herren-Mohlschneiderei Hier O. Kiederswallstr. 21.

Antwortlich Ihres Wechrens vom 21. d. Mts. bringen wir Ihnen zur Kenntnis, daß wir auf Ihren Vorschlag bezüglich der Tarifregulierung im Hochsommer nicht eingehen.

Ihre Bedauern darüber, daß Verhandlungen nicht schon im November vorigen Jahres stattgefunden haben, beruht aber doch nicht auf einem Verschulden unsererseits. Wenn Sie diese Arbeit gerne im November gemacht hätten, war ja nur nötig, daß Sie uns davon in Kenntnis setzten.

In dieser Angelegenheit hätten Sie uns im November ebenso gut bereit gefunden, wie wir auch jetzt bereit sind, mit Ihnen über die künftige Gestaltung der Dinge zu verhandeln.

Hochachtung für den Verband der Schneider und Schneiderinnen. J. A.: Fr. Kunze.

Ob man absichtlich Vertreibung in die Reihen der Arbeitgeber bringen will, oder ob dies der Arbeitgeberverbandseitung so gelingt, vermögen wir im Augenblick nicht festzustellen. Die Arbeitgeber haben eine Vergleichstabelle ausgearbeitet, die demnächstigen Inventuren sehr ähnlich sieht. Einzelne Positionen, die früher zugestanden waren, zu niedrig bezahlt wurden, sind als Karnikel aufgeführt, um so dem stammenden Zeitgenossen die Unverschämtheit der Schneider zu demonstrieren. Daß man bei der Tabelle der Arbeitgeber auf die Verschleidenartigkeit der Tarifverhältnisse keine Rücksicht genommen hat, versteht sich am Rande. Würde man das getan haben, wäre aber auch mit der ganzen Aufmachung nichts anzufangen. Die ganze Handlungsweise der Arbeitgeber muer an wie die Geschichte mit dem Wolf und dem Laum, das dem Wolf, der oben am Dache trank, das Wasser trübte.

Auf die von den Arbeitgebern am Mittwochabend erfolgte Beschlußfassung, die Aussperrung am Sonnabend vorzunehmen, antworteten gestern in einer Reihe namhafter Firmen die Arbeiter mit dem Streik. Die Tatsache, daß die Arbeiter den Unternehmern noch die nötigste Arbeit fertig machen sollten, bevor die Aussperrung vorgenommen werden sollte, wirkte so empfindend, daß die Arbeit niedergelegt wurde, ohne daß man einen Beschluß der Organisation abwartete. Die Arbeitsniederlegung erfolgte indes nur bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes. Bis zur Stunde haben ungefähr 8-1000 Arbeiter die Betriebe verlassen. Das Zentralstreikbureau befindet sich in den Kaminhallen. Dort wird auch den Mitgliedern jede Auskunft erteilt.

Die ausgesperrten Automobilfahrer.

haben wieder einen Erfolg zu verzeichnen. Die Firma „Globus“ hat ihren Frieden mit der Organisation der Fahrer gemacht unter den Bedingungen, wie sie in der Versammlung vom letzten Montag angenommen wurden. Diese Firma hat 8 Wagen in ihrem Betrieb und beschäftigt 18 Fahrer. — Weitere Unterhandlungen werden gepflogen und man erwartet die Zustimmung weiterer Firmen. Die Ausgesperrten sind einig in dem Bestreben, fest auszuhalten und nicht weiter nachzugeben. Am 1. März ist wieder ein Preiszuspruch vom Verband bewilligt worden. Bei den Unternehmern wird dagegen die Unzufriedenheit mit der ganzen Situation immer größer. Einige haben einen guten Ausweg gefunden, um sich schadlos zu halten. Sie lassen nämlich einen Teil ihrer Wagen unter „falscher Flagge“, d. h. bei einer anderen Firma fahren und zwar unter den alten Bedingungen; sie zahlen den Fahrern 25 Proz., wie früher üblich, und machen dabei sehr gute Geschäfte. So helfen sie sich, aus Furcht, daß ihr Rücktritt vom Verein ihnen materiellen Schaden bringen könnte.

Dachdeckerhilfsarbeiter und Bauarbeiter. Die Sperre über die Dachdeckerfirma R. Gerth, Charlottenburg, Kantstr. 82, ist aufgehoben. Die bestehenden Differenzen sind durch Verhandlung beigelegt. Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter.

Achtung, Tapezierer! Nachdem die letzte Verbandsversammlung die Forderungen reduziert, die Sektionsversammlung der Kleber des Verbandes die Forderungen vollständig hat fallen lassen, verpflichten wir die unserer Organisation angeschlossenen Kollegen, auf allen Bauten und in allen Werkstätten die von Verbandsseite hochgehaltenen Forderungen: die 50stündige Arbeitszeit und den 70-Pfennig-Stundenlohn als Mindestlohn zu verlangen. Auf die Anerkennung dieser Forderungen durch Unterschrift des Unternehmers dagegen verpflichten wir unsere Mitglieder nicht. Wenn in den Verhältnissen aus diesem Anlaß Differenzen und Arbeitsniederlegungen stattfinden sollten, haben die in diesen Betrieben arbeitenden Kleber vor Eintritt in den Solidaritätsstreik erst der Organisation Mitteilung zu machen.

Achtung, Kleber und Bauhandwerker! Der Unternehmer Paul Neumann, Schöneberg, Eberstr. 36 — Bau Schöneberg, Hauptstr. 87/88 —, ist für Kleber nach wie vor gesperrt. Die dort arbeitenden Kleber arbeiten unter den Tarifpreisen, und ersuchen wir die Bauhandwerker, dieselben auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen.

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Tapezierer. Bureau: Schützenstr. 18/19. Tel. I 8000.

Deutsches Reich.

In den Oefenfabriken Weidens stehen ernste Differenzen bevor. Die Arbeiter haben ihren Tarif gefordert und fordern 30 Pf. Mindeststundenlohn und für Brenner eine Maximalarbeitszeit von 12 Stunden pro Tag. Diese mehr als bescheidenen Forderungen sind von den Unternehmern rundweg abgelehnt worden. Bemerkung muß noch werden, daß die Unternehmer eine Preisconvention gegründet und vom 1. Januar 1907 an eine wesentliche Erhöhung der Preise für ihre Substrate durchgesetzt haben. Dabei haben aber die Unternehmer schon bisher bis zu 15 Proz. Dividende für das letzte Geschäftsjahr bezahlt. Daß sie trotz dieser für sie günstigen Umstände ablehnen, den Arbeitern die bescheidenen Forderungen zu bewilligen, ist angesichts der höchst ungesunden Arbeit in diesen Betrieben doppelt verwerflich. — Zusatz nach Weiden ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Streikbrecherzüge in Italien.

Rom, 26. Februar. (Fig. Ber.) Der heutige „Quanti“ veröffentlicht einen Aufruf des Sekretärs der Gewerkschaft der italienischen Seemannschaften, in denen er die Seeleute Italiens auffordert, sich nicht für Deutschland anwerben zu lassen, da sie dadurch den deutschen Kollegen in den Häfen fallen würden. Die deutschen Kleber suchten in Italien Personal, um sich für eine bevorstehende Lohnbewegung zu rüsten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 1. März
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Salome (Anfang 8 Uhr.)
Kgl. Schauspielhaus. Wallenstein (Anfang 8 Uhr.)
Deutsches. Das Wintermärchen. Sammerstücke. Frühlingserwachen (Anfang 8 Uhr.)
Leistung. Gebda (Anfang 8 Uhr.)
Wespen. Die lustige Witwe. Leszing. Der Mikado.

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Jugend.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Plesko.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.)
Der Familientag.

Romische Oper. Costa.
Vertiere. Der Hund von Baskerville.
Königliches Schauspielhaus.
I. Teil. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Kleines. Ein idealer Gatte.
Residenz. Haben Sie nicht zu verzeihen?
Lustspielhaus. Hufarenfieber.
Deutsch-Amerikanisches. Cousin Hobbe.

Thalia. Eine lustige Doppelrolle. Leszen. Der Erde von Baskerville. Trioson. Fräulein Joseette — meine Frau.
Bernhard Rose. Sherlock Holmes.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gehr. Herrfeld. Ein verrücktes Hotel.

Wintergarten. Otto Reutter.
Spezialitäten.
Apollo. Bernhard Rösch. Spezialitäten.
Kaffee. Ledige Leute. Spezialität.
Folies Caprice. Im Café Edelstein.
Ein Kabarettprogramm.
Wespe. Spezialitäten.
Prater-Theater. Preciosa.
Figaro. Paul Scheerbarth-Abend.

Walhalla. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Faust. (Anfang 8 Uhr.)
8 Uhr: Die Feuergezeiten der Erde.
9 1/2 Uhr: Konstruktions-Ingenieur A. Keßner: Schmiedeeisen und Stahl.

Wienwarte. Invalidenstr. 57/58.
Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Hund von Baskerville.
Sonabend, Sonntag, Montag:
Der Hund von Baskerville.

Neues Schauspielhaus
Freitag, den 1. März 1907:
Gastspiel Josef Kainz:
Faust. I. Teil.
Anfang 7 Uhr.
Sonabend Gastspiel Josef Kainz:
Faust. I. Teil. Anfang 7 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel Suzanne Després:
Rosine.
Sonabend letztes Gastspiel Suzanne Després: Gioconda.
Sonntag: Meißner Porzellan.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr zum 173. Male:
Ein idealer Gatte.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachspiel.
Abends 8 Uhr: Die Straße.
Montag: Eine triviale Komödie für (erliche Leute. (Sundburg.)

Leuzing-Theater
Sollershausenstr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Mikado.
Mouvements gültig!
Sonabend nachm. 3 1/2 Uhr: Glanzlied. Abends 7 1/2 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Hufarenfieber.
Zentral-Theater.
(Operette) 8 Uhr:
Die Fledermaus.
Sonabend: Der Rastelbinder.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 31.
Anfang 8 Uhr.
Der Erbe von Baskerville.
(Der Hund von Baskerville.)
Sonabend 4 Uhr Kindervorstellung.
Kleine Preise: Einemittigen und die sieben Söhne. Abends 8 Uhr: Der lange Karl.
Sonntag 3 Uhr: Der Erbe v. Baskerville. 8 Uhr: Der Hühnerbesitzer.
Montag: Die schöne Ungarin.

Wintergarten
Goltzstr. 9
Charlotte Wiehe.
Paul Conchas, der „Armeoherkules“. Die 4 Athleten. Kraftproduktionen. Die Oberstleier. Gesangs-Ensemble. Salerno, Jongleur.
„Die Hand“. Pantomime in 1 Akt. Stelling und Revell, Komische Rockturner.
Luise Angerer, Opernsängerin. Barber Ritohle, Komische Radfahrer. Mit Orfordressierte Elefanten. Auf dem Ball. Ballettsozete ausgeführt von der Tiller-Truppe, London.
Der Biograph.

Gustav Behrens Theater
früher Schöneberger Wintergarten.
Eröffnung Sonabend, 2. März — mit einem erstklassigen Programm.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Die Feuergezeiten der Erde.
Hörsaal 8 Uhr Konstruktions-Ingenieur A. Keßner: Schmiedeeisen und Stahl.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzeihen?
Schwan in 3 Akten v. R. Hennequin und Pierre Weber.
Robert de Triebel: Rich. Alexander.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollierer.

Bernhard Rose Theater
Or. Franzfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Sonntag nachmittags 4 Uhr: Rotfäppchen. Abends 8 Uhr: Große Genesungsvorstellung für den Regisseur Hugo Hummel: Marianne, ein Weib aus dem Volke.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Hassary. Wolf. Bender. Giampietro. Josephi.
Ranchen überall gestattet.
Sonntag, 3. März, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Apollo Theater
9,30 Die 9,30
3 goldenen Jungfrauen.
10 Uhr! 10 Uhr!
Bernhard Mörbitz
als Blumenlied, Piccolo u. als billiger August. Außerdem:
Debüts der neuen Spezialitäten.

Gebr. Herrfeld-Theater
Anf. 8 Uhr. Sonabend. 11-12 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Die stürmisch besetzte
Novität
Ein verrücktes Hotel
Komödie in 3 Akten mit den
Autoren H. und D. Herrfeld
in den Hauptrollen.
Sonntag, den 3. März,
nachmittags 3 1/2 Uhr, 5. halben
Kassenspreisen:
Hausierer Jockell
und
Die letzte Ehre
mit H. und D. Herrfeld.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16.
Heute: Geschloffen.
Sonabend wegen Unwohlseinlichkeit:
Keine Vorstellung.
Sonntag und Montag:
Hexen-Hans.
Dienstag: Carmen.

Passage-Theater.
Jeden Abend:
Mal was Anderes!
Süßeste Besse von Leop. Elz.
In den Hauptrollen:
Josephine Dora, Georg Kaiser,
Martin Bandix, Ernst Kottner.
Weiterhin: Die großartigen
10 März-Spezialitäten.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Jugend.
Liebesdrama in 3 Aufzügen von
Max Halbe.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Narrenglanz.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Narrenglanz.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Verschönerung des Fiesko zu Genoa.
Ein republikanisches Trauerspiel in
5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Pfarrer v. Kirchfeld.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Weh' dem der lügt.

Zirkus Schumann
Heute Freitag, den 1. März: Beginn der
Großen Internationalen
Ringkampf-Konkurrenz
um **Goldenen Kranz von Berlin** und
10000 Mark in
1. Preis 5000 Mark.
2. Preis 3000
3. Preis 1250
4. Preis 750
bar.
Bisher haben sich folgende namhafte Ringer gemeldet:

Deutschland.
Jacob Koch, Weltmeisterkämpfer von Europa 1904-1905
Georg Dettlinger, Meisterringer von
Württemberg
Clement le Boucher, Frankreich
Schackmann, Deutschland
Paul Bahn, Meisterringer von Bremen
Milo, Italien
Marinus van Nial, Niederlande
Le Colosso, Frankreich
Heinr. Lobmayer, Steiermark
Amalhou, Champion von Belgien
Wenzel Kouba, Champion von Böhmen
Chemjakin, Russland
Limousin, Frankreich
Karaman, Champion der Türkei
Omer de Bouillon, Champion v. Belgien
Joss Hansen, Dänemark
Urusjankowsky, Champion von Polen
Laurent de Lyon, Frankreich

Frankreich
Albin Katschke, Leipzig
Pietro le Basque, Spanien
Fritz Müller, Bayern
Paul Moldt, Berlin
Sabos, Frankreich
Enrico Bouchioni, Italien
Dirk van den Berg, Champion von
Holland
Eduard Ritzler, Württemberg
Paul Pons, Weltmeisterkämpfer von
Frankreich
Albert Sturm, Charlottenburg
Axel Krook, Champion von Schweden
Iwan Romanoff, Champion v. Russland
Bambulo, Champion von Westindien
Holsmann, England
Clement le Terrassier, Belgien
Parigal, Spanien
Victor Marchand, Frankreich

Weitere Meldungen stehen noch aus.
Die Teilnahme an der Konkurrenz steht jedem
erstklassigen Ringer von Beruf frei.
Die Kämpfe stehen unter der Aufsicht und Leitung eines unparteiischen Schiedsgerichts, welches aus angesehenen Sportleuten und Mitgliedern der Presse zusammengesetzt ist und ausreichende Gewähr für sportliche reelle Kämpfe bietet.
Vorher: Gala-Programm und neue Debüts. U. a. zum erstenmal:
Um 9 1/2 Uhr:
Richard Sawade Raubtiergruppe
St. Hubertus
Größtes Pracht-
Manege-
Schaustück.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 1. März 1907
Anfang der
Gr. Internationalen Ringkampf-Sonder-Konkurrenz
Prämien 10000 M.
Ferner dem Sieger als Ehrenpreis:
Ringer-Bronze-Statue
modelliert und gestiftet von Professor Reinhold Begas
und der große Gold-Pokal, gestiftet von der Sportredaktion
der Tageszeitung „Das Deutsche Blatt“.
Ehrenprotectorat: Professor Reinhold Begas.
Schiedsgericht: G. Kalitzki, Meisterringer und Lehrer der I. Akademie für Ringkampf, Berlin; von Guretzki, Korrespondent der „Allstr.“
„Sport-Zig.“; Dörmann Alfred Kuba sowie die Herren Ehrenschiedsrichter der Presse.
Es ringen:
Padonby (Russland) gegen Albano (franz. Schweiz).
Vrancken (Belgien) : Pengal (Türkei).
Cascas de la Bastide (Frankreich) : Jaroslaw (Polen).
Ferner: Debut der „Peres-Truppe“ u. d. gr. Gala-Programm
foto „Rom“, großes Original-Manege-Schaustück
in 7 Bildern.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16.
Heute: Geschloffen.
Sonabend wegen Unwohlseinlichkeit:
Keine Vorstellung.
Sonntag und Montag:
Hexen-Hans.
Dienstag: Carmen.

Passage-Theater.
Jeden Abend:
Mal was Anderes!
Süßeste Besse von Leop. Elz.
In den Hauptrollen:
Josephine Dora, Georg Kaiser,
Martin Bandix, Ernst Kottner.
Weiterhin: Die großartigen
10 März-Spezialitäten.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Folies Caprice.
Sollershausenstr. 132, an der Friedrichstr.
Heute abends 8 Uhr:
10000 Gulden Wittgitt.
Glänzend neuer Solotitel:
Im Inspektionsszimmer.
Sonderverkauf an der Theaterkassette
und bei Bertheim.

Brunnen-Theater
Gesundbrunnen. Badstraße 58.
Direktion: Bernhard Roso.
Der Herr Stadtmusikus
und seine Kapelle.
Vollständig mit Gesang in 5 Aufzügen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sollershausenstr. 132, an der Theaterkassette
an der Theaterkassette.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das neue März-Programm.
Rur noch bis Mittwoch:
Ledige Leute.
Donnerstag, erstmalig: Nick Carter.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Heute abends 8 Uhr:
Preciosa.
Schauspiel m. Ges. in 4 Akten v. Wolf.
Vorher:
Geschlossen.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Joseette — meine Frau.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Die Hebeschaukel.

Sanssouci (Königsplatz)
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt. Ab. 8. Wochent. 8 U.
Jed. Dienst. Theaterabend.
Neu eröffnet:
Erste Tegeler Roß-Schlächtere
Schillerstr. 80, am Bahnhof.
Für gute Ware ist bestens gesorgt!
36782* Hermann Hinz.

Hollmanns Nordd. Sänger.
Heute Freitag:
Gr. Elite-Soiree.
(Durchweg neues Prog.)
Sonnt. Ab. 8. Wochent. 8 U.
Jed. Dienst. Theaterabend.
Neu eröffnet:
Erste Tegeler Roß-Schlächtere
Schillerstr. 80, am Bahnhof.
Für gute Ware ist bestens gesorgt!
36782* Hermann Hinz.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16.
Heute: Geschloffen.
Sonabend wegen Unwohlseinlichkeit:
Keine Vorstellung.
Sonntag und Montag:
Hexen-Hans.
Dienstag: Carmen.

Passage-Theater.
Jeden Abend:
Mal was Anderes!
Süßeste Besse von Leop. Elz.
In den Hauptrollen:
Josephine Dora, Georg Kaiser,
Martin Bandix, Ernst Kottner.
Weiterhin: Die großartigen
10 März-Spezialitäten.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer
Spielplan.
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Wochentags
8. Sonntag
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Brunnen-Theater
Gesundbrunnen. Badstraße 58.
Direktion: Bernhard Roso.
Der Herr Stadtmusikus
und seine Kapelle.
Vollständig mit Gesang in 5 Aufzügen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sollershausenstr. 132, an der Theaterkassette
an der Theaterkassette.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das neue März-Programm.
Rur noch bis Mittwoch:
Ledige Leute.
Donnerstag, erstmalig: Nick Carter.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Heute abends 8 Uhr:
Preciosa.
Schauspiel m. Ges. in 4 Akten v. Wolf.
Vorher:
Geschlossen.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Joseette — meine Frau.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Die Hebeschaukel.

Sanssouci (Königsplatz)
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt. Ab. 8. Wochent. 8 U.
Jed. Dienst. Theaterabend.
Neu eröffnet:
Erste Tegeler Roß-Schlächtere
Schillerstr. 80, am Bahnhof.
Für gute Ware ist bestens gesorgt!
36782* Hermann Hinz.

Hollmanns Nordd. Sänger.
Heute Freitag:
Gr. Elite-Soiree.
(Durchweg neues Prog.)
Sonnt. Ab. 8. Wochent. 8 U.
Jed. Dienst. Theaterabend.
Neu eröffnet:
Erste Tegeler Roß-Schlächtere
Schillerstr. 80, am Bahnhof.
Für gute Ware ist bestens gesorgt!
36782* Hermann Hinz.

W

Partei-Angelegenheiten.

1. Wahlkreis. Sonntag, den 8. März, abends 8 Uhr, in den...

Alt-Genide. Am Sonnabend, den 2. März, abends 8 Uhr, hält der Wahlverein...

Nieder-Schönhäuser. Am Sonntagmorgen 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt.

Waldmannsflucht und Umgebung. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins...

Das Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht. Gleichzeitig machen wir bekannt...

Berliner Nachrichten.

Für die jüngsten Schulkinder ist oft gefordert worden, daß der Unterricht nicht so früh am Tage beginnen soll...

Vorläufig handelt es sich nur um eine Anregung, die in dem neuesten Bericht über die Tätigkeit der Schulärzte gegeben wird.

Als wir die Beschwerde über das „Ostkrankenhaus“ veröffentlichten, fügten wir hinzu, die Vorstände von Krankenkassen...

Brückenreichtum in Berlin. In Berlin gibt es mehr Brücken als in irgend einer anderen Stadt der Welt.

Folgender Schneesfall. Ueber Senkungen des Asphalt in Berliner Straßen wurde in der letzten Versammlung des Stadvereins...

Ein heftiger Zusammenstoß eines Omnibusses mit einem Straßenbahnwagen fand gestern abend gegen 8 Uhr in der Landbergerstraße...

Ein neuer Unfall wird aus der im Bau begriffenen Kolonialausstellung in Friedenau vom Dienstag gemeldet.

Der Betrieb auf der Unterleitungstrecke Roabit-Brandenburger Tor ist, nachdem die Reparaturarbeiten an der beschädigten Weiche beendet sind...

Ein falscher Steuerbeamter treibt gegenwärtig in Berlin und Umgebung sein Unwesen. Der etwa 30 Jahre alte Schwindler...

Der Fallplatz wird in diesem Jahre auf Kosten der Stadt hergestellt und reguliert.

Rein „Musterkrankenhaus“! Berlin hat neben seinen öffentlichen Krankenhäusern noch eine große Anzahl privater Heilanstalten...

werden von ihnen nicht nur wohlhabende Patienten, die täglich zahlen können, sondern auch minderbemittelte Leute, für die nur die Krankenkasse die Kosten trägt.

Vor einiger Zeit veröffentlichten wir Beschwerden aus einer solchen Anstalt, die von ihren Besitzern und Leitern als „Krankenhaus“ bezeichnet wird...

Als wir die Beschwerde über das „Ostkrankenhaus“ veröffentlichten, fügten wir hinzu, die Vorstände von Krankenkassen sollten sich diese Anstalt einmal näher ansehen.

Brückenreichtum in Berlin. In Berlin gibt es mehr Brücken als in irgend einer anderen Stadt der Welt.

Folgender Schneesfall. Ueber Senkungen des Asphalt in Berliner Straßen wurde in der letzten Versammlung des Stadvereins...

Ein heftiger Zusammenstoß eines Omnibusses mit einem Straßenbahnwagen fand gestern abend gegen 8 Uhr in der Landbergerstraße...

Ein neuer Unfall wird aus der im Bau begriffenen Kolonialausstellung in Friedenau vom Dienstag gemeldet.

Der Betrieb auf der Unterleitungstrecke Roabit-Brandenburger Tor ist, nachdem die Reparaturarbeiten an der beschädigten Weiche beendet sind...

Ein falscher Steuerbeamter treibt gegenwärtig in Berlin und Umgebung sein Unwesen. Der etwa 30 Jahre alte Schwindler...

dem Steuamt komme, die Zigarettenbestände zu revidieren habe und läßt sich die vorhandenen Vorräte zeigen.

Ein großer Schuhwarendiebstahl, bei dem den Tätern für 2500 M. Herren- und Damenstiefel in die Hände fielen, ist in der Nacht zum gestrigen Donnerstag in der Schuhwarenhandlung...

Selbstmord eines Dreibriemensfabrikanten. Gestern vormittag hat sich der 35 Jahre alte Dreibriemensfabrikant Karl Knoll aus der Chausseestraße 23 in seiner Fabrik das Leben genommen.

Von einem Lastfuhrwerk überfahren und lebensgefährlich verletzt wurde gestern die Ehefrau Schiemke, Rheinbenderstraße 21 wohnhaft.

Unterhaltungsliteratur. Von der illustrierten Wochenschrift „In freien Stunden“, die im Verlag der Buchhandlung Vorwärts in wöchentlichen Hefen für 10 Pf. erscheint...

Wir empfehlen den Band jedem Liebhaber gut ausgewählter Unterhaltungsliteratur...

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur, in Berlin auch durch die Parteispeditionen, sowie direkt vom Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Freie Volksschule. Am kommenden Sonnabend, 2. März, hält Herr Dr. Leopold Hirschberg am 22. Kunstabend im Berliner Rathaus...

Auch im Zirkus Schumann hat gestern eine große internationale Ringkampfkonkurrenz begonnen.

Der vom Ingl. Institut für Meerestunde, Georgenstr. 84-86, für heute angeordnete Vortrag des Herrn Dr. Joepff...

Im wissenschaftlichen Theater der Kessia gibt der Vortrag: „Die Feuergefahren der Erde“, welcher abendlich im Institut zur Darstellung gelangt...

Feuertweckbericht. Gestern früh um 7 Uhr wurde der 20. Zug nach dem Rathaus gerufen. Dort war ein schwerer mit Kohlen beladener elektrischer Motowagen der Berliner Elektricitätswerke...

Gestern früh um 5 Uhr brannte in der Voeholmerstr. 84 ein Neubau. Der erste Zug hatte in der Gollnowstr. 45 einen Ladenbrand zu löschen...

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der letzten gut besuchten Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission erstattete der Obmann Genosse Fleming den Jahresbericht über die Tätigkeit der Kommission im verflochtenen Jahre.

Nach kurzer Diskussion über die gegebenen Berichte wurde die Wahl des Ausschusses vollzogen. In denselben wurden gewählt die Genossen Adren, Buchdrucker; Flemming, Maler; Scheide, Zimmerer; Schlimann, Sattler und Wibe, Kupfer. Als Obmann der Gewerkschaftskommission wurde hierauf Genosse Flemming gewählt. Das Amt der Revisoren wurde den Genossen Wittling, Töpfer und Schüge, Handels- und Transportarbeiter, übertragen. Bis zu der Erledigung der Frage einer gemeinsamen Verwaltung der Partei- und Gewerkschaftsbibliothek mit dem Vorstande des Wahlvereins wurden die Genossen Böhm, Postwärtin, Köpfer und Schüge, Handels- und Transportarbeiter, provisorisch als Bibliothekare gewählt. — Genosse Flemming gab noch einen gedrängten Bericht über die letzte Sitzung des Volkshaushaltsausschusses, dem sich eine längere Debatte anschloß. — Um das Bestehen des Zentralverbandes der Handlungsgewerben zur Erläuterung des Richters-Ladenschlusses im Handelsgewerbe und speziell in den Warenhäusern zu unterstützen, ersuchte Genosse Eißner, unter den Mitgliedern der einzelnen Gewerkschaften darauf hinzuwirken, daß die Frauen die Einkäufe stets vor 8 Uhr besorgen möchten. Zum Schluß wurde noch bei einer Besprechung des hiesigen häßlichen Arbeitsnachweises beschlossen, den Arbeitnehmermitgliedern im Kuratorium für den städtischen Arbeitsnachweis nach wie vor das „Arbeitsnachweis-Blatt“ auf Kosten der Gewerkschaftskommission zuzustellen.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch wurde mit der Mitteilung eröffnet, daß der Bezirksausschuß die Klage der Frau Gauer gegen die Stadt wegen Nichtertragung in die Wählerliste abgewiesen habe.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen brachte der Rämmerer Stadtrat Scholz in der üblichen Weise den Stadthaushaltsetat ein. Redner hob die günstige Konjunktur hervor, die eine Vermehrung der Einnahmen sowohl aus den Steuern als aus den gewerblichen Betrieben zur Folge gehabt habe. Die Einkommensteuer habe allein über 300 000 M. mehr, die Umlagsteuer 300 000 bis 400 000 M. mehr eingebracht, als veranschlagt sei. Der Ueberschuß des Vorjahres belaufe sich auf 1 087 000 M.; wie hoch er sich in diesem Jahre stellen werde, lasse sich zur Zeit noch nicht übersehen. Für das Jahr 1907 sei auf alle Gebiete ein weiterer erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen, doch seien damit auch erhöhte Ausgaben verbunden. Die Steuerzuschläge könnten vorläufig noch so bleiben, wie bisher, wenn gleich der Status gegen die Vorjahre wesentlich angespannter sei. Es lasse sich aber jetzt schon sagen, daß in absehbarer Zeit die Schuldenverwaltung größere Anforderungen an den Stadtsäckel stellen werde. Gehe dann auch noch die wirtschaftliche Konjunktur zurück, so werde die Finanzlage nicht mehr so günstig wie bisher sein. — Nach kurzer Debatte ging der Etat an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Weiter gelangte ein Antrag Schwarz auf Ausbau einer bestehenden Realschule zu einer Oberrealschule zur Annahme. — Der Antrag auf den neuen Anleihe in Höhe von 19,12 Millionen zum Zwecke von 100,39 wurde dem unter Leitung der Dreobner Kant stehenden Konjunkturausschuß überlassen. — Die Mitteilung des Magistrats betr. die infolge der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit entstehenden Mehrkosten wurde entgegen dem Antrag der Sozialdemokratie auf Ausschussberatung verlegt, bis die dazu gehörigen Lohnabtafeln durch Druck vervielfältigt und den Mitgliedern der Versammlung zugestellt sind.

Weihensee.

Aus der Gemeindevertretung. Zum besoldeten Schöffen wurde mit 20 Stimmen der Kandidat Dr. Klamroth aus Dresden gewählt. — Alsdann wurde ein Entwurf zur Regulierung der Bürgersteige auf der Königschaussee bis zur Maffstraße bezw. Antonplatz genehmigt. Die beiderseitigen Fußwege erhalten eine Breite von 5-5,5 Meter. Der zwischen den geplanten Fußwegen und den vorhandenen Vordrängen liegende Streifen soll als Rasen- oder Schmutzstreifen ausgelegt werden. — Die Vertretung beschloß, den an der Gemeindegasse angelegten unbesetzten Bänken und Lehnen vom 1. April ab die Mietschuldigung von 320 auf 350 M. zu erhöhen. Gleichfalls beschlossen wurde die Errichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule zum 1. April 1907. Das Ortsstatut, die Schulordnung und die Bestimmungen für die Schüler wurden einer eingehenden Kritik unterzogen, jedoch nach der Vorlage angenommen. Die Mittel zur Ausstattung eines Dienstzimmers für den neugewählten besoldeten Schöffen, sowie eines Besprechungszimmers wurden bewilligt, ferner für die Ausstattung zweier Räume des Gutshauses in Birchholz.

Dr. Pape streift. Die Stabsberatungen in der Kommission nahmen bisher einen so günstigen Fortgang, daß allgemein die Ansicht vorherrschte, in kürzester Zeit den Etat im Plenum durchberaten zu können. Diese Rechnung ist jedoch ohne Herrn Dr. Pape gemacht. Die Etatskommission ist augenblicklich zum Nichtstun verdammt, weil Herr Dr. Pape — streift. Als Dezernent der Steuerverwaltung hat er die Steuereinschätzung der Grundwerte zu veranlassen, da auf Grund dieser Einschätzung der Etat bilanziert werden muß; jedoch wird die hierzu erwählte Kommission nicht zusammenberufen. Die ausgestellten Streitposten erklären, daß Herr Dr. Pape seine höchstens einstündige Anwesenheit in den Bureauen streift, so daß die Gemeinde ihre Freude hat über den pflichttreuen Beamten.

Pantow.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende Genosse Röber den Bericht über die Kreisvorstandssitzung. Daraus ist hervorzuheben, daß Pantow auf Grund der abgeregneten Mitgliedsbeiträge zehn Delegierte zu den Generalversammlungen des Kreises und Verbandes entsenden kann. Als Vorsitzender des Kreiswahlvereins ist Genosse Freivaldt, als Mitglied der Kreiswahlkommission Genosse Kubig vorgeschlagen. Genosse Röber nahm Veranlassung, auf die Kandidatenfrage einzugehen. Er verlangte Erklärungen der Genossen Freivaldt und Kubig darüber, wie sie sich zu Beschlüssen der Organisation stellen. Hierüber entstand eine lebhaft diskutierte, an der sich eine ganze Anzahl Genossen beteiligten und die sich hauptsächlich darauf erstreckte, inwieweit die Delegierten mit ungebundenem Mandat entsandt werden. Genosse Bollmann und der Vorsitzende beantragten, nachstehenden Beschluß zu fassen: „Lehnen Delegiertenkandidaten ab, Anträge ihrer Organisation zu vertreten, so haben sie dies sofort in der Versammlung, in der ein solcher Antrag angenommen wird, zu erklären.“ Genosse Kubig erinnerte daran, daß er in der Versammlung im Oktober v. J. lediglich von der Möglichkeit gesprochen habe, einen Antrag nicht vertreten zu können, der mit seiner Ueberzeugung nicht vereinbar sei. Er hätte den in Rede stehenden Antrag (von Ober-Schönebeck zum Parteilag, betr. Massenstreik) nicht als Delegierter zu vertreten gehabt. Freivaldt wiederholte, daß sein Mandat zum Parteilag umgeben gewesen sei und er in Mannheim sich ebenso wie in der Kreisgeneralversammlung geäußert habe. Obwohl von sämtlichen Rednern ausnahmslos anerkannt wurde, daß es selbstverständlich sei, Beschlüsse der Organisationen zu respektieren, wurde der Antrag Bollmann-Röber von der Versammlung angenommen. Angenommen wurde ferner folgender Antrag: Die Kreisgeneralversammlung möge beschließen, einen Schriftführer in den Vorstand zu wählen. Derselbe hat in einem anzuhaltenden Protokollbuch über die Verhandlungen der Generalversammlung und des erweiterten Vorstandes Protokoll zu führen. Zu Anfang einer jeden Generalversammlung bezw. Vorstandssitzung ist das Protokoll der vorhergegangenen zu verlesen. Im „Mittelungsblatt“ sind wie von anderen Kreisen kurze Auszüge aus dem Protokoll zu veröffentlichen.“ Einem weiteren Antrag auf Streichung des letzten Satzes des § 8 des Organisationsstatuts des Kreises wurde nicht stattgegeben, da für alle Fälle der § 27 des Organisationsstatuts der Partei maßgebend ist. Für den Genossen Scheffer, der umgezogen ist, wurde Genosse Sonntag zur Generalversammlung delegiert. In vorgeschriebener Stunde berichtete Genosse Freivaldt über die letzten Verhandlungen in der Gemeindevertretung, namentlich über den Anlauf des Partes

Stillsch v. Horn, über das Wasserwerk, das Krankenhaus und den neuen Etat und wies die Vorwürfe zurück, die den Genossen in der Gemeindevertretung deswegen gemacht worden sind, weil sie den Antrag auf Verleihung des Bürgerrechts für den neuen Gemeindevorsteher und Schöffen gestellt haben. Genosse Wibe hielt die Kritik im letzteren Punkte anstreifend und betonte, daß derartige Anträge von sozialdemokratischer Seite besser unterbleiben, da uns gegenüber in ähnlichen Fällen nicht mit gleichem Maße gemessen werde. Mit Entrüstung wurde die Tatsache bemerkt, daß der Wärter, der seit 37 Jahren auf dem Grundstück Stillsch von Horn beschäftigt ist, von der reichen Herrschaft einfach entlassen wurde, und die Gemeinde zugesehen mußte, daß er einziehen noch seine Wohnung im Park behalten darf. Der Vorsitzende ermahnte zum Schluß zu reger Agitation für die Organisation und die sozialistische Presse.

Nowawes-Neuendorf.

Bei den am Dienstag und Mittwoch stattgehabten Ergänzungswahlen zur II. und I. Klasse für die am 1. April ins Leben tretende erweiterte Gemeinde Nowawes wurden in der II. Abteilung gewählt: Rechtsanwalt Altena, Eisenbahner Dartsch (Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins), Schornsteinfegermeister Peters, Privatier Brüllwig mit 140-149 Stimmen; außerdem wurden noch 10 Stimmen für Kaufmann Klant abgegeben. Für die I. Abteilung wurden gewählt: Fabrikdirektor Döring mit 17, Fabrikbesitzer Minder mit 22 Stimmen; außerdem wurden 7 Stimmen für Gasanstaltsdirektor Schröder abgegeben. Trotz dieser Nachwahlen ist die neue Gemeindevertretung noch nicht vollständig, indem durch den plötzlichen Tod des Schöffen Pönow eine Neuwahl für diesen stattfinden hat; da auch der neuzuwählende Schöffe wahrscheinlich aus der Vertretung entnommen wird, so hat dann für diesen wieder eine Ergänzungswahl stattfinden.

Potsdam.

Die Bildungspflicht des modernen Arbeiters lautet das Thema eines Vortrages, der in einer zu heute abend vom Gewerkschaftsrat einberufenen Versammlung auf der Tagesordnung steht. Der Kursus der Arbeiterbildungsschule beginnt am Freitag, den 8. März, und umfaßt die Hauptfragen der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Gerade die Behandlung dieser Fragen ist für die Arbeiterschaft von außerordentlicher Wichtigkeit. Der Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und kostet eine Mark für jeden Teilnehmer. Die Arbeiterschaft wird ersucht, zu beiden Veranstaltungen zahlreich zu erscheinen.

Kommunales.

Die erste Lesung des neuen Stadthaushaltsetats.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich gestern mit dem vom Magistrat vorgelegten Entwurf des Stadthaushaltsetats für 1907 in erster Lesung beschäftigt und ihn dann dem Statusausschuß überwiesen. Die Debatte war so gründlich, daß schon nach dem dritten Redner die Bänke sich leerten und alle übrigen vor einer längst beschlußunfähig gewordenen Versammlung sprachen. Rämmerer Steiniger führte als Vertreter des Magistrats den Etat ein mit einer Rede, die nichts weiter als eine trockene Aufzählung von Einzelheiten bot. Seiner Weisheit letzter Schluß war der, daß Berlins Finanzkraft zwar groß genug sei, um noch ein Mehr in der Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben zu gestatten, daß aber in der Belastung der Steuerzahler Maß gehalten werden müsse, damit nicht die reichen Leute aus Berlin hinausgedrängt werden. Nach dem Magistratsvertreter kam logischerweise die Opposition zum Wort, die sozialdemokratische Fraktion, deren Redner unser Genosse Borgmann war. Borgmann zeigte, daß die bisherige Finanzpolitik des Magistrats, dem die Hausbesitzermajorität der Stadtverordnetenversammlung ihren Willen diktiert, allerdings dazu nötig, in der Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben der Kommune „Maß zu halten“. Und in einer eingehenden Kritik der einzelnen Zweige unserer Kommunalverwaltung wies er nach, wie sehr der Magistrat in Uebereinstimmung mit dieser Mehrheit der Stadtverordneten bisher tatsächlich „Maß gehalten“ hat. Des Rämmerers Behauptung, daß die Löhnerhöhungen, die in den neuen Etat eingestellt sind, sehr erheblich seien, wurde von dem sozialdemokratischen Redner berichtigt durch den Hinweis darauf, daß das so stattdessen erscheinende Mehr von 460 000 M. sich auf rund 15 000 Gemeindegeldarbeiter verteilt. Auf Borgmann folgte Herr Cassel, der Redner der „Alten Linken“, der magistratsreuesten Fraktion. Herr Cassel regte sich nicht wenig darüber auf, daß Genosse Borgmann dem Stadtfreiwort vorgehalten hatte, wieviel bisher in Berlin versäumt worden sei. Er zeterte über die Schledtigkeit der Sozialdemokraten, die dem braven Freiwort die Anerkennung versagen, wiewohl er doch seit langem aufs eifrigste bemüht sei, zu bessern, was besserungsbedürftig sei. Die folgenden Redner fanden, wie schon gesagt, nur noch wenig Aufmerksamkeit bei dem rasch zusammenschmelzenden Häuflein ihrer Zuhörer. Das Hauptstück der Generaldebatte über den neuen Etat war so vorüber: die Kritik, die von der sozialdemokratischen Minderheit an ihm geübt wird, und der Lobeshymnus, mit dem die freisinnige Mehrheit ihre „Verdienste“ durch ihren Cassel in die Welt hinauskompensieren läßt.

Gerichts-Zeitung.

Jagdleidenschaft

hat den Ankläger Karl Fiedler aus Weihensee wiederholt schon vor den Strafrichter geführt. Wegen gewerbmäßigen Jagdvergehens und Jagens ohne Jagdschein mußte sich F. gestern wiederum vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III verantworten. Der Angeklagte war früher Förster, wurde aber aus dieser Stellung wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten entlassen. Er miedete sich einem anderen Verufe zu, konnte jedoch den Jagd und der Jagd niemals unterdrücken. Die Folge war, daß er wiederholt wegen Wilderns bestraft wurde. Zuletzt wurde der Angeklagte im Jahre 1905 wegen Jagdvergehens mit 200 Mark Geldstrafe bestraft. Im Frühjahr v. J. entbande der im Jagdrevier Helenuau bei Wörnde zuständige Privatförster Schuster verschiedene verdächtige Spuren, die auf das Treiben eines Wilddiebes hindeuteten. In verschiedenen Stellen, inmitten der dichtesten Schonung fand S. auf seinem Patronenübergange wiederholt den frischen „Aufbruch“ (Eingeweide) eines Rehes. Am Morgen des 21. Mai v. J. unternahm der Förster in Begleitung des Gendarmen Polet einen Pirschgang durch sein Revier. In der Nähe des Vorwerks Helenuau fanden beide den noch schweißwarmen Aufbruch eines Rehes. Sie schlossen hieraus, daß der Wilddieb noch nicht weit entfernt sein könnte, und verfolgten mit vieler Mühe die hinterlassene Fußspur. In der dichtesten Schonung bemerkten sie den Angeklagten, der sich in dem Gestrüpp zu verbergen suchte. Die Fährte im Anschlag ging der Förster auf ihn zu, da er in dem Angeklagten einen berechtigten Wilddieb erkannte. Fiedler wurde festgenommen, obwohl er erklärte, nur „fragieren“ gegangen zu sein. Eine Durchsuchung förderte einen Knacksaug zu Tage, den Fiedler auf dem Rücken unter die Joppe gehüpft hatte. Trotzdem sich an diesem noch Rehhaare und frischer Schweiß befanden, erklärte der Angeklagte, er habe den Knacksaug nur zum Auenäpfel sammeln benutzen wollen. Nach einer telegraphischen Nachricht an das Amt Weihensee wurde von dem Oberwaldmeister Dornmann und dem Gendarm Reichardt in der Wohnung des Angeklagten eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei welcher zwei

zusammenlegbare Jagdgewehre, sogenannte Wildererzügen, und Munition vorgefunden wurden. Außerdem war die Ehefrau des F. gerade damit beschäftigt, Rehfleisch zuzubereiten. Gegen Fiedler wurde eine Anklage wegen Jagdvergehens erhoben, die schon einmal die Strafkammer beschäftigte. Der Angeklagte wurde damals zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Auf seine Revision wurde die Sache vom Kammergericht zur nochmaligen Verhandlung an die Bezirksinstanz zurückverwiesen. In der erneuten Beweisaufnahme wurde wiederum die Schuld des Angeklagten trotz seines Leugnens festgestellt. Die Strafkammer nahm jedoch nicht gewerbmäßiges Wildern an, sondern erkannte nur wegen einfachen Jagdvergehens und Uebertretung der Jagdscheinverordnung auf sechs Wochen Gefängnis und 20 Mark Geldstrafe.

Tierhalterpflicht und Zwangsversicherung.

Es hatte die Fuhrwerksberufsgenossenschaft zu Dresden gegen den Landwirt P. zu München Regreßklage auf Schadenersatz aus § 883 B. G. B. erhoben. Dieser Klage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Bei der Pferdemonstrierung im städtischen Schlacht- und Viehhof zu München wurde von dem Pferde des Beklagten P. der Dienstknecht eines anderen Tierhalters so festig an die Brust geschlagen, daß er sofort niederkam und an den Folgen des Schlags verstarb. Die genannte Berufsgenossenschaft mußte den Schaden zu zwei Dritteln erlegen und klagte nun gegen den Tierhalter, welcher ebenfalls in der Fuhrwerksberufsgenossenschaft versichert ist, auf Schadloshaltung. Diefem Begehren widersprach der Beklagte aber mit der Begründung, daß der betreffende Stallknecht fehlerhaft gehandelt habe und ihn eigenes Verschulden treffe, da er das ihm entgegenkommende Pferd, das von dem Knecht des Beklagten geführt wurde, hätte sehen müssen. Dieser Einwand wurde von den Richtern verneint, weil der Kopf und Hals des von dem Verunglückten geführten Pferdes diesem selbst den Ausblick verdeckte.

Infolgedessen hatten das Landgericht und Oberlandesgericht München auf Verurteilung des Beklagten erkannt.

In der gegen das oberlandesgerichtliche Urteil eingelegten Revision wurde vom Senat des Beklagten ausgeführt, daß diese Entscheidung weder dem Rechtsempfinden, noch den volk- und landwirtschaftlichen Interessen entspreche, da hier der kleine Tierhalter mit ungewöhnlich hohen Verpflichtungen zu rechnen habe. Die Entscheidung sei aber aus dem Gesichtspunkte schon rechtsirrtümlich, weil der Tierhalter in diesem Falle, wo er die Zwangsversicherungsbeiträge zahle und dann trotzdem noch in Anspruch genommen würde, doppelt zahlen müsse. Das Exemplar darauf ergebe, daß z. B. der Beklagte nicht hätte zahlen brauchen, wenn sein eigener Stallknecht von dem Pferde geschlagen worden wäre. Eine andere Beurteilung könne nur dann in Betracht kommen, wenn der betreffende Tierhalter einer Zwangsversicherung nicht angehört. Der vierte Zivilsenat des Reichsgerichts maß den Angriffen der Revision keinen Erfolg bei und erkannte auf Zurückweisung der Revision.

Die doppelte Belastung des Beklagten ist nur eine scheinbare. Der Beklagte hat als Mitglied der Fuhrwerksberufsgenossenschaft Beiträge nicht wegen aller von der Berufsgenossenschaft zu tragenden Fälle, sondern nur wegen derjenigen Fälle zu tragen, die in seinem Betriebe sich ereignen. Der Fall liegt nicht unbilliger, als wenn etwa der verunglückte Stallknecht durch eine strafbare Handlung des Beklagten einen Betriebsunfall erlitten hätte. Der Fall liegt insofern günstiger für den Beklagten, als es in seiner Macht lag, sich gegen die aus der Tierhaltung (§ 883 B. G. B.) etwa ergebenden Unfälle zu versichern. Eine solche Versicherung ist mit wenigen Mark Kosten möglich. Lediglich infolge der Unterlassung dieser Versicherung muß er der Berufsgenossenschaft 1/3 des Schadens und der Familie des durch den Unfall Getöteten 1/3 des Schadens ersetzen, den sein Pferd angerichtet hatte.

Berufliche Rötigung?

Wegen verachteter Rötigung und Beleidigung ist am 4. September vorigen Jahres vom Landgericht Dresden der Zimmermann Dolar Thiem in Grohrügeln zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Er ist Mitglied des Zimmererverbandes. Im Bezirk des Amtsgerichts Riesa waren die Mitglieder des Verbandes auf der Arbeit entlassen worden, darunter auch der Angeklagte. Ein gewisser A. in R. war jedoch in Arbeit geblieben, da er dem Verbandsrat nicht mehr angehörte. Der Angeklagte reiste nun nach R. und forderte den A. auf, herauszukommen. Als der sich weigerte, rief der Angeklagte ihm zu, wenn er nicht herauskomme, werde er auf dem Heimwege von Leuten geschlagen werden. A. nahm nach Ansicht des Gerichts die Drohung ernst, ließ sich aber nicht einschüchtern. — Die vom Angeklagten gegen seine Verurteilung wegen verachteter Rötigung eingelegte Revision wurde am Dienstag vom Reichsgerichte verworfen.

Die Bejahung der Schuldfrage und das Ausmaß der Strafe drängen die Frage auf: warum sind bei dieser Art der Konstruktion des Begriffs „verachteter Rötigung“ solche Unternehmungen nicht angeklagt, die den Austritt aus einem Verein unter Androhung der Entlassung verlangen. Vor dem Gesetz sollen doch wohl alle Strafen gleich sein.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Montag, den 4. März, 8 1/2 Uhr abends, Kommandantenstr. 72: Vortrag: „Die Philosophie der Entwicklung“. (Friedr. Nießke.) Referent: Kurt Eisner. Gäste willkommen.
Berein für die Interessen der Hausangestellten. Sonntag, den 3. März, bei M. Wirth, Sieglitzerstraße 55: Vortrag. Herr Otto Roth. — Die Entschädigung der Erde und die Ursachen der Vulkanausbrüche.
Schöneberg. Montag, den 4. März, 8 Uhr im Lokal von Oßf. Weiningerstr. 8: Volksversammlung. Vortrag. Dr. Karl Liebknecht. — Die letzten Reichstagsreden und die Frauen.
Jahresbericht der Vertrauensperson und Neuwahl derselben.
Brix. Sonntag, den 3. März, Besuch der Wohlthätigkeits-Ausstellung.
Treffpunkt 1 Uhr Bahnhof Rixdorf. Fahrt bis Tiergarten.
Reinholdsdorf-Öst. Montag, den 4. März, 7 Uhr, bei Gröndler, Doppelstraße 24: Handzettelverbreitung. Jedes Mitglied muß erscheinen.
Bergholzer-Teigel. Am 2. März Stiftungsfest in Krapps Festsaal.
Teigel. Am 6. März in Teigel bei Schmidt Generalversammlung.

Vermischtes.

Der Märchen-Schriftsteller und Kulturhistoriker Theodor Bernaeken, geboren 1812 in Bollmarke (Westfalen), ein Freund Jakob Grimm's und Uhlands, ist vorgestern in Graz gestorben.

Ein Jählon. Die aus Buenos Aires gemeldet wird, ist dem Minister des Innern ein Telegramm aus Rafaela (Santa Fe) zugegangen, in dem es heißt, daß ein Jählon das Krankenhaus, die Kirche, die Schule der barmherzigen Schwestern und die Mehrzahl der Häuser zerstört habe. Die Zahl der Opfer ist unbekannt.

Wieder eine Strandung. Der Dampfer „Patons“, welcher in Liverpool eingetroffen ist, berichtet: Am 17. Februar seien in der Nähe der großen Canarischen Inseln Rotzschiffe verkommen worden, worauf er seinen Kurs änderte und den aufgelaufenen Kreuzer „Jean Darrh“ angetroffen habe. Dieser lehnte die angebotene Hilfe ab und ersuchte nur den Kapitän, sich nach den Canarischen Inseln zu begeben, um von dort aus über die Situation des Schiffes nach Paris zu telegraphieren. Auch das Angebot, die Mannschaft an Bord zu nehmen, wurde mit Dank abgelehnt.

